

Beteiligungsbericht der Stadt Würselen

Geschäfts-, Haushalts- und
Wirtschaftsjahr 2021



Amt 20
Finanzen und Controlling



Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2021 im Jahr 2023

Herausgeber: Stadt W ü r s e l e n
Der Bürgermeister
Morlaixplatz 1
52146 Würselen

Bearbeitung: Katja Rohrmann
Telefon: 02405/67-2056
Internet: www.wuerselen.de
Mail: katja.rohrmann@wuerselen.de

Vorwort

Die Stadt Würselen legt mit dieser Ausgabe den **Beteiligungsbericht für das Geschäfts-, Haushalts- und Wirtschaftsjahr 2021** vor, in dem 13 unmittelbaren Beteiligungsgesellschaften und 5 mittelbare Beteiligungsgesellschaften dargestellt werden. Sie gibt damit Auskunft über ihre wirtschaftlichen Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts nach § 117 der Gemeindeordnung NRW.

Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht der Stadt Würselen soll die interessierten Leser, vor allem aber die Entscheidungsträger im Stadtrat und in der Verwaltung über die Struktur der bestehenden wirtschaftlichen Beteiligungen, insbesondere über

- den Zweck der Unternehmen,
- die Ziele der Stadt Würselen mit der Beteiligung,
- den zu erfüllenden öffentlichen Gesellschaftszweck,
- die Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter,
- die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten 2 Jahre,
- die Leistungen der Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
- die Geschäftsentwicklung,
- der Personalbestand jeder Beteiligung,
- die Organe der Unternehmen und deren Zusammensetzung,
- die Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten- und Verwaltungsräten nach Geschlecht sowie
- dem Vorliegen eines Gleichstellungsplanes

informieren, um sie damit bei ihrer verantwortungsvollen Steuerungsaufgabe als Aufsichtsratsvertreter oder Gesellschaftsvertreter unterstützen. Er soll aber darüber hinaus auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern fundierte Einblicke in die wirtschaftliche Betätigung ihrer Stadt geben.

Das betriebswirtschaftliche Zahlenmaterial stützt sich auf die zuletzt vorgelegten attestierten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des **Geschäftsjahres 2021**, bis auf den Zweckverband Volkshochschule Aachen, der sich auf Vorjahreswerte bezieht. Die Angaben des Zahlenmaterials sind in T€ angegeben, was zu minimalen Rundungsdifferenzen führen kann. Die Angaben zu den Aufsichts- und Entscheidungsgremien spiegeln den aktuellen Stand der Besetzung durch den Rat der Stadt Würselen.

Die Anlagen erhalten unter anderem eine Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen zum Stand Dezember 2021.

Der Beteiligungsbericht steht im Internet unter www.wuerselen.de, Stichwort Beteiligungsbericht, bzw. im Serviceportal unter <https://serviceportal.wuerselen.de> direkt zum Download zur Verfügung.

Würselen, am 26.01.2023



(Roger Nießen)
Bürgermeister

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	5
2	Beteiligungsbericht 2021	7
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	7
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	8
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Würselen	9
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	11
3.2	Beteiligungsstruktur	12
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	14
3.4	Einzeldarstellungen	15
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen	15
3.4.1.1	Euregio Freizeitbad Verwaltungs- GmbH	16
3.4.1.2	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	20
3.4.1.3	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH	26
3.4.1.4	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	30
3.4.1.5	enwor - energie & wasser vor ort GmbH	45
3.4.1.6	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH	58
3.4.1.7	GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH	82
3.4.1.8	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH	93
3.4.1.9	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH	101
3.4.1.10	d-NRW AöR	114
3.4.1.11	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	122
3.4.1.12	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung	133
3.4.1.13	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	141
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen	147
3.4.2.1	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	147
3.4.2.2	Bauland Würselen GmbH & Co. KG	149
3.4.2.3	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	151
3.4.2.4	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	153
3.4.2.5	Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH	158
4	Darstellung der Betriebe gewerblicher Art sowie der Beteiligungsunternehmen	164
5	Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen	164
6	Übersicht über die Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen sowie sonstigen	165
7	Berechnungsgrundlage für Finanzkennzahlen	175
8	Abkürzungsverzeichnis	176

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen

und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2021

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Würselen hat am 16.08.2022 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Würselen gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Würselen hat am 26.01.2023 den Beteiligungsbericht 2021 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Würselen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Würselen, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Würselen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Würselen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

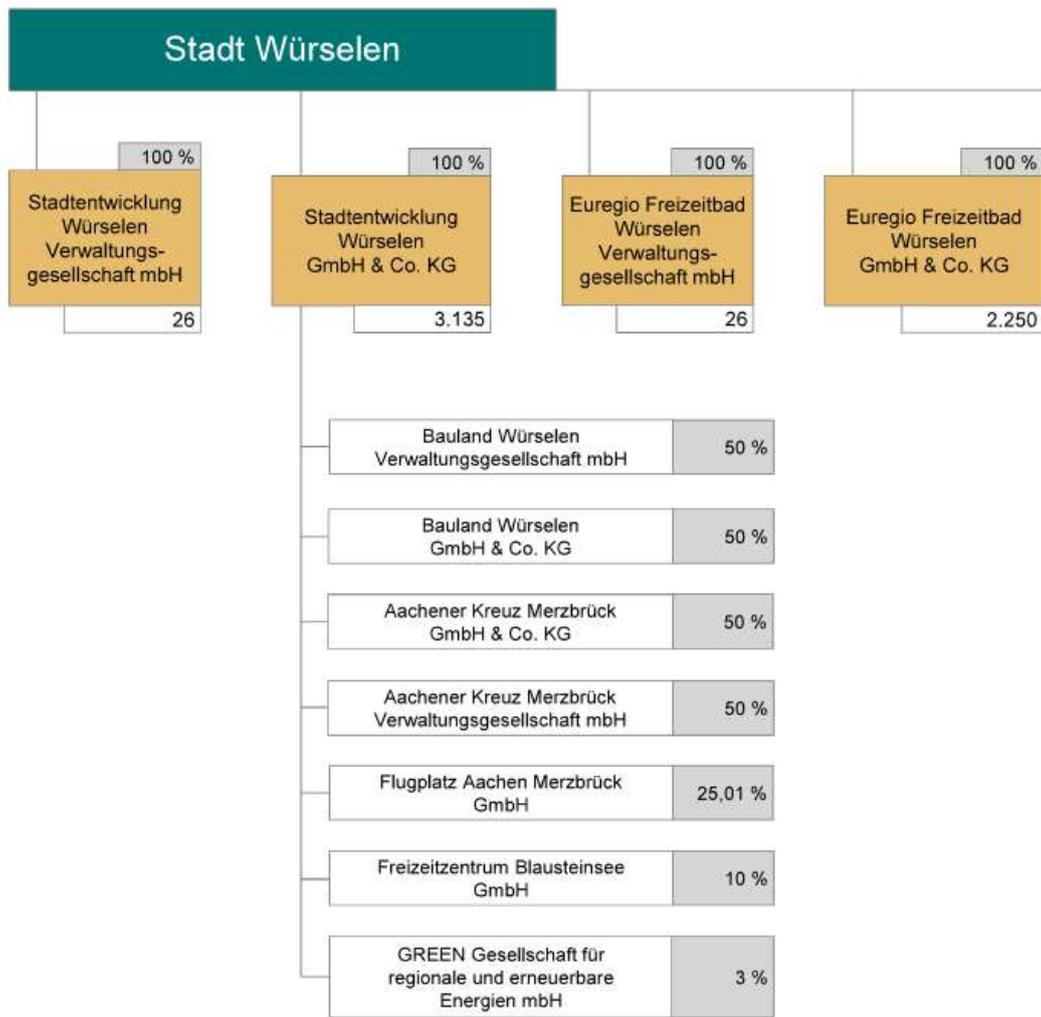
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Würselen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Würselen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Würselen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

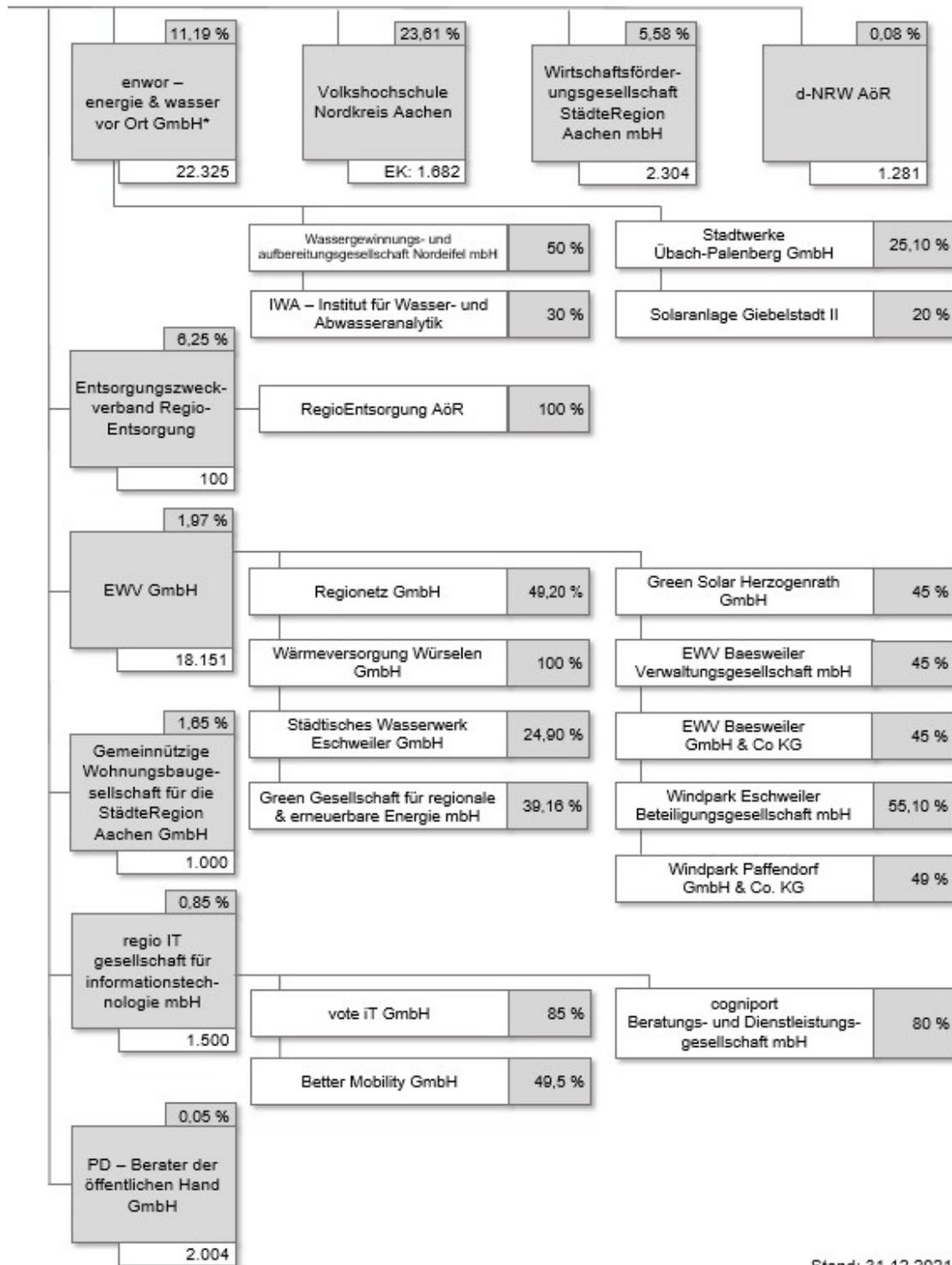
Hierzu kann die Stadt Würselen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2021 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2021. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2021 aus.

3 Das Beteiligungsportfolio



unmittelbare Mehrheitsbeteiligung	unmittelbare Minderheitsbeteiligung	Anteil in % Stammkapital in T€	mittelbare Beteiligung	Anteil in %
--------------------------------------	--	--------------------------------------	------------------------	-------------



Stand: 31.12.2021

*Hier nur mittelbare Beteiligungen mit wesentlichem Anteil (ab 20 %) abgebildet. Gesamte Auflistung der Beteiligungen der enwor – energie & wasser vor Ort GmbH auf Seite 46 einsehbar.

3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2021 hat es die folgenden Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Würselen gegeben.

Zugänge und Abgänge

In seiner Sitzung am 09.02.2021 hat der Rat der Stadt Würselen die Eigenkapitalaufstockung bei der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG in Höhe von 1.083.000 Euro beschlossen. Grund dafür war, dass die Gesellschafterin Sparkassen-Immobilien GmbH der Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH sowie in der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG die Beteiligung aufgeben wollten und den übrigen Gesellschaftern (Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG und StädteRegion Aachen) zum Verkauf anbietet. In Abstimmung mit der Stadt Würselen ist die Finanzierung der Anteilsübernahmen über eine Eigenkapitalstärkung durch den Gesellschafter Stadt Würselen bei der SEW erfolgt. Das Stammkapital steigt somit von 2.052.000,00 Euro auf 3.135.000,00 Euro.

Am 09.03.2021 hat der Rat der Stadt Würselen den Ankauf von 5 Geschäftsanteilen an der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH für einen Gesamtbetrag in Höhe von 1.000,00 Euro zugestimmt. Grund für die Beteiligung ist die durch die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH mögliche Inhouse-Vergabe und die damit verbundene Zeiteinsparung in Bezug auf die Beratungsleistung für das Neubauprojekt „Gymnasium“.

Am 23.03.2021 hat der Rat der Stadt Würselen dem Verkauf von 20 % der Geschäftsanteile der cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH zu einem Kaufpreis in Höhe von 94.000,00 Euro an die Südwestfalen IT GmbH zugestimmt. Grund dafür ist die geplante Neuausrichtung der cogniport und eine Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit dem kommunalen IT-Dienstleister Südwestfalen IT GmbH.

Bei der d-NRW AöR sind im Jahr 2021 10 neue Städte und Gemeinden sowie zwei neue Kreise als Träger hinzugekommen. Damit erhöht sich das Stammkapital von 1.271.000,00 Euro auf 1.281.000,00 Euro.

Veränderung in Beteiligungsquoten

Durch den Ankauf der Anteile an der Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH sowie in der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG steigen die Anteile der Stadt Würselen an den mittelbaren Beteiligungen von 33,33 % auf 50 %.

Durch den Verkauf der Anteile der Stadt Würselen an der mittelbaren Beteiligung cogniport GmbH von 100 % auf 80 %.

Ausblick auf geplante Änderungen

Anfang des Jahres 2022 hat die Stadt Würselen eine weitere Beteiligung aufgenommen. Mit einem Erwerb von einem Geschäftsanteil ist die Stadt Würselen an der KoPart eG beteiligt. Gegenstand der Genossenschaft sind Dienstleistungen jeglicher Art für die Mitglieder, insbesondere die Durchführung rechtskonformer Ausschreibungen sowie die Vermittlung des Wareneinkaufs für die Mitglieder und alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten.

Für 2022 ist eine weitere Eigenkapitalaufstockung bei der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG in Höhe von 3.000.000,00 Euro umgesetzt worden. Die Mittel sollen an die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG weitergereicht werden, um das Projekt „Merzbrück“ finanzieren zu können.

Die SEW hat im Jahr 2022 eine Erhöhung der Beteiligung Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH geplant. Somit steigt auch hier die Beteiligungsquote der Stadt Würselen bei einer mittelbaren Beteiligung von 25,01 % auf 32,50 %.

3.2 Beteiligungsstruktur

Unmittelbare Beteiligungen

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Anteil der Stadt Würselen am Stammkapital	
		TEURO	TEURO	%
1	Euregio Freizeitbad Verwaltungs- GmbH	26,0	26,0	100,00 %
	Jahresergebnis 2021	3,1		
2	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	2.250,0	2.250,0	100,00 %
	Jahresergebnis 2021	-1.173,7		
3	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH	26,0	26,0	100,00 %
	Jahresergebnis 2021	1,8		
4	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	3.135,0	3.135,0	100,00 %
	Jahresergebnis 2021	56,6		
5	enwor - energie & wasser vor ort GmbH	22.325,0	2.497,9	11,20 %
	Jahresergebnis 2021	5.296,0		
6	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH	18.151,5	357,6	1,97 %
	Jahresergebnis 2021	18.995,2		
7	GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH	1.000,0	16,5	1,65 %
	Jahresergebnis 2021	564,9		
8	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH	2.303,5	151,3	5,59 %
	Jahresergebnis 2021	53,5		
9	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH	1.500,0	12,9	0,86 %
	Jahresergebnis 2021	7.420,2		
10	d-NRW AöR	1.281,0	1,0	0,08 %
	Jahresergebnis 2021	0,0		
11	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	2.004,0	1,0	0,05 %
	Jahresergebnis 2021	12.703,5		
12	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung	100,0	15,0	6,25 %
	Jahresergebnis 2021	0,0		
13	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	-	416,0	23,61 %
	Jahresergebnis 2021	155,9		

Mittelbare Beteiligungen

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Durchgerechneter Anteil der Stadt Würselen
		TEURO	%
1	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	25,5	50,00 %
	Jahresergebnis 2021	-14,0	
2	Bauland Würselen GmbH & Co. KG	0,0	50,00 %
	Jahresergebnis 2021	-2,6	
3	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	25,2	50,00 %
	Jahresergebnis 2021	-0,2	
4	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	6.025,2	50,00 %
	Jahresergebnis 2021	1,2	
5	Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH	57,0	25,01 %
	Jahresergebnis 2021	-177,4	

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanz- und Leistungsbeziehungen in TEURO	gegenüber	Stadt Würselen	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG
Stadt Würselen	Forderungen		876,1	3.262,0
	Verbindlichkeiten		0,0	0,0
	Erträge		168,2	287,0
	Aufwendungen		2.103,9	611,3
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Forderungen	0,5		-
	Verbindlichkeiten	370,4		-
	Erträge	416,8		-
	Aufwendungen	159,3		-
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	Forderungen	593,8	-	
	Verbindlichkeiten	3.243,9	-	
	Erträge	451,7	-	
	Aufwendungen	58,3	-	

Zwischen der Stadt Würselen und den verbundenen Unternehmen wird kein Saldenabgleich zum Ende des Jahres vorgenommen.

3.4 Einzeldarstellungen

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Würselen zum 31. Dezember 2021

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Würselen einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Würselen mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Stadt Würselen mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Würselen geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Würselen zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Würselen gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Würselen dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1.1 Euregio Freizeitbad Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Euregio Freizeitbad Verwaltungs- GmbH Willy-Brandt-Ring 100 52146 Würselen
Gründungsjahr	1992
Telefon	02405/411925
Telefax	02404/411920

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	26,0	100,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2021 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Würselen und der Euregio Freizeitbad Würselen Verwaltungs- GmbH geflossen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	95	92	3
Umlaufvermögen	287	199	88	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	2	4	-1
				Verbindlichkeiten	189	104	86
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	287	199	88	Bilanzsumme	287	199	88

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Euregio Freizeitbad Verwaltungs- GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	96	107	-11
2 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-92	-104	12
3 Ergebnis nach Steuern	4	4	0
4 Sonstige Steuern	-1	-1	-0
5 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	3	0

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	33,2 %	46,3 %	-13,1 %
Eigenkapitalrentabilität	3,3 %	3,4 %	-0,1 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	201,3 %	116,2 %	85,1 %
Umsatzrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.

Personalbestand

Die Euregio Freizeitbad Verwaltungs- GmbH beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft i.S.d. § 267 Abs. 1 HGB und daher gemäß § 264 Abs. 1 Satz 3 HGB grundsätzlich von der Aufstellung eines Lageberichts befreit. Der Gesellschaftsvertrag sieht jedoch in § 6 Abs. 2 und 3 abweichend hiervon die Erstellung eines Lageberichtes vor.

Ihrem Unternehmenszweck entsprechend hat die Gesellschaft als Komplementärin die persönliche Haftung und die Geschäftsführung der Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG, Würselen, an der sie vermögensmäßig nicht beteiligt ist, übernommen.

Weitere Aktivitäten hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 nicht entfaltet. Eine Ausdehnung des Unternehmenszweckes ist auch derzeit nicht vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2021 wurde ein Jahresüberschuss von 3.138,53 € erwirtschaftet.

Chancen und Risiken hängen ausschließlich von Entwicklung der Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG ab. Ich verweise auf die dortige Berichterstellung.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Nürnberg, Claus	Geschäftsführung	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.2 Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG Willy-Brandt-Ring 100 52146 Würselen
Gründungsjahr	1993
Internet	www.aquana.de
Telefon	02405/411925
Telefax	02404/411920

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeitbades mit Sportbecken und Freibad.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung des Schwimmsports für Schulen und Vereine sowie Freizeitgestaltung für die Bevölkerung.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen. Die Erzielung eines zufrieden stellenden Ertrags war hinsichtlich der Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht möglich.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	2.250,0	100,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Stadt Würselen bezahlt einen jährlichen Betriebskostenzuschuss. Als Gegenleistung stellte die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG Stunden für das Schul- und Vereinsschwimmen bereit. Daneben trägt die Stadt Würselen die Verluste der Gesellschaft, und zwar nach Abzug der Abschreibung und zuzüglich der Tilgung der Kredite.

Der Betriebskostenzuschuss für 2021 betrug 410.315,52 € (VJ: 410.311,73 €).

Die gezahlte Verlustabdeckung für 2021 betrug 1.652.600,00 € (VJ: 1.270.000,00 €). Davon sind 600.000,00 € als zusätzliche Verlustabdeckung aufgrund von Corona ausgezahlt worden.

Zur Abdeckung des bei der Euregio Freizeitbad veranschlagten nicht durch Eigenkapital gedeckten Verlustanteils der Kommanditistin hat die Stadt Würselen entsprechende Rückstellungen gebildet.

Gebildete Rückstellung für 2021: 1.702.252,35 € (VJ: 1.600.252,35 €).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.374	1.285	89	Eigenkapital	-1.060	-1.600	540
Umlaufvermögen	445	380	66	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	101	99	2
				Verbindlichkeiten	2.791	3.175	-384
Aktive Rechnungsabgrenzungen	16	15	1	Passive Rechnungsabgrenzungen	4	6	-3
Bilanzsumme	2.896	3.280	-385	Bilanzsumme	2.896	3.280	-385

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Anlagevermögens hat die Stadt Würselen Bürgschaften bzw. Rechtsgeschäfte, die Bürgschaften wirtschaftlich gleichkommen, gewährt. Der Stand der Bürgschaften zum 31.12.2021 ist 1.343.460,07 €.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	1.463	1.552	-90
3 Sonstige betriebliche Erträge	42	258	-216
4 Materialaufwand	-807	-782	-25
5 Personalaufwand	-1.065	-1.302	237
6 Abschreibungen	-279	-266	-13
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-448	-445	-3
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-38	-43	5
10 Ergebnis nach Steuern	-1.133	-1.028	-105
11 Sonstige Steuern	-41	-41	0
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.174	-1.069	-105
13 Erfolgssonderkonten aus Vorjahr	-3.850	-4.235	385
14 Einzahlungen im Geschäftsjahr	1.714	1.454	260
15 Erfolgssonderkonten	-3.310	-3.850	540

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	-36,6 %	-48,8 %	12,2 %
Eigenkapitalrentabilität	110,7 %	66,8 %	43,9 %
Anlagendeckungsgrad 2	38,9 %	-0,5 %	39,4 %
Verschuldungsgrad	-272,8 %	-204,6 %	-68,2 %
Umsatzrentabilität	-80,2 %	-68,9 %	-11,4 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 69 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 71) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Geschäftsverlauf

Der Fehlbetrag 2021 beträgt 1.173.749,47 €. Dass nach wie vor Verluste erwirtschaftet werden, ist branchenüblich.

Auch das Geschäftsjahr 2021 war wie das vorangegangene Geschäftsjahr 2020 maßgeblich geprägt durch die Corona bedingten Infektionsschutzmaßnahmen. So musste das Aquana in der Zeit vom 01.01.2021 bis

24.06.2021 aufgrund der behördlich vorgegebenen Infektionsschutzbestimmungen geschlossen werden. Der Geschäftsverlauf ab Wiedereröffnung bis zum Ende des Geschäftsjahres waren wiederum bestimmt durch eine reduzierte maximal zulässige Besucheranzahl und einer großen Verunsicherung der Gäste vor möglichen Infektionsrisiken. Die Corona bedingten Restriktionen des operativen Geschäfts sind auch der Grund für einen weiteren Umsatzrückgang in 2021 im Vergleich zu 2020.

Trotz außergewöhnlicher Kostenbelastung für die Überdachung des Außenbeckens aufgrund der notwendigen Schließung des Sportbeckens konnte das Betriebsergebnis im Vergleich zum Vorjahr verbessert werden, da die Personalkosten durch eine Inanspruchnahme höherer Kurzarbeitsgelder niedriger ausgefallen sind als im Geschäftsjahr 2020.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft ist bilanziell überschuldet und aus strukturellen Gründen nicht in der Lage, sämtliche Aufwendungen durch eigene Einnahmen zu decken. Im Berichtsjahr besteht eine Finanzierungslücke in Höhe des nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteils der Kommanditistin in Höhe von 1.059.972,02 €.

Die Verluste 2021 wurden, wie die Verluste der vergangenen Jahre, durch Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafterin ausgeglichen. In der Sitzung des Rates der Stadt Würselen am 14.12.2017 wurde der Beschluss, die durch den Betrieb der Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG entstehenden Verluste auch zukünftig durch den städtischen Haushalt abzudecken, mehrheitlich bestätigt.

Ausblick

Chancen und Risiken

Der Betrieb eines Freizeitbades ist in der Summe über alle Geschäftsbereiche, begründet in seinem öffentlichen Zweck, grundsätzlich defizitär. Dies ist auch dem einzigen Gesellschafter, die Stadt Würselen, bewusst. Auch in den bisherigen Lageberichten zu den Jahresabschlüssen wurde darauf hingewiesen, dass jährliche Ausgleichszahlungen in Höhe der liquiditätswirksamen Verluste, einschließlich Investitionsausgaben und Tilgungen, Voraussetzung für die Fortführung des Geschäftsbetriebs sind. Die Gesellschafterin hat in der Sitzung des Rates der Stadt Würselen vom 14.12.2017 erneut bestätigt die Gesellschaft weiter zu betreiben und die Verluste über den städtischen Haushalt wie bisher abzudecken. Eine seitens des Gesellschafters bestätigte Mehrjahresplanung der zu erwartenden Verluste bis einschließlich 2027 liegt vor.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2021 ist aufgrund der Corona Pandemie nur mit dem Corona Jahr 2020 aber nicht mit den weiteren Vorjahren vergleichbar. Die positive Entwicklung vor dem Lockdown bestätigt die seit 2019 eingeleitete neue Unternehmensstrategie das Aquana im Freizeitbad- und Saunabereich wieder zu einer bekannten und für den Gast auch zu einer attraktiven Marke im Sport- und Freizeitbereich aufzubauen bei gleichzeitiger Steigerung der Fachkompetenz als Anbieter einer eigenen Schwimmschule, für Vereins-, Schulschwimmen sowie für verschiedene Sportvereine. Diese positive Umsatz- und Ertragsentwicklung konnte im Jahr 2021 nach Wiedereröffnung ab Juli 2021 wiederaufgenommen werden und setzt sich auch im Jahr 2022 fort. Für 2022 wird ein Fehlbetrag in Höhe von ca. T€ 1.000 erwartet.

Im Jahr 2021 wurde mit der Planung weiterer Sanierungs-/Instandhaltungsmaßnahmen in die Filtertechnik sowie in die Wiederinstandsetzung des Sportbeckens begonnen. Die notwendigen Maßnahmen werden gemeinsam mit dem beauftragten Ingenieurbüro Inco erarbeitet und in Abstimmung mit dem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat umgesetzt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Nürnberg, Claus	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Bürgermeister Stadt Würselen	
Dumke, Andreas Math. Techn. Assistent	Stadtverordneter SPD	
Janas, Erwin Rentner	Stadtverordneter FDP	
Kurmann, Jörg Pflegedienstleiter	Stadtverordneter SPD	
Maaßen, Hans Rentner	Stadtverordneter CDU	bis 02.09.2021
Woltery, Lukas Steuerberater	Stadtverordneter CDU	
Benja, Michaela Assistentin Qualitätsmanagement	Stadtverordnete UWG	
Classen, Melanie Leitung Rechnungswesen	Stadtverordnete CDU	ab 02.09.2021
Mimberg, Marietheres Unternehmensberaterin	Stadtverordnete B90/Die Grünen	
Tremöhlen, Heike Landwirtin	Stadtverordnete CDU	
Tirtey, Balthasar Polizeibeamter Land NRW	Sachkundiger Bürger CDU	
Wetzstein, Wolfgang Medizinisch-Techn. Assistent	Sachkundiger Bürger B90/Die Grünen	
Kaminski, Rebecca Studentin der Rechtswissenschaft	Sachkundige Bürgerin SPD	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 12 Mitgliedern fünf Frauen an (Frauenanteil: 41,67 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1993 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.3 Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH Klosterstr. 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1995
Internet	www.sew-wuerselen.de
Telefon	02405/67581
Telefax	02404/67587

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist die Begrenzung der Haftung für die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	26,0	100,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2021 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Würselen und der Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH geflossen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	77	76	2
Umlaufvermögen	103	98	5	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	18	14	4
				Verbindlichkeiten	8	9	-1
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	103	98	5	Bilanzsumme	103	98	5

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	1	1	0
2 Sonstige betriebliche Erträge	125	186	-61
3 Personalaufwand	-118	-183	64
4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6	-3	-3
6 Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
7 Ergebnis nach Steuern	2	2	0
8 Sonstige Steuern	0	0	0
9 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	2	0

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	75,2 %	76,9 %	-1,7 %
Eigenkapitalrentabilität	2,3 %	2,3 %	0,1 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	33,0 %	30,1 %	2,9 %
Umsatzrentabilität	138,9 %	132,7 %	6,2 %

Personalbestand

Die Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Im Geschäftsjahr 2021 wurde ein Jahresüberschuss von 1.805,99 € erwirtschaftet.

Chancen und Risiken hängen ausschließlich von der Entwicklung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG ab. Es wird auf die dortige Geschäftsentwicklung verwiesen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Pasderski, Dr. Edgar	Geschäftsführung	
Leroy, Ralph	Einzelprokurist	

Gesellschafterversammlung		
Nießén, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.4 Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG Klosterstr. 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1995
Internet	www.sew-wuerselen.de
Telefon	02405/67581
Telefax	02404/67587

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen in Kooperation mit der Zukunftsinitiative im Aachener Raum (ZAR e.V.), mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Aachen GmbH und mit der AGIT - Aachener Gesellschaft für Innovations- und Technologietransfer mbH unter Beachtung der regionalen Strukturentwicklungsplanung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Kreises Aachen.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt,

1. die Stadt Würselen in Fragen der örtlichen und überörtlichen Planung zu beraten und zu unterstützen,
2. in Abstimmung mit der Stadt Würselen das Grundstücksmanagement zu betreiben und insbesondere stadtentwicklungsrelevante Flächen zu erwerben, zu überplanen, zu erschließen, zu bebauen und zu vermarkten,
3. sich zur Erreichung ihres Zwecks an anderen Gesellschaften zu beteiligen.

Zweck der Beteiligung ist auch die Durchführung von Kulturveranstaltungen aller Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen, deren Vertretung übernehmen oder Zweigniederlassungen errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist die Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen sowie Gewährleistung der Durchführung von Kulturveranstaltungen in Würselen. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	3.135,0	100,00 %

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	3.012,6	50,00 %
GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energien mbH	18,8	3,00 %
Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH	14,3	25,01 %
Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	12,8	50,00 %
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	12,6	50,00 %
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	2,6	10,00 %
Bauland Würselen GmbH & Co. KG	1,0	50,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2021 hat die Stadt Würselen 462.632,63 EUR Erträge von der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG erhalten. Vor allem handelt sich dabei um Erträge aus Leistungsbeziehungen mit 109.787,68 EUR. Diese setzen sich unter anderem zusammen aus 32.412,44 EUR Personalgestellung, 34.800,00 EUR für Leistungen der Stadt sowie 12.411,04 EUR Abfallgebühren. Die Aufwendungen in Höhe von 611.284,09 EUR setzen sich aus den monatlichen Abschlägen der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG an die Stadt Würselen in einer Gesamthöhe von 594.739,67 EUR sowie 22.500,00 EUR aus Mietzahlungen für die Anmietung der Sportheime.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	13.808	12.261	1.547	Eigenkapital	10.394	9.550	844
Umlaufvermögen	8.032	8.622	-590	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	459	623	-165
				Verbindlichkeiten	10.991	10.723	268
Aktive Rechnungsabgrenzungen	10	16	-6	Passive Rechnungsabgrenzungen	6	3	3
Bilanzsumme	21.850	20.899	951	Bilanzsumme	21.850	20.899	951

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Anlagevermögens hat die Stadt Würselen Bürgschaften bzw. Rechtsgeschäfte, die Bürgschaften wirtschaftlich gleichkommen, gewährt. Der Stand der Bürgschaften zum 31.12.2021 ist 17.912.500,00 €.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	3.264	3.387	-123
2 Sonstige betriebliche Erträge	183	30	154
3 Materialaufwand	-1.200	-785	-414
4 Personalaufwand	-566	-555	-12
5 Abschreibungen	-401	-408	6
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.147	-860	-287
7 Erträge aus Beteiligungen	1	3	-2
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29	20	9
9 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-1	-3	1
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-91	-137	46
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-15	-117	103
13 Ergebnis nach Steuern	57	575	-518
14 Sonstige Steuern	0	0	0
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	57	575	-519

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	47,6 %	45,7 %	1,9 %
Eigenkapitalrentabilität	0,5 %	6,0 %	-5,5 %
Anlagendeckungsgrad 2	75,3 %	77,9 %	-2,6 %
Verschuldungsgrad	110,2 %	118,8 %	-8,7 %
Umsatzrentabilität	1,7 %	17,0 %	-15,3 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 13) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Branchenkonjunktur

Die Branchenkonjunktur stellte sich allgemein im Geschäftsjahr als positiv dar. Zwar war die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung bundesweit pandemiebedingt bis ca. August 2021 negativ betroffen, aber gerade die Baubranche zeigte sich insoweit doch als resistent und stabil gegenüber der allgemeinen pandemiebedingten Entwicklung und verzeichnete sogar einen Aufschwung. Mit Erhöhung der Energiepreise und insbesondere seit dem Zeitpunkt (ab Februar 2022) eines steigenden Zinsniveaus ist die Lage anders zu beurteilen und muss die günstige Vorjahresprognose revidiert werden. Nicht zuletzt wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, des derzeit steigen den Zinsniveaus und der Inflationswerte stellt sich im Gegensatz zum Vorjahr die Branche nicht mehr positiv dar. Auch zukünftig ist von einer Besserung der Lage nicht auszugehen. Negative Effekte werden die Branche sicherlich noch Jahre beeinflussen. Nicht zuletzt aufgrund des Ukrainekrieges und der davon ausgehenden Effekte wie Erhöhung der Energiepreise und Lieferengpässe bei einer Vielzahl von Materialien ist weiterhin mit einer angespannten Situation zu rechnen. Zudem ist der Immobilienmarkt weiterhin „überhitzt“, was sich wiederum in einer signifikanten Steigerung der Grundstücks-, der Bau- und Baustoffpreise zeigt.

Wettbewerbssituation

Bedingt durch das knappe Angebot an Wohnbauflächen innerhalb des Hoheitsgebietes der Stadt Würselen ist bei der planerischen Entwicklung von Wohnbauland durch die SEW vom Grundsatz her eher keine Wettbewerbssituation mit Dritten gegeben. In jüngster Zeit und aktuell zeichnet sich eine solche jedoch im sogenannten „Singerlande“ und auf dem ehemaligen Betriebsgrundstück „Kinkartz“ (Broichweiden) wie „Kronenbrotgelände“ ab. In den genannten Gebieten planen die jeweiligen privaten Grundstückseigentümer größere Wohnbausiedlungen, wobei das Singergrundstück zudem eine innerstädtische 1A - Lage aufweist. In den Gebieten ist indes zum jetzigen Zeitpunkt nur begrenzt Wohnbebauung zulässig. Selbst für den Fall, von dem allerdings auszugehen ist, dass die Großflächen zukünftig als Wohngebiet komplett oder größtenteils ausgewiesen werden sollten, ist von einer nennenswerten Beeinträchtigung hierdurch bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens nicht auszugehen. Bis vor kurzem war der allgemeine Wohnungsdruck regional als auch überregional noch zu groß, als dass von einer nachlassenden Nachfrage nach Wohnraum ausgegangen werden konnte. Insbesondere gilt dies für bezahlbaren Wohnraum (Sozialwohnungen). Genau in diesem Sektor engagiert sich aber die SEW auch. Aber auch hier gilt es, wie bereits oben ausgeführt, die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung abzuwarten. Gerade die allgemeine Zinsentwicklung führt dazu, dass Verbraucher zurückhaltender reagieren.

Im Hinblick auf „Sozialwohnungen“ bzw. öffentlich geförderten Wohnraum ist festzuhalten, dass bei zukünftigen Projekten wie „von Görschen Str. / Bardenberger Str.“ die SEW im besonderen Maße betroffen sein wird. Gem. Beschlusslage des Rates der Stadt Würselen sind 33% des Wohnraums als öffentlich geförderter Wohnraum bereit zu stellen. Durch eine diesbezügliche Deckelung der Mietpreise und gleichzeitig steigender Bau- und Finanzierungskosten wird es immer schwieriger, diesen öffentlichen Auftrag auch „wirtschaftlich realisierbar für die SEW“ umzusetzen und bedarf einer ständigen Neubewertung im Einzelfall.

Da neben der SEW von fremden Dritten keine Gewerbegebiete entwickelt werden, ist hier innerhalb des Stadtgebietes keine Wettbewerbssituation gegeben.

Bei der regionalen und überregionalen Betrachtung des Wohnungs- und des Gewerbemarktes entstehen Konkurrenzsituationen mit anderen Anbietern. Hier spielen die räumliche Nähe zum Oberzentrum und die

verkehrsgünstige Lage der Stadt Würselen eine weitere entscheidende positive Rolle für die Entwicklungsmaßnahmen der SEW.

Eine besondere Wettbewerbssituation ist für die Durchführung der Kulturveranstaltungen auf der Freilichtbühne Burg Wilhelmstein gegeben, da diese grundsätzlich in Konkurrenz zu anderen Spielstätten steht. Als regionales Alleinstellungsmerkmal ist jedoch der Standort der Burg, deren Ausbau als Freilichtbühne und deren allgemein geschätztes Ambiente anzusehen.

Marktstellung des Unternehmens

Innerhalb des Stadtgebietes Würselens kommt der Stadtentwicklungsgesellschaft eine herausgehobene Marktstellung zu, da sie die städtischen Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Liegenschaften für die Stadt wahrnimmt.

Auch bei den stadtentwicklungsrelevanten Aktivitäten der Gesellschaft ist eine besondere Marktstellung gegeben, da auch hier das Zusammenwirken zwischen der Stadt selbst und dem Entwicklungsträger von herausgehobener Bedeutung ist.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2021 konnte die Stadtentwicklungsgesellschaft ihre ursprünglich im Wirtschaftsplan vom 07.12.2020 zum Wirtschaftsjahr 2021 vorgegebenen Ziele (damalig kalkuliertes Gesamtergebnis von TEUR 238) nicht erreichen. Die Umsatzerlöse lagen im Geschäftsjahr bei 3,264 Mio. €, womit sie um ca. 123 TEUR unter denen des Vorjahres (3,387 Mio. €) lagen. Die periodenfremden Erträge stiegen indes von 5 TEUR auf 142 TEUR. Dieser starke Anstieg ist hauptsächlich auf Nachforderungen (ca. 118 TEUR) der Gesellschaft gegenüber Stadt aus dem Vertrag zur Umsetzung der städtischen Liegenschafts- und Wirtschaftsförderungsaufgaben zurückzuführen. Der Aufwand für Personal, Abschreibungen (Vorjahr 407 TEUR, Berichtsjahr 401 TEUR), Versicherungen und Beiträge bewegte sich im Wesentlichen auf dem Vorjahresniveau. Signifikante Abweichungen zeigten sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere bei folgenden Positionen. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, und für bezogene Waren stieg von 785 TEUR (Vorjahr) auf 1,2 Mio. EUR. Im Jahre 2019 lag der Wert bei 1,41 Mio. EUR. Die Erhöhung ist wesentlich auf die Verfüllkosten im Bereich Kesselsgracht zurückzuführen. Zur Baureifmachung war die Ertüchtigung des Baugrundes erforderlich, was sich erst im Laufe des Jahres 2021 zeigte. Nachdem zudem zunächst eine Verfüllung als abgeschlossen erschien, sackte der verfüllte Beton nach und es musste noch zusätzlich verfüllt werden.

Die Raumkosten erhöhten sich um ca. 10% von 234 TEUR auf 258 TEUR. Einerseits hängt dies mit steigenden Nebenkosten (Energie) zusammen, aber auch mit einer Erhöhung der Wohnungsumlage für das Objekt Klosterstr. 33. Allein die Energiekosten stiegen von 29 TEUR auf 50 TEUR. Der Aufwand für die verschiedenen betrieblichen Aufwendungen stieg von 450 TEUR (2020) auf 630 TEUR (2021). Bei der Position „Personalaufwand Verwaltungs GmbH“ ist einerseits eine Ersparnis von ca. 65 TEUR zu verzeichnen (Vorjahr 183 TEUR, Geschäftsjahr 118 TEUR), andererseits ein erheblicher Anstieg für Fremdleistungen im Kulturbereich von 100 TEUR (2020) auf 307 TEUR. Der Personalaufwand für die Verwaltungs GmbH reduzierte sich erheblich, da noch im Jahre 2020 unterjährig zwei Geschäftsführer bzw. Mitarbeiter der Verwaltungs GmbH geführt wurden. Dem Anstieg des Aufwands bei der Kultur steht spiegelbildlich ein erheblich gesteigerter Umsatzerlös von 138 TEUR (2020) auf 416 TEUR (2021) gegenüber. Coronabedingt fand im Jahre 2020 nur ein gestrafftes „Notprogramm“ mit erheblich weniger Veranstaltungen als im Jahre 2021 statt. Ferner war coronabedingt nur eine begrenzte Anzahl von Zuschauern/innen pro Veranstaltung zulässig und eine Vollauslastung nicht möglich. Zudem waren die Gagen der Künstler/innen, froh darüber überhaupt auftreten zu können und zu dürfen, im Vergleich zu den Vorjahren moderat. Ein ähnlicher Effekt zeigte sich im Jahre 2020 bei den Nebenkosten wie Technik und hierfür erforderliches Personal, aber auch bei den Werbe- und Reisekosten. Diese stiegen von 28 TEUR (2020) auf ca. 49 TEUR, was wesentlich mit einer Bewerbung der Veranstaltungen im Jahre 2021 auf der Burg zusammenhängt. Im Jahre 2021 wurde gegenüber dem Vorjahr eine Vielzahl von Veranstaltungen (ca. 80) durchgeführt oder die Burg gegen Miete

an Drittveranstalter überlassen, so dass sowohl die diesbezüglichen Umsatzerlöse hinsichtlich Kartenerlös als auch Mieterlös weit über das Maß sämtlicher Vorjahre und insbesondere des Jahres 2020 lagen und somit nach hier gegebener Kenntnis einen absoluten Höchststand verzeichneten. Zu erwähnen ist in dem Zusammenhang exemplarisch, dass mit dem „Das - Da - Theater“, welches ca. 25 Musical - Veranstaltungen durchführte, ein Mietvertrag über 25 TEUR abgeschlossen werden konnte.

Die Mieterträge sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 75 TEUR gesunken. Dies hängt damit zusammen, dass entsprechend der Absprache mit der Stadt Würselen die Mietverträge zu den Objekten Kaiserstr. 114 bis 118 zum 31.12.2020 beendet worden waren.

Die Objekte waren als Unterkünfte für Flüchtlinge an die Stadt Würselen vermietet und sollten im Zuge der Entwicklung des Singergeländes an den Investor „mieterfrei“ veräußert werden. Bereits im Lagebericht zum Geschäftsjahr 2020 wurde darauf hingewiesen, dass hinsichtlich des Mietertrags die Geschäftsführung für das Jahr 2021 mit einem Ertragsniveau wie im Jahre 2019 rechnet.

Die Erträge aus dem bestehenden Vertrag der SEW mit der Stadt Würselen zur Umsetzung der städtischen Liegenschafts- und Wirtschaftsförderungsaufgaben mit einem Jahresnettoertrag von rd. 451 TEUR sind gegenüber dem Vorjahr (383 TEUR) in etwa wieder auf das Niveau von 2019 (437 TEUR) gestiegen.

Aufgrund von Flächenzu- und -abgängen im Berichtsjahr hat sich der Grundstücksbestand des Umlaufvermögens von 131.927m² (2020) auf 194.165m² vergrößert und hat damit wieder fast den Stand des Jahres 2019 (195.860m²) erreicht.

Die aus dem Gesellschaftsvertrag der SEW resultierenden Verpflichtungen zur Einhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr 2021 erfüllt, da in diesem Jahr die Aufgaben der SEW wiederum insbesondere Aktivitäten im Bereich der Kultur und Wirtschaftsförderung sowie der Wohnraumversorgung umfassten.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Analyse der Vermögenslage

Das Anlagevermögen der Gesellschaft erhöhte sich von 12,261 Mio. EUR (2020) auf 13,808 Mio. EUR im Berichtsjahr. Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung des Beteiligungsanteils der SEW GmbH & Co.KG an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG zurückzuführen. Hier hatte die Sparkassen Immobilien GmbH ihre Gesellschaftsanteile an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG hälftig den verbleibenden Gesellschaftern SEW GmbH & Co.KG und Städteregion Aachen verkauft. Weitere Verschiebungen ergaben sich aufgrund geänderter Werte bei der AfA, getätigter Grundstückszukäufe und geleisteter Anzahlungen und Anlagen im Bau.

Die Geschäftsausstattung verringerte sich geringfügig von 24 TEUR (2020) auf 19 TEUR.

Das Vorratsvermögen verringerte sich wiederum von 5,282 Mio. EUR auf 4,842 Mio. EUR.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände der Gesellschaft erhöhten sich um 190 TEUR auf rd. 1,825 Mio EUR. Hierbei war bei der Position „andere Forderungen gegen Gesellschafter“ ein Anstieg von 430 TEUR (2020) auf 511 TEUR und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von 16 TEUR auf 136 TEUR zu verzeichnen.

Der Kassenbestand der SEW verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr (1,706 Mio. EUR) auf 1,364 Mio. EUR.

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft erhöhte sich insgesamt um rd. 951 TEUR durch die vorgenannten Maßnahmen von rd. 20,899 Mio. EUR (2020) auf 21,850 Mio. EUR.

Das Eigenkapital der SEW erhöhte sich im Wirtschaftsjahr 2021 auf rund 10,394 Mio. EUR. Im Vergleich hierzu lag das Eigenkapital im Vorjahr 2020 bei rd. 9,549 Mio. EUR. Diese Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Kapitalanteilerhöhung bei der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co KG (1,083 Mio. EUR) und eine Erhöhung der Rücklagen (280 TEUR) zurückzuführen, wohingegen der Jahresüberschuss lediglich knapp ein Zehntel (57 TEUR) gegenüber dem Vorjahr (575 TEUR) entspricht. Die Rückstellungen verringern sich um rd. 164 TEUR (davon Steuerrückstellung für 130 TEUR) von 623 TEUR auf 459 TEUR.

Die Verbindlichkeiten stiegen im Vergleich zu den Vorjahren erneut. Im Jahre 201 Klagen die Verbindlichkeiten noch bei 10,234 Mio. EUR, im Jahre 2020 bei 10,723 Mio. EUR und im Vergleich zum Vorjahr ist ein weiterer Anstieg auf 10,991 Mio. EUR gegeben.

Dabei stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 7,145 Mio. EUR im Vorjahr auf 7,416 Mio. EUR im Berichtsjahr, was in erster Linie auch mit getätigten Flächenkäufen zusammenhängt. Allerdings sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass noch im Jahre 2018 gegenüber Kreditinstituten Verbindlichkeiten in Höhe von 9,182 Mio. EUR bestanden. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich von 101 TEUR (2020) auf 153 TEUR (2021), wohingegen die Verbindlichkeiten gegenüber dem Kommanditisten leicht von 3,246 Mio. EUR auf 3,212 Mio. EUR fielen.

	Bilanz zum 31.12.2021		Bilanz zum 31.12.2020		Veränderung zum Vorjahr T€
	T€	%	T€	%	
AKTIVA					
Sachanlagen	10.465	47,89	10.018	47,94	447
Finanzanlagen	3.343	15,30	2.243	10,73	1.100
Verbund- / Beteiligungsforderungen	1.138	5,21	1.150	5,50	-12
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0
<i>Lang- und mittelfristig gebundenes Vermögen</i>	14.946	68,40	13.411	64,17	1.535
Vorräte	4.842	22,16	5.282	25,27	-440
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	54	0,25	17	0,08	37
Verbund- / Beteiligungsforderungen	26	0,12	26	0,13	0
Forderungen gegen Gesellschafter	594	2,72	431	2,06	163
sonstige Vermögensgegenstände	13	0,06	12	0,06	1
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.364	6,24	1.706	8,16	-342
<i>Kurzfristig gebundenes Vermögen</i>	6.893	31,55	7.474	35,76	-581
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0,04	16	0,07	-7
	21.850	100,00	20.899	100,00	951

PASSIVA

Kapitalanteile Kommanditisten	3.135	14,35	2.052	9,82	1.083
Rücklagen	7.202	32,96	6.922	33,12	280
Jahresüberschuss	57	0,26	575	2,75	-518
<i>Eigenkapital</i>	<i>10.394</i>	<i>47,57</i>	<i>9.549</i>	<i>45,69</i>	<i>845</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.116	14,26	3.446	16,49	-330
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.178	14,55	3.212	15,37	-34
<i>Langfristiges Fremdkapital</i>	<i>6.294</i>	<i>28,81</i>	<i>6.658</i>	<i>31,86</i>	<i>-364</i>
Rückstellungen	459	2,10	623	2,98	-164
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.300	19,68	3.699	17,70	601
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	28	0,13	88	0,42	-60
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	153	0,70	101	0,49	52
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	174	0,79	155	0,74	19
sonstige Verbindlichkeiten	43	0,20	22	0,11	21
<i>Kurzfristiges Fremdkapital</i>	<i>5.157</i>	<i>23,60</i>	<i>4.688</i>	<i>22,44</i>	<i>469</i>
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0,03	3	0,01	3
	21.850	100,00	20.899	100,00	951

II. Analyse der Ertragslage

Auch für das Wirtschaftsjahr 2021 gilt wie in den Vorjahren, dass die Grunderträge aus der Wahrnehmung städtischer Aufgaben und aus Vermietungen nicht ausreichen, um den laufenden Aufwand zu tragen.

Der Erwerb, die Entwicklung und der Verkauf von Grundstücken ist daher weiterhin aktuell notwendig, um positive Jahresergebnisse zu erzielen. Die Geschäftsführung sieht es als notwendig an, zukünftig mehr Ertrag beispielsweise durch Mieteinnahmen zu generieren. Dies bedeutet aber zugleich eine Ausweitung bzw. Ausbau der Bestandsimmobilien. Erste Schritte hierzu sind durch das Bauvorhaben Kesselsgracht gemacht worden.

Durch die unter „Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses“ dargestellten Maßnahmen bzw. Ereignisse konnte letztlich noch ein Jahresergebnis von 57 TEUR erzielt werden.

Dabei kam der im Berichtsjahr gegebenen Kapitalstruktur der SEW das niedrige Zinsniveau des Jahres 2021 der Fremdfinanzierung des Umlaufvermögens entgegen. Andererseits können kaum Erträge aus der Anlage von liquiden Mitteln erzielt werden, so dass Festgeldanlagen im Berichtsjahr weiterhin nicht vorgenommen wurden.

	01.01. bis 31.12.2021		01.01. bis 31.12.2020		Veränderung zum Vorjahr
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse	3.264	100,00	3.387	100,00	-123
= Gesamtleistung	3.264	100,00	3.387	100,00	-123
- Materialaufwand	1.200	36,76	785	23,18	415
= Rohergebnis	2.064	63,24	2.602	76,82	-538
+ sonstige betriebliche Erträge	183	5,61	30	0,89	153
- Personalaufwand	566	17,34	555	16,39	11
- Abschreibungen	401	12,29	408	12,05	-7
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.147	35,14	860	25,39	287
= Betriebsergebnis	133	4,07	809	23,89	-676
+/- Beteiligungs-/Finanzergebnis	-61	-1,87	-117	-3,45	56
= Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und Ertrag	72	2,21	692	20,43	-620
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15	0,46	117	3,45	-102
+/- Erträge aus Verlustübernahme/abgeführte Gewinne	0	0,00	0	0,00	0
= Jahresergebnis	57	1,75	575	16,98	-518

III. Analyse der Finanzlage

	31.12.2021
	<u>TE</u>
Jahresüberschuss	57
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	401
Abnahme der Rückstellungen	-164
Abnahme der Vorräte	440
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-37
Zunahme der Forderungen gegen Gesellschafter	-163
Abnahme der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	6
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	52
Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	14
Abnahme der erhaltenen Anzahlungen	-60
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>24</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>582</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-848
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	<u>-1.101</u>
Investitionstätigkeit	<u>-1.949</u>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	1.083
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-295
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	579
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-308
Auszahlungen aus der Tilgung der Gesellschafterdarlehen	<u>-34</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>-1.025</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	1.706
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>-342</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>1.364</u>

Der Bürgschaftsrahmen, den die Stadt Würselen der SEW gewährt hat, beläuft sich auf rd. 18,240 Mio. EUR zum Jahresende 2021. Mit diesem Bürgschaftsrahmen werden weitgehend die Fremdfinanzierungen des Umlaufvermögens abgesichert. Bereits seit längerer Zeit bedient sich die SEW zur Finanzierung des Anlagevermögens vermehrt der Inanspruchnahme von Grundschulden.

Da beim städtischen Bürgschaftsrahmen derzeit ein Freiraum von rd. 10,4 Mio. EUR besteht, sieht die Geschäftsführung keine Liquiditätsengpässe bei der Stadtentwicklungsgesellschaft.

Gesamtaussage

Gemessen am Gesamtergebnis konnten die im ursprünglichen Wirtschaftsplan von Dezember 2020 festgehaltenen und berücksichtigten Maßnahmen im Geschäftsjahr nicht im gewünschten Maße umgesetzt werden. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere nicht vorhersehbare Verfüllkosten im Bereich der Kesselsgracht, nicht umgesetzte Grundstücksveräußerungen (Reckergrundstück und Kaiserstr.) sowie von der Planung abweichende Spenden. Hier waren ursprünglich 30 TEUR eingeplant, tatsächlich kam es zu einer Spendenausschüttung von 62 TEUR. Weiterhin hatte die Geschäftsführung sich dazu entschlossen, ebenfalls im Wirtschaftsplan etatisierte 60 TEUR aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadt für die Entwicklung des Rhenaniageländes nicht abzurufen bzw. in Rechnung zu stellen. Dies lag daran, dass das B - Planverfahren hierzu im Jahre 2021 nicht im erhofften Maße fortentwickelt wurde und entsprechende planerische Leistungen nicht erbracht wurden.

Positiv zu bewerten ist, dass der Bereich Kultur gegenüber dem Vorjahr (- 180 TEUR) „nur“ mit einem Defizit von 116 TEUR abschließen konnte. Im Wirtschaftsplan von Dezember 2020 für das Geschäftsjahr 2021 war noch mit einem Defizit von 161 TEUR kalkuliert worden. Wie bereits dargestellt, lag dies an einer außergewöhnlich hohen Auslastung der Burg durch eine im Vergleich zu den Vorjahren Ausweitung von Veranstaltungen und dementsprechenden Mehrertrag aufgrund gestiegener Zuschauerzahlen.

Wurde das angestrebte wirtschaftliche Ziel durch die besagten Verfüllkosten, nicht um gesetzte Grundstücksverkäufe und erhöhtes Spendenaufkommen negativ beeinflusst, fand andererseits eine positive Kompensation durch periodenfremde Erträge in Höhe von ca. 143 TEUR statt, die allerdings für das Geschäftsjahr 2022 nicht zu erwarten sind.

Prognosebericht, Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Unter Berücksichtigung der bisherigen Geschäftspolitik der SEW und der getroffenen Entscheidungen bei der Stadt Würselen zur möglichen Entwicklung von neuen Wohnbauarealen kann die zukünftige Entwicklung der SEW weiterhin grundsätzlich positiv beurteilt werden.

Grundlage für diese Prognosebeurteilung bilden die Entscheidungen des Rates der Stadt Würselen vor der Sommerpause 2017 zur Entwicklung von neuen Außensportstätten und der damit verbundenen Aufgabe von derzeitigen innerstädtischen Spielstätten, die einer Wohnbaulandentwicklung zugeführt werden. Auch wenn die Stadt Würselen den in ihrem Eigentum stehenden Anteil nicht an die SEW verkauft, sondern die Umsetzung durch Geschäftsbesorgungsvertrag mit der SEW regelt, bleibt es bei dieser positiven Einschätzung.

Zudem bietet die Kooperation der SEW mit der GWG bei den Wohnbauprojekten im Bereich der Kesselsgracht und der Bardenberger Str./ Von -Goeschen - Str. die Chance, den Eigenbestand an vermietbarem Wohnraum nennenswert zu erweitern, um mittelfristig einen erhöhten Deckungsbeitrag durch Mieteinnahmen zu generieren.

Neben den wiederkehrenden jährlichen Ertragsgrundlagen wird die SEW auch im Geschäftsjahr 2022 Erträge aus der Grundstücksvermarktung erzielen (vgl. hierzu obige Ausführungen). Voraussichtlich ist ein geringes, positives Jahresergebnis 2022 zu erzielen, auch wenn der Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 vom 10.11.2021 noch ein prognostiziertes Jahresdefizit auswies.

Die geänderte Prognose basiert u.a. darauf, dass ganzjährige Personalkosten für einen zweiten Geschäftsführer eingeplant waren, eine Einstellung dessen allerdings erst zum 4. Quartal des Jahres 2022 erfolgte. Es ergeben sich somit geringere Personalkosten von ca. 90 TEUR für das Jahr 2022 als geplant. Zudem wird derzeit davon ausgegangen, dass das Defizit im Bereich der Kultur ähnlich niedrig bzw. evtl. noch niedriger ausfällt wie/als im Jahre 2021 und damit ebenfalls nicht so hoch wie ursprünglich geplant. Letztlich wird zwar voraussichtlich auch dieses Jahr nicht das Objekt Kaiserstr. 114/118 veräußert werden können, jedoch fällt der Buchgewinn für das veräußerte Grundstück Gewerbegebiet Aachener Kreuz Fl. 1242 demgegenüber etwas höher aus als zunächst angenommen.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass der derzeit zur Verfügung stehende Bestand veräußerbarer Immobilien in den letzten Jahren merklich abgeschmolzen ist und eine Gewinnabschöpfung aus Immobilienverkäufen in den Folgejahren nicht mehr in dem Maße wie in der Vergangenheit zu realisieren sein wird. Zur Deckung des Aufwands wird es daher zukünftig erforderlich sein, den Bestand vermietbarer Objekte auszuweiten, um einen höheren Mietertrag zu generieren. Entsprechende Schritte sind mit den in Planung befindlichen Objekten in der Kesselsgracht und an der Bardenberger Str. /von Goerschen-Str. eingeleitet worden.

Hier wurden bereits in der Vergangenheit Vorbereitungen zum Ankauf von Wohnbaulandflächen getroffen und diese umgesetzt. Im Jahre 2019 erfolgte in Verfolgung dieser Politik der Erwerb von weiteren 1.986 m² Bauland (Bardenberger Str. / von Goerschen-Str.), so dass aktuell der Bau von neuen Vermietungsobjekten

in der Kesselsgracht und im Bereich Bardenberger Str. / von Goerschen-Str. geplant wird (vgl. oben). Bau-maßnahmen konnten im Bereich Kesselsgracht aufgenommen werden. Fertigstellung und voraussichtlicher Beginn der Vermietung von Wohneinheiten sollen Ende 2023 sein. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass der B-Plan „von Görschen Str. /Bardenberger Str.“ Ende des Jahres rechtskräftig wird, so dass auch hier absehbar die Realisierung der Bauprojekte möglich sein wird und in der Folgezeit von weiteren Mieteinnahmen als Deckungsbeitrag auszugehen ist. Zumindest ist eine Beschlussfassung hierüber im Rat noch für dieses Jahr vorgesehen.

Weitere derartige Möglichkeiten bieten sich perspektivisch bei den Bestandsflächen „Alte Post“ und Rhena-nia-Gelände. Das Mietverhältnis mit der Post wird voraussichtlich zum 31.12.2023 beendet, so nicht noch eine Verlängerung des Mietverhältnisses abgeschlossen werden wird. Eine Entwicklung des Grundstückes ist zwecks zeitnaher, anderweitiger Nutzung derzeit in Planung.

Mit Ausnahme der Beteiligung an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG sind mittelfristig keine Erträge aus den Beteiligungen der SEW zu erwarten. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass aufgrund der Planungen zum Ausbau des Flugplatzes Merzbrück zu einem Forschungsflugplatz und anliegendem Gewerbegebiet (B-Plan 182) zu einem reinen Aviation - Cluster sich die Vermarktung der Grundstücke weiter verzögert hat. Zwar konnten im Jahre 2022 erste Grundstücksverträge mit 5 Investoren abgeschlossen werden. Von der Vereinnahmung der Veräußerungserlöse auf Seiten der AKM GmbH & Co KG ist jedoch kurzfristig nicht zu rechnen, da deren Fälligkeit an diverse Bedingungen geknüpft ist, deren Eintritt voraussichtlich erst ab Mai 2024 gegeben sein wird. Unabhängig davon ist zu berücksichtigen, dass das Gewerbegebiet noch weiter erschlossen werden muss und zur Finanzierung dieser Erschließungskosten auch Grundstücksveräußerungen eingeplant sind / waren, so sind frühestens Erträge der SEW aus ihrer Beteiligung an der Aachener - Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG in 2 bis 3 Jahren zu erwarten.

Der Finanzaufbau der Stadtentwicklungsgesellschaft mit der nach wie vor hohen Fremdkapitalquote macht es erforderlich, stetig den Zinsmarkt zu beobachten. Eine langfristige Unabhängigkeit vom Zinsniveau kann durch die Erhöhung der Eigenkapitalquote erreicht werden.

Zudem wird die Gesellschaft ab dem Jahre 2023 durch die im Rahmen der Umstrukturierung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH (FAM GmbH) beschlossenen Maßnahmen ab dem Jahre 2023 belastet. Zum 31.12.2022 hatte der Mitgesellschafter Stadt Eschweiler die Kündigung der Gesellschafterstellung ausgesprochen. Zukünftig wird die SEW GmbH & Co KG statt 25,01% Gesellschaftsanteile Anteile i.H.v. 30% an der FAM GmbH halten.

Dementsprechend wird sich auch zukünftig die Beteiligungsquote am Verlust der FAM GmbH, an den Pachtzuschüssen und Beteiligung an Tilgung und Zins von Darlehen der FAM GmbH signifikant erhöhen. Lagen diese in der Vergangenheit bislang bei jährlich ca. 55 TEUR bis 60 TEUR, so werden diese sich auf Basis der Planungen der FAM GmbH auf ca. 70 TEUR Verlustausgleich und zusätzlich auf ca. 72 TEUR Zuschüsse für Darlehen (Zins und Tilgung) und Pacht erhöhen. Aufgrund zukünftig höheren Aufwands bei der FAM GmbH (u.a. Personal) wird die FAM GmbH nach deren Planungen absehbar in den nächsten Jahren nicht unerhebliche Verluste hinnehmen, die durch die Gesellschafter auszugleichen sind. Entsprechend einer zu ändernden Beteiligungsquote würde sich somit der Gesamtaufwand nach Angaben der FAM GmbH von bisher ca. 55 TEUR ab 2023 zukünftig auf ca. 142 TEUR erhöhen.

Durch die Neueinstellung eines weiteren Geschäftsführers zum Oktober 2022 werden sich zudem zukünftig die Personalkosten erhöhen. Dies wird wegen der unterjährigen Einstellung im Laufe des Jahres 2022 noch nicht so sehr ins Gewicht fallen, jedoch ab dem Jahre 2023. Weiterhin sind im Kulturbereich absehbar personelle Veränderungen gegeben. Ein Mitarbeiter wird im Frühjahr 2024, ein anderer Mitarbeiter im Frühsommer 2025 in Rente gehen. Um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, ist zunächst geplant, Neueinstellungen dergestalt vorzunehmen, dass die zukünftigen Mitarbeiter/innen zwecks Einarbeitung parallel zu den noch laufenden Arbeitsverträgen eingestellt werden. Damit würden sich die Personalkosten im Bereich Kultur voraus sichtlich im Jahre 2023 auch erhöhen. Ferner sind Überlegungen in der Geschäfts-

führung gegeben, weitere Personaleinstellungen im Jahre 2023 vorzunehmen. Da sich diese Überlegungen allerdings im Anfangsstadium befinden, sind weitergehende Konkretisierungen hierzu noch nicht möglich.

Sonstige Angaben

Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen.

Unabhängig von dem grundsätzlichen Risiko weiterhin ansteigender Zinsen sind auch die geplanten städtischen Rücklagenentnahmen von besonderer Bedeutung für den weiteren Geschäftsverlauf der SEW. Das Risiko ansteigender Zinsen hat sich bereits im Oktober 2022 realisiert. Aufgrund des bisherigen geringen Zinsniveaus lag der Zinssatz der VR Bank für Inanspruchnahme des Rahmenkredits in den letzten Jahren bei 0,2%. Aktuell wurde dieser Zinssatz zum Oktober 2022 nunmehr auf 0,879% angehoben.

Auch die im Jahre 2022 vorgenommene Entnahme der Stadt i.H.v. 3,0 Mio. EUR (und evtl. weitere angekündigte Gewinnausschüttungen in den Folgejahren) belastet die Liquidität der Gesellschaft, da aufgrund der Entnahme Kapitalertragssteuer anfällt, die sich im genannten Fall auf 565 TEUR beläuft.

Im Jahre 2023 ist andererseits mit der Rückzahlung eines zum 30.06.2023 endfälligen Gesellschafterdarlehens (an die FAM GmbH) i.H.v. 514 TEUR zu rechnen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Pasperski, Dr. Edgar	Geschäftsführung	
Leroy, Ralph	Einzelprokurist	

Aufsichtsrat		
Benend, Guido Landwirt	Stadtverordneter CDU	
Carduck, Markus Angestellter	Stadtverordneter FDP	
Debray, Tobias Jurist	Stadtverordneter CDU	
Fries, Max Angestellter	Stadtverordneter SPD	
Jochmann, Michael Dipl. Ingenieur	Stadtverordneter B90/Die Grünen	
Pasperski, Dr. Edgar Rechtsanwalt	Stadtverordneter SPD	bis 12.03.2021
Schmitz, Karl-Jürgen Rechtsanwalt	Stadtverordneter CDU	
Lohmann, Josefine Bankkauffrau	Stadtverordnete CDU	
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Vorsitzende/r	
Bürger, Heribert Dipl. Ing.	Sachkundiger Bürger B90/Die Grünen	

Aufsichtsrat		
Geusen, Helmut Rentner	Sachkundiger Bürger UWG	
Huppertz, Frank Betriebsschlosser	Sachkundiger Bürger SPD	
Knauf, Dr. Renate Waldakquisition & Kommunalberatung	Sachkundige Bürgerin SPD	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 12 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.5 enwor - energie & wasser vor ort GmbH

Basisdaten

Anschrift	enwor - energie & wasser vor ort GmbH Kaiserstr. 86 52134 Herzogenrath
Gründungsjahr	1909
Internet	www.enwor.de
Telefon	02407/509-0
Telefax	02407/509-7777

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist

1. die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme,
2. die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen,
3. die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie
4. die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der Versorgung in Würselen mit Strom, Wasser und Gas.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der enwor ist die Sicherstellung der Versorgung mit Strom, Gas, Trinkwasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	11.724,3	52,52 %
Stadt Herzogenrath	5.860,3	26,25 %
Stadt Würselen	2.497,9	11,19 %
Stadt Alsdorf	550,3	2,46 %
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	319,7	1,43 %
Stadt Baesweiler	52,6	0,24 %
Stadt Übach-Palenberg	12,9	5,90 %
2 ehem. Aktionäre StwAG	12,9	0,01 %

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Trianel Windpark Borkum GmbH & Co.KG	308.522,5	1,54 %
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co.KG	106.827,9	4,35 %
Trianel GmbH	94.150,4	2,21 %
Trianel Onshore Windkraftwerk GmbH & Co.KG	46.601,8	5,49 %
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co.KG	41.940,7	4,75 %
Stawag Solaranlage Giebelstadt II	32.440,7	10,00 %
Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH	25.620,5	50,00 %
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co.KG	7.271,5	20,00 %
Windpark Beltheim II GmbH & Co.KG	4.960,0	10,00 %
Solarpark Ronneburg GmbH & Co.KG	4.814,7	10,00 %
Windpark Oberwesel III GmbH & Co.KG	3.236,8	10,00 %
Windpark Oberwesel II GmbH & Co.KG	3.117,8	10,00 %
Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH	528,1	25,10 %
IWA - Institut für Wasser- und Abwasseranalytik	80,7	30,00 %
Trianel Gaskraftw. Hamm GmbH & Co.KG	-33.159,3	1,22 %
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co.KG	-179.707,1	1,27 %

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB. Angegebene Werte betreffen das Geschäftsjahr 2020.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 11,891 % (abzgl. Kapitalertragsteuer / Solidaritätszuschlag / anteiliger Erstattung durch die Finanzbehörde) jeweils im nächsten Jahr zu. Im Jahr 2021 waren dies 470.908,70 € Gewinnanteil. Daneben erhielt die Stadt Würselen Konzessionsabgaben für die Strom- und Wassernetze in Würselen in Höhe von 1.740.000,00 €. Insgesamt ergaben sich in 2021 Erträge von der Enwor in Höhe von 3.301.854,78 €.

Die Aufwendungen an die Enwor beliefen sich im Jahr 2021 auf 1.003.682,88 €. Darunter fallen unter anderem die Aufwendung für Straßenbeleuchtung in Höhe von 612.346,51 € sowie Leistungen für die Bewirtschaftung von Gebäuden mit Energie, Wasser und für die Heizung in Höhe von 168.544,15 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	162.446	162.909	-462	Eigenkapital	59.210	60.914	-1.704
Umlaufvermögen	39.121	32.997	6.125	Sonderposten	19.006	17.942	1.064
				Rückstellungen	102.768	95.933	6.835
				Verbindlichkeiten	21.376	21.545	-168
Aktive Rechnungsabgrenzungen	808	530	278	Passive Rechnungsabgrenzungen	16	102	-86
Bilanzsumme	202.376	196.435	5.940	Bilanzsumme	202.376	196.435	5.940

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Ankaufs der Würselner Straßenbeleuchtung hat die Stadt Würselen der enwor – energie & wasser vor ort GmbH am 16.09.2003 eine Bürgschaft gewährt. Der Stand der Bürgschaft beträgt zum 31.12.2021 365.291,23 T€.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	130.969	125.822	5.148
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3.531	-196	3.727
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	2.667	3.074	-407
4 Sonstige betriebliche Erträge	1.122	1.610	-487
5 Materialaufwand	-77.410	-74.542	-2.868
6 Personalaufwand	-24.744	-26.075	1.332
7 Abschreibungen	-8.333	-7.989	-344
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.949	-6.494	-3.455
9 Erträge aus Beteiligungen	2.156	1.792	364
10 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	158	149	9
11 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.004	1.098	-94
12 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-3.356	-557	-2.799
13 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6.776	-6.527	-248
14 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-6.105	-4.448	-1.657
15 Ergebnis nach Steuern	4.936	6.715	-1.779
16 Sonstige Steuern	360	318	42
17 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.296	7.033	-1.737

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	29,3 %	31,0 %	-1,8 %
Eigenkapitalrentabilität	8,9 %	11,5 %	-2,6 %
Anlagendeckungsgrad 2	36,4 %	37,4 %	-0,9 %
Verschuldungsgrad	209,7 %	192,9 %	16,8 %
Umsatzrentabilität	4,0 %	5,6 %	-1,5 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 289 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 321) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Gesamt- und regionalwirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ist im Jahr 2021 nach derzeitigen Berechnungen um 2,8 Prozent gewachsen. Die deutsche Wirtschaft erholte sich im zweiten Halbjahr 2021 zunehmend. Getragen wurde der Aufschwung von den zwischenzeitlichen Lockerungen der Schutzmaßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie ab Mai 2021. Davon profitierten vor allem die Gastronomie, der Tourismus, das Gastgewerbe, die Kulturbranche und Teile des stationären Einzelhandels.

Die deutsche Wirtschaft hat nach den pandemiebedingten Belastungen und Einschränkungen den Weg zurück in die Wachstumsspur gefunden. Aufgrund der inzwischen vierten „Corona-Welle“ mussten jedoch zuletzt wieder Rückschläge beim Erholungskurs im Handel und den kontaktintensiven Dienstleistungen hingenommen werden. Die Erholung der Weltwirtschaft insgesamt wurde 2021 durch Lieferengpässe und zum Jahreswechsel 2021/2022 durch den neuerlichen Anstieg der Inzidenzzahlen gebremst.

Umfangreiche temporäre fiskalische Stützungsmaßnahmen entstanden in 2021 und belasten die Staatsfinanzen für viele Zukunftsjahre.

Die Stimmungslage bei den Unternehmen war nach Auffassung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zum Jahreswechsel 2021/2022 besser als vor einem Jahr – trotz der erneuten Infektionswelle und der anhaltenden Produktionsstörungen infolge der fehlenden Zulieferteile. Im Unterschied zum Jahreswechsel 2020/2021 meldeten bei der Umfrage des IW ca. 50% der befragten Verbände eine bessere Geschäftslage (Vorjahr 20%). Die Deutsche Bundesbank erwartete im Winterhalbjahr 2021/22 pandemiebedingt noch Rückschlagpotenzial in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt. Nach der Winterpause wurde von einem Produktionsoptimismus in fast allen Industriebereichen ausgegangen.

Unter den Eindämmungsmaßnahmen gegen die „vierte Corona-Welle“ litt der private Konsum (Zwangsparen). Die Umsätze konnten sich im Januar 2022 und damit deutlich früher als noch ein Jahr zuvor erholen. Daher standen die Chancen zunächst gut, dass die deutsche Wirtschaft mit einem kräftigen Auftakt in das Jahr startet. Dazu trug auch die deutsche Industrie bei, die den Wachstumskurs, den sie im vierten Quartal 2021 nach einer längeren Durststrecke eingeschlagen hatte, bis in den Februar fortsetzen konnte.

Die Eskalation des russisch-ukrainischen Konflikts und der Ausbruch des Krieges am 24. Februar änderten jedoch wiederum die wirtschaftliche Lage auch in Deutschland.

Die Weltmarktpreise vieler Rohstoffe sind drastisch gestiegen. Anders als erwartet ist die Inflationsrate seit Jahresbeginn nicht zurückgegangen. Vielmehr haben die Verbraucherpreise und insbesondere die Preise für Energie und Nahrungsmittel weiter mit kräftigen Raten zugelegt. Dies reduziert die Kaufkraft vieler Haushalte und dämpft die Erholung der Konsumkonjunktur.

Eine Reihe von Sanktionen gegen Russland wurden beschlossen. Diese dürften u.a. den Warenhandel und damit die Produktion und das Exportgeschäft deutscher Unternehmen beeinträchtigen.

Aufgrund des Krieges kommt es zu Produktionsausfällen nicht nur in der Ukraine. Damit dürften sich die Lieferengpässe bei der Beschaffung von Vorprodukten verschärfen. Die Erholung der industriellen Wertschöpfung in Deutschland dürfte weiter schleppend verlaufen.

Die Unsicherheit hat deutlich zugenommen, da die Dauer und der Ausgang des Krieges sowie die weitere Entwicklung der Sanktionen gegen Russland schwer abzuschätzen sind. Dies schlägt sich nicht zuletzt in der hohen Volatilität der aktuellen und erwarteten Börsenpreise für Energieträger nieder, was die Ausgabebereitschaft von Unternehmen und Haushalten für Investitionen und langlebige Konsumgüter zusätzlich belasten dürfte.

Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2022 gestiegen sein. Bereits im März hat es einen konjunkturellen Dämpfer gegeben, der die positive Gesamtbilanz des Winterquartals trüben dürfte. So hat wohl die Industrieproduktion einen kräftigen Rückschlag erhalten, weil eine Reihe gewichtiger Un-

ternehmen ihre Produktion gedrosselt und die Kurzarbeit hochgefahren haben. Auch die Einzelhandelsumsätze dürften unter den stark gestiegenen Energiepreisen gelitten haben. Insgesamt gehen durch den Anstieg der Verbraucherpreise Kaufkraft in spürbarem Umfang verloren.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland lag im Dezember 2021 in allen Bundesländern unter den Vorjahreswerten. Die Rückgänge zeigen die Verbesserung nach dem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit im ersten Lockdown 2020. Den stärksten Rückgang gab es in Baden-Württemberg. Nordrhein-Westfalen landete bei diesem Kriterium auf den hinteren Plätzen. Dort fiel die Erholung nach Aussage der Bundesagentur für Arbeit nur ca. halb so stark aus wie beispielsweise in Baden-Württemberg.

In den Nachbarkreisen Düren und Heinsberg ist die Arbeitslosigkeit geringer als in der Städtereion. Innerhalb der Region ist die Arbeitslosigkeit sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Spanne reicht von 3,9% im Bezirk Monschau bis hin zu 7,7% in Aachen und Stolberg.

Die Verschärfung des Infektionsgeschehens macht sich zur Jahreswende 2021/2022 noch nicht bemerkbar. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist anhaltend hoch und die Zahl der offenen Stellen ist in vielen Branchen ausgeprägt. In Bezug auf ein Mehr an Arbeitsplätzen und Beschäftigung stehen die Vorzeichen für 2022 anfänglich auf Zuversicht.

Die Arbeitslosigkeit in der Region ist geringfügig höher als der Landesdurchschnitt. Die Arbeitslosenkenntzahlen in NRW liegen deutlich oberhalb des Bundesdurchschnitts.

Laut der IHK-Konjunkturumfrage zum Jahresbeginn 2022 nimmt die Wirtschaft in der Region Aachen wieder Fahrt auf. Die Industrie sieht ihre Geschäftslage im Zeitablauf verbessert und blickt optimistisch ins Jahr 2022. Auch die Dienstleister bewerten ihre Lage und ihre Aussicht unverändert gut. Der Handel ist in der Lagebeurteilung hingegen deutlich zurückhaltender. Er blickt mit Sorge auf die nächsten Monate. Die Baukonjunktur läuft weiterhin auf hoher Drehzahl, dieser Sektor weist derzeit die beste Lagebeurteilung im Vergleich zu den übrigen Branchen auf. Fast alle Betriebe beklagen den Fachkräftemangel und die eingeschränkte Materialverfügbarkeit. Im Auslandsgeschäft werden die Auftragseingänge und die Exportumsätze positiv besprochen.

Auch in der hiesigen Wirtschaft werden die Preissteigerungen bei Rohstoffen und Energie sowie die Lieferschwierigkeiten als Belastungsfaktoren identifiziert.

Die Personalplanungen der Unternehmen vor Ort bleiben auf hohem Niveau. Gesucht werden vor allem Arbeitskräfte mit Berufsausbildung bzw. hochwertiger formaler Bildung.

Trotz etlicher Sorgen (Energie- und Rohstoffpreise, hohe Inzidenzzahlen und damit zusammenhängend eingeschränkte Präsenzen der Arbeitskräfte am Arbeitsplatz) rechnet die Mehrheit der hiesigen Unternehmer mit einer positiven Entwicklung der Wirtschaft im Jahr 2022.

Im Jahr 2021 ist sowohl der Stromverbrauch als auch der Gasverbrauch nach vorläufigen Berechnungen des BDEW im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Maßgebliche Einflussfaktoren waren das kühle Frühjahr und die konjunkturelle Erholung der Wirtschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat vor allem im 2. Quartal 2021 deutlich an Fahrt gewonnen, nachdem das 1. Quartal noch von den Einschränkungen durch die CoronaPandemie geprägt war. Ab dem 3. Quartal hat das Wirtschaftswachstum aufgrund von weltweiten Lieferengpässen bei Vorprodukten, die die Industrieproduktion massiv behindern, deutlich an Dynamik verloren.

Der Erdgasverbrauch im Jahr 2021 stieg nach ersten Daten des BDEW auf 1.003 Mrd. kWh und war damit so hoch wie zuletzt in den Jahren 2005 und 2006. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Anstieg fast vier Prozent. Im Jahr 2020 wurden 965 Mrd. kWh Erdgas verbraucht, im Vor-Corona-Jahr 2019 waren es 989 Mrd. kWh. Auch die Stromversorgung war 2021 durch unterschiedliche Einflüsse geprägt: pandemiebedingte Einschränkungen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens zu Jahresbeginn, die langanhaltende kühle Witterung bis in den Mai, konjunkturelle Aufholprozesse im zweiten und dritten Quartal bis hin zu den deutlichen Preisanstiegen an den Energiemärkten und im CO₂-Emissionszertifikatehandel im zweiten Halbjahr 2021. Gemeinsam sorgten diese Faktoren dafür, dass der Bruttoinlandsstromverbrauch im Gesamtjahr 2021 gegenüber 2020 um fast drei Prozent auf rund 562 Mrd. kWh anstieg. Damit liegt der Stromverbrauch 2021 jedoch noch immer unter dem Niveau des Vor-Corona-Jahres 2019. Damals wurden rund

568 Mrd. kWh Strom verbraucht. Größter Stromverbraucher ist die Industrie mit einem Anteil von 45 Prozent, gefolgt von Gewerbe, Handel und Dienstleistungen mit einem Anteil von 27 Prozent. Private Haushalte tragen mit einem Anteil von 26 Prozent zu gut einem Viertel des Stromverbrauchs bei, der Verkehrsbereich hat einen Anteil von zwei Prozent.

Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte ist in Deutschland im Jahr 2021 gegenüber dem Jahresmittel 2020 um 1,1 Prozent (+0,35 ct/kWh) gestiegen. Der durchschnittliche Strompreis für Industriebetriebe (ohne Stromsteuer) ist in 2021 gegenüber dem Jahresmittel 2020 dagegen um 20,4 Prozent bzw. 3,62 ct/kWh gestiegen. Der stark unterschiedliche Preisanstieg ist in den unterschiedlichen Beschaffungsstrategien für Haushaltskunden und Industriekunden begründet. Während für Haushaltskunden die benötigten Mengen teilweise über einen Zeitraum von 3 Jahren im Voraus beschafft werden, werden viele Industriekunden back-to-back eingedeckt. Daher konnten die Haushaltskunden im Jahre 2021 noch sehr stark von den niedrigen Preisniveaus der Vorjahre profitieren.

Waren die enwor - Energieabsatzmengen in den letzten Jahren durch den Verdrängungswettbewerb im Energiemarkt chronisch rückläufig, wurde im Jahr 2021 dieser Trend gebrochen. Aufgrund zahlreicher Insolvenzen von privaten Strom- und Gasanbietern in Folge des dramatischen Preisanstiegs im Energiesektor erhöhten sich die Kundenzahlen als auch die Absatzmengen signifikant.

Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor detaillierter dargestellt.

Zur Steuerung der Vermögens- Finanz- und Ertragslage bedient sich die enwor sowohl finanzieller als auch sonstiger Leistungsindikatoren. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren sind:

- Umsatzerlöse,
- Rohertrag,
- Investitionen,
- Liquidität,
- Jahresüberschuss.

Sonstige Leistungsindikatoren sind:

- Absatzmengen Strom, Gas, Wasser und Wärme,
- Entwicklung der Kundenzahlen.

Zusammenfassend kann vorab festgestellt werden, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor im Geschäftsjahr 2021 jederzeit geordnet war.

Ertragslage

Die in diesem Berichtsteil verwendeten Zahlen entstammen der Bilanz und der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (im Folgenden kurz GuV) bzw. der Sparten-Bilanz und der Sparten-GuV für das Berichtsjahr. Planwerte sind den internen Planungsunterlagen entnommen. Die Absatz- und Erlösstatistiken für die einzelnen Sparten bilden die Grundlage für die Angabe der Ist-Mengen.

Insgesamt konnten die Umsatzerlöse der enwor mit 131,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr mit 125,8 Mio. € und auch gegenüber der Prognose um 5,1 Mio. € gesteigert werden. Die Materialaufwendungen sind von 74,9 Mio. € im Vorjahr um 2,5 Mio. € auf jetzt 77,4 Mio. € gestiegen. Das Rohergebnis stieg von 55,8 Mio. € im Vorjahr um 5,1 Mio. € auf 60,9 Mio. € im Geschäftsjahr. Dadurch konnte der in der Planung für 2021 angesetzte Wert von 56,7 Mio. € überschritten werden.

Der Personalaufwand erreicht 24,7 Mio. €. Er ist gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von 26,1 Mio. € um 1,3 Mio. € gesunken und untertrifft den Planwert in Höhe von 25,3 Mio. €. Dies ist vor allem auf die Dotierung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr von -4,0 Mio. € auf nunmehr -6,8 Mio. € verschlechtert. Damit liegt das Finanzergebnis unterhalb der Planung von -5,6 Mio. €, was daran liegt, dass die Belastung aus der Zinskomponente zu den Pensionsrückstellungen nicht in der bei der Planungserstellung

erwarteten Höhe ausgefallen ist, sowie die Beteiligungserträge nicht in der erwarteten Höhe eingegangen sind.

Der Jahresüberschuss nach Steuern liegt im Geschäftsjahr 2021 mit 5,3 Mio. € um 2,086 Mio. € oberhalb des Planwerts, der im Dezember 2021 vorgestellt wurde. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 5,0 Mio. € an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 0,96 Mio. € auf neue Rechnung vorzutragen.

Im Folgenden wird die Ertragslage für die einzelnen Geschäftsbereiche dargestellt. Eine detaillierte Übersicht zu den Erlös- und Aufwandspositionen ergibt sich aus den veröffentlichten Spartenabschlüssen.

Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

Enwor ist der Stromnetzbetreiber in den Städten Herzogenrath und Würselen und versorgt dort rund 85.900 Einwohner über ein ca. 1.145 km langes Leitungsnetz. Die Jahresnetzlast liegt mit 282,0 Mio. kWh unter dem Vorjahresniveau (288,0 Mio. kWh) und entspricht somit nahezu der Prognose von 280,3 Mio. kWh. Die Durchleitungsmenge für Fremdlieferanten ist im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 140,5 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert mit 132,7 Mio. kWh und ebenfalls zur Prognose mit 134,6 Mio. kWh gestiegen.

Messstellen, die bereits mit modernen Messeinrichtungen ausgestattet sind und gemäß Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) nach Preisobergrenze (POG) abgerechnet werden, werden nicht mehr dem Stromnetz, sondern einer separaten Sparte Messstellenbetrieb zugeordnet. Somit finden die Abrechnungserlöse daraus auch keine Berücksichtigung mehr in der Sparte Stromnetzbetrieb. Vor diesem Hintergrund konnten die Erlöse des Stromnetzbetriebes nahezu konstant gehalten werden.

Stromvertrieb

Die Stromabgabe an sämtliche Kunden der enwor hat sich von 189 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 198,0 Mio. kWh erhöht, und liegt somit deutlich oberhalb der Prognose von 188,3 Mio. kWh.

Dabei konnte im Out-of-Area-Bereich ein deutliches Plus von 5,8 Mio. kWh verzeichnet werden, im Homeland-Bereich der enwor konnte ebenfalls ein Zuwachs, wenn auch geringer als im Out-of-Area Bereich, von 3,0 Mio. kWh verzeichnet werden. In beiden Bereichen wird dies durch die Entwicklung der Kundenzahlen widergespiegelt.

Durch gestiegene Einkaufspreise, vor allem in der kurzfristigen Energiebeschaffung, sank das Rohergebnis Stromvertrieb nach 4,5 Mio. € im Vorjahr auf 4,0 Mio. € im Berichtsjahr.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den Sonstigen Aktivitäten zählt die Stromerzeugung aus dem Trianel Kohlekraftwerk in Lünen, mit dem die enwor über Stromabnahmevertrag verbunden ist, sowie die Straßenbeleuchtung und der Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen, die wir dieser Sparte zugeordnet haben.

Der Kohleausstieg ist zwar grundsätzlich im Gesetz geregelt, die Zukunft des Steinkohlekraftwerkes in Lünen ist in Bezug auf das Stilllegungsjahr trotzdem ungewiss und für die enwor in noch unbestimmter Höhe weiterhin ergebnisbelastend. Das Geschäftsjahr 2021 schließt in diesem Bereich mit einem Fehlbetrag in Höhe von 2,1 Mio. € ab. Die bereits bestehende Drohverlustrückstellung wurde abermals erhöht, so dass für die künftigen Geschäftsjahre 2022 - 2027 in erheblichem Umfang Rückstellungen zum erwarteten Verlustausgleich angelegt sind. In Abhängigkeit vom Stilllegungsjahr und den dann verbleibenden Finanzparametern muss der Rückstellungsdotierungsbedarf jährlich neu ermittelt werden. Es ist nicht auszuschließen, dass weitere Dotierungen notwendig werden. Das Kraftwerk wird i.W. mit Kohle aus Russland versorgt. Aufgrund der Sanktionen, die gegen Russland verhängt wurden, ändern sich die Beschaffungskonditionen mit den entsprechenden Ergebnis- und Liquiditätsfolgen.

Der Geschäftsbereich Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen entwickelte sich auch in 2021 sehr positiv. So ist die enwor als Dienstleisterin im Rahmen des „Weiße-Flecken-Programms“ der Bundesregierung mit Verlegearbeiten für Glasfaserkabel im Auftrag von NetAachen bzw. der StädteRegion Aachen befasst. Die entsprechenden Verträge wurden in 2020 unterzeichnet. Im Geschäftsjahr führte dies zu einem deutlichen Anstieg des Bestandes an unfertigen Leistungen, da die Abrechnung der Maßnahmen erst mit der jeweiligen Fertigstellung erfolgt. Dieser Effekt wird voraussichtlich auch im Folgejahr auftreten.

Die Sparte konnte als zusätzliches Betätigungsfeld der enwor weiter ausgebaut werden. Die Umsatzerlöse stiegen von 883 T€ um ca. 150 T€ und überschritten damit erstmals die Grenze von 1 Mio. € Umsatz.

Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath mit einer im Vergleich zum Vorjahr kaum veränderten Leitungslänge von 136 km. Die Zahl der Anschlüsse konnte im Geschäftsjahr 2021 um 157 Anschlüsse gesteigert werden, die Gasabgabe mit 250,0 Mio. kWh lag deutlich über dem Vorjahreswert von 216,7 Mio. kWh. Prognostiziert waren 213,9 Mio. kWh. Das Rohergebnis im Bereich Gas Netz ist gegenüber dem Vorjahr (3,6 Mio. €) auf 4,7 Mio. € wiederum gestiegen und liegt damit deutlich über dem geplanten Wert von 3,4 Mio. €.

Gas Vertrieb

Der Gas Vertrieb hat sich im Geschäftsjahr 2021 gut behauptet. Sowohl die Kundenanzahl im eigenen Netzgebiet als auch die im Out-Of-Area-Bereich konnte erheblich gesteigert werden. Die Gasabgabe an Kunden stieg um 17,8 Mio. kWh von 193,7 Mio. kWh im Vorjahr auf dann 211,5 Mio. kWh. Damit liegt die Ist-Abgabe rund 21,9 Mio. kWh über dem prognostizierten Wert von 189,6 Mio. kWh. Wesentlicher Grund hierfür sind Insolvenzen von Wettbewerbern, die im zweiten Halbjahr 2021 aufgrund stark gestiegener Energiepreise Insolvenz anmelden mussten oder die Belieferung von Kunden eingestellt haben.

Bei gestiegenen Beschaffungskosten und ebenfalls steigenden Abgabemengen übertrifft das Rohergebnis der Gasvertriebspartei im Geschäftsjahr 2021 mit 3,1 Mio. € erkennbar den Vorjahreswert und ebenfalls das prognostizierte Rohergebnis (2,1 Mio. €).

Entwicklung im Wasserbereich

Die enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler und Stolberg sowie in Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt rund 241.400 Menschen sowie Industrie- und Gewerbekunden in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Die enwor betreibt hierzu ein fast 1.129 km langes Leitungsnetz mit rd. 64.000 Hausanschlüssen.

Die Wasserabgabe blieb mit 15,7 Mio. m³ im Geschäftsjahr 2021 nahezu konstant und entspricht annähernd der prognostizierten Menge von 16,0 Mio. m³.

Die Umsatzerlöse sind dennoch nach 36,3 Mio. € im Vorjahr auf 37,1 Mio. € im Geschäftsjahr 2021 gestiegen. Das Rohergebnis liegt mit 22,9 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau von 22,5 Mio. € und über dem geplanten Wert in Höhe von 22,5 Mio. €.

Entwicklung im Wärmebereich

Die enwor hat im Geschäftsjahr 2021 an insgesamt 311 Kunden eine Gesamtwärmeabgabe von 22,2 Mio. kWh geliefert. Sie übertrifft damit leicht den prognostizierten Wert von 21,3 Mio. kWh.

Im Bereich Wärmecontracting ist das Geschäftsjahr 2021 mit einer Steigerung von 157 Kunden im Vorjahr auf jetzt 160 Kunden weiterhin erfolgreich verlaufen.

Betriebsführungen

Im Geschäftsjahr 2021 wurden die Betriebsführungsleistungen für die WAG Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH sowie für die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH auf Grundlage

von Dienstleistungs- bzw. Betriebsführungsvertrages erbracht. Die Umsatzerlöse liegen in diesem Geschäftszweig mit 8,6 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau von 8,3 Mio. € und damit geringfügig über dem geplanten Wert von 8,5 Mio. €.

Finanzlage

Die enwor hat im Geschäftsjahr 2021 in ihrem operativen Geschäftsbetrieb weiter in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leitungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert und dies weitgehend im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert. Insgesamt überstiegen die Investitionen ins Anlagevermögen mit 11,9 Mio. € (ohne Finanzanlagen) leicht das geplante Volumen von 11,2 Mio. €.

In neue Finanzanlagen wurde im Geschäftsjahr per Saldo nicht wesentlich investiert. Bei einer Beteiligung wurde weiteres Kapital eingelegt. Durch Eigenkapitalrückführungen bei anderen Beteiligungen sowie durch Tilgungen und die Wertberichtigung eines Gesellschafterdarlehens und des Beteiligungsansatzes zweier Beteiligungen war der Gesamtansatz um ca. 4,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Investiert wurde bei der Trianel Erneuerbare Energien GmbH. Eigenkapital-Rückführungen wurden bei verschiedenen Windpark- und Solarparkgesellschaften aus der STAWAG-Gruppe vorgenommen.

Der Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12. ist von 14,5 Mio. € auf 15,5 Mio. € gestiegen.

Die Zahlungsfähigkeit der enwor war im Geschäftsjahr 2021 zu jedem Zeitpunkt in voller Höhe gegeben.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen der enwor hat sich in der Summe von 162,9 Mio. € im Vorjahr auf jetzt 162,5 Mio. € leicht verringert. Dies ist in erster Linie durch eine Abschreibung des Buchwertes an der Trianel Windpark Borkum GmbH & Co. KG begründet.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme ist von 82,9 % im Vorjahr auf 80,27 % gesunken und zeigt somit unverändert die für Versorgungsunternehmen typische Anlagenintensität auf.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital im engeren Sinne auf 59,2 Mio. € geringfügig um 1,7 Mio. € gesunken. Die Pensionsrückstellungen stiegen um 4,7 Mio. € auf nunmehr 83,2 Mio. €. Dem gegenüber wurden die Kreditverbindlichkeiten von 12,7 Mio. € auf 11,0 Mio. € zurückgeführt.

Eigenkapital und langfristige Fremdkapital in Summe haben einen Anteil von 89,95 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne und decken damit das Anlagevermögen der enwor in vollem Umfang ab. Dies belegt die Einhaltung des betriebswirtschaftlichen Grundsatzes der fristenkongruenten Finanzierung.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Nachdem die enwor während der Corona-Pandemie und der Hochwasser-Katastrophe im Juni 2021 unter Beweis gestellt hat, dass ihre bewährten und zertifizierten Regel- und Krisenprozesse gut funktionieren und Stressteste bestehen, können sich die Menschen in der StädteRegion in 2022 vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen ebenfalls darauf verlassen. Die enwor Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mit ausgeprägter Verantwortungsbereitschaft und hoher Motivationslage sowohl die Geschäftsprozesse souverän abgewickelt als auch die Umsetzung der laufenden und in 2021 neu gestarteten (Investitions-)Projekte ermöglicht. Ihnen allen gebührt an dieser Stelle ein besonderer Dank und ein Wort der Anerkennung.

Aufgrund der im Jahr 2022 weiterhin anhaltenden Covid-19-Pandemie, der immensen Steigerung der Verbraucherpreise und insbesondere die Preise für Energie und Nahrungsmittel infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, wird sich die Kaufkraft vieler Haushalte weiter reduzieren und die Erholung der Konsumkonjunktur auf lange Sicht gedämpft.

Nachdem die Forderungsausfälle in 2021, möglicherweise durch die Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie und der Gegenmaßnahmen, bereits stark angestiegen sind, geht die Gesellschaft für 2022 vor dem Hintergrund dieser Randbedingungen weiterhin nicht von einer positiven Entwicklung in diesem Risikofeld (B-Risiko) aus.

Dennoch erwarten wir für das Geschäftsjahr 2022 ein stark gestiegenes Rohergebnis in der Größenordnung von ca. 60,9 Mio. €.

Im Oktober 2021 hat die Bundesnetzagentur über die künftige Eigenkapitalverzinsung für Netzinvestitionen entschieden. Der Zinssatz für Neuanlagen wird für Gasnetze ab dem Jahr 2023 und für Stromnetze ab dem Jahr 2024 von aktuell 6,91 % auf 5,07 % vor Steuern gesenkt. Dagegen hat die enwv wie viele andere Netzbetreiber rechtliche Schritte eingeleitet. Investitionen können im Allgemeinen und im Besonderen nur dann erfolgen, wenn die Eigenkapitalzinssätze als auskömmlich und risikoadäquat angesehen werden. Ist das nicht der Fall, reduziert das die Attraktivität von Investitionen und stellt ein Risiko dar. Die Zinssenkung wird für die enwv massive Folgen haben und den Veränderungsdruck erhöhen.

Im Jahr 2021 stiegen die Preise für CO₂-Zertifikate kontinuierlich auf über 70 €/t CO₂, womit das Preisniveau deutlich über dem Vorjahreszeitraum lag. Diese Marktentwicklung begründet sich durch ausgeweitete Emissionen aufgrund einer höheren fossilen Stromproduktion, gestiegene Fuel-Switch-Kosten und eine Belebung der Industrieproduktion. Die Nachfrage nach gehandelten Emissionsberechtigungen, sogenannten EUA, wurde zusätzlich durch Spekulanten verstärkt, die mittel- bis langfristig weiter steigende EUA-Preise aufgrund der Knappheit 2022 bis 2024 und der Verschärfung der Klimaziele für 2030 erwarten. Infolge der weiteren Angebotsverknappung durch die Marktstabilitätsreserve (MSR) sowie durch die Verschärfung des Klimaziels für 2030 ist daher mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen.

In den kommenden Jahren bleibt es bei der Notwendigkeit, im Bereich der Energie- und Wassernetze altersbedingte Erneuerungen vorzunehmen, um langfristig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und auch an dieser Stelle ein niedriges Risiko (C-Risiko) nach Möglichkeit auszuschließen. Insgesamt ist in diesem Sinne eine gleichmäßige hohe Investitionstätigkeit im Anlagevermögen geplant.

Die Kontrolle und Erneuerung von Gashausanschlüssen hat Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens i.W. in den Jahren 2020-2022. Insgesamt wird das verbleibende Risiko auf ca. 1 Mio. € geschätzt. Die Bedeutung der Unternehmensbeteiligungen ist bei enwv in den letzten Geschäftsjahren gewachsen, zuletzt ist das Engagement allerdings etwas gedrosselt worden. Durch den hohen Anteil von über einem Viertel des gesamten Anlagevermögens stellen die Beteiligungen einen Sachverhalt mit mindestens mittlerem bis hohem Risikopotential dar. Ergebnisbelastungen sind nicht auszuschließen. Aufgrund des Krieges Russlands gegen die Ukraine und der folgenden Sanktionen gegen Russland ist die Versorgungssicherheit in Deutschland mit Kohle und Gas ungewiss. Die Auswirkungen dieser Krise sind zum jetzigen Zeitpunkt bezüglich einiger Beteiligungen nicht beurteilbar.

Der nach der Bundestagswahl am 26. September 2021 entstandene Koalitionsvertrag zwischen den sogenannten Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP sieht einige Neuerungen vor und setzt einen Schwerpunkt auf den Klimaschutz. In diesem Zuge soll der Ausstieg aus der Kohleverstromung beschleunigt werden und „idealerweise“ bis 2030 gelingen. Die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis soll ab dem 01.07.2022 beendet werden, um private Haushalte und Betriebe zu entlasten, und die EEG-Förderung soll mit dem Kohleausstieg beendet werden.

Die Liquidität der Gesellschaft wird für die kommenden Jahre als auskömmlich eingeschätzt. Zinstragende Verbindlichkeiten sind langfristig vereinbart. Zum Teil wurden Finanzderivate (Zinsswaps) zur Fixierung künftiger Zahlungsströme aus variabel verzinslichen (Euribor) Darlehen verwendet. Das daraus resultierende Bewertungsrisiko wurde bilanziert und ist abgedeckt.

Am 03.03.2022 wurde ein Tarifbeschluss erreicht, so dass die Gesellschaft im Bereich Löhne und Gehälter eine Steigerung von 3,3 % in 2022 und von 2,2 % in 2023 in der Planung berücksichtigen kann. Auch wenn sich bei der Zinsentwicklung (A-Risiko) eine (eventuell vorübergehende) Trendwende andeutet, sind bei den Pensionsrückstellungen weiterhin Belastungen im Personalaufwand der enwv zu erwarten. Wir gehen weiterhin davon aus, dass diese Belastung voraussichtlich schrittweise abnehmen wird. Spätestens ab 2023 erwarten wir deutsch weniger zinsniveaubedingte Zuführungen zur Pensionsrückstellung, so dass sich das Risiko bei einem mittleren Niveau einstellen wird.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Umsatzerlöse mittelfristig entwickeln werden bzw. wie schnell die Volks- bzw. Regionalwirtschaft die Rezession wegen der anhaltenden Covid19-Pandemie überwinden. Für die kommenden Jahre haben wir unsere Erwartungen an das Ergebnis nach Steuern auf eine Bandbreite der Überschüsse zwischen 5 und 6 Mio. € per annum angepasst. Die Geschäftsführung wird dem Aufsichtsrat im Sommer 2022 eine aktualisierte Prognoserechnung für 2022 auf der Basis valider Halbjahreswerte vorlegen.

Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahr 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor – energie & wasser vor ort GmbH erstellt. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern in engen zeitlichen Abständen bzw. bedarfsorientiert be- und ausgewertet. Die Geschäftsführung überprüft die Risikoeinschätzung im Sinne eines Frühwarnsystems und leitet im gegebenen Fall Gegensteuerungsmaßnahmen ein. Der Risikobericht wird dem Jahresabschlussprüfer im Rahmen seiner Abschlussprüfung vorgelegt und dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben. Insgesamt sieht die Geschäftsführung das Unternehmen gut ausgestellt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Dr. Nahrath, Stephan	Geschäftsführung	ab 01.01.2021
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzende/r	
Rauch, Michael Betriebsratvorsitzender	1. stv. Vorsitzende/r	
Billmann, Reimund Abteilungsleiter im Ruhestand		
Dr. Fadavian, Benjamin Bürgermeister Herzogenrath		
Dr. Fasel, Bernd Selbstständig		
Goebbels, Wolfgang Personalratsvorsitzender		
Gronowski, Dieter Bautechniker		
Jentges, Michael technischer Sachbearbeiter		
Kelleter, Manfred Rohrnetzmeister		
Krämer, Friedhelm Beamter a.D.		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		
Platz, Heide-Marie Kaufm. Sachbearbeiterin		
Sobczyk, Marie-Therese Fachkraft Betreuung		
von Morandell, Ingrid Betriebswirtin		

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der enwor – energie & wasser vor ort GmbH.
Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 22 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 22,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die enwor GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1909 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.6 Energie- und Wasser- Versorgung GmbH

Basisdaten

Anschrift	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg
Gründungsjahr	1912
Internet	www.ewv.de
Telefon	02402/101-0
Telefax	02402/101-1515

Zweck der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist

1. die Energie- und Wasserversorgung im Kreis Aachen und benachbarter Gebiete,
2. die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke,
3. die Gründung, die Pachtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke,
4. die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und -versorgungsunternehmen,
5. die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie
6. die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der Versorgung in Würselen mit Strom, Wasser und Gas.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeitgeber und Auftragnehmer in der Region. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	1.679,0	9,25 %
Kreis Heinsberg	687,9	3,79 %
Stadt Alsdorf	395,7	2,18 %
Stadt Würselen	357,6	1,97 %
Stadt Baesweiler	181,5	1,00 %
Innogy SE, Essen	12,9	53,72 %
Stadt Stolberg	12,9	14,28 %
Stadt Eschweiler	12,9	13,19 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	12,9	0,58 %
Gemeinde Roetgen Gemeinde Simmerath Stadt Monschau Gemeinde Inden Gemeinde Langerwehe Stadt Linnich Gemeinde Niederzier Gemeinde Aldenhoven	7,3	0,04 %

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
regionetz GmbH, Düren	132.453,3	49,20 %
Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	2.903,8	55,10 %
GREEN Solar Herzogenrath GmbH	1.727,1	45,00 %
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	1.513,4	24,90 %
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	1.179,9	45,00 %
Windpark Paffendorf GmbH & Co.KG	917,3	49,00 %
GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH Stolberg	298,4	39,16 %
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	15,3	45,00 %
Wärmeversorgung GmbH, Würselen	1,5	100,00 %

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB. Wert des Eigenkapitals der Regionetz GmbH aus dem Jahresabschluss 2021, bei den anderen Beteiligungen Werte aus den Jahresabschlüssen 2020.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 1,97 % (abzgl. Kapitalertragsteuer / Solidaritätszuschlag) jeweils im nächsten Jahr zu. Im Jahr 2021 waren dies 325.746,70 € Gewinnanteil. Daneben erhielt die Stadt Würselen Konzessionsabgaben für die Gasnetze in Würselen in Höhe von 132.000,00 €. Insgesamt ergaben sich in 2021 Erträge von der EWV in Höhe von 681.466,60 €.

Die Aufwendungen an die EWV beliefen sich im Jahr 2021 auf 1.078.485,27 T€. Darunter fallen unter anderem die Bewirtschaftungskosten der Gebäude in der Stadt Würselen mit Heizung und Energie in Höhe von 990.156,57 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	154.049	154.819	-769	Eigenkapital	59.688	57.193	2.495
Umlaufvermögen	71.103	54.192	16.911	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	80.979	66.930	14.049
				Verbindlichkeiten	84.856	85.366	-511
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1.296	1.308	-13	Passive Rechnungsabgrenzungen	926	830	96
Bilanzsumme	226.448	210.319	16.129	Bilanzsumme	226.448	210.319	16.129

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Energie- und Wasser- Versorgung GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	276.936	251.815	25.121
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-6	-45	40
3 Sonstige betriebliche Erträge	4.518	2.209	2.310
4 Materialaufwand	-219.940	-190.785	-29.155
5 Personalaufwand	-22.758	-23.419	662
6 Abschreibungen	-3.037	-2.727	-309
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-25.829	-24.187	-1.643
8 Erträge aus Beteiligungen	15.332	13.755	1.577
9 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	17	17	-1
10 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	150	124	27
12 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.574	-4.499	-75
13 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.511	-3.611	2.100
14 Ergebnis nach Steuern	19.299	18.646	652
15 Sonstige Steuern	-303	-259	-45
16 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	18.995	18.388	607

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	26,4 %	27,2 %	-0,8 %
Eigenkapitalrentabilität	31,8 %	32,2 %	-0,3 %
Anlagendeckungsgrad 2	38,7 %	36,9 %	1,8 %
Verschuldungsgrad	277,8 %	266,3 %	11,5 %
Umsatzrentabilität	6,9 %	7,3 %	-0,4 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 254 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 250) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Gesamtwirtschaftliche Situation

Eine Aufwärtsbewegung kennzeichnete im Jahr 2021 die Entwicklung der Weltwirtschaft. Tempo und Umfang der Erholung erfolgten dabei abhängig von den Erfolgen bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und dem Zugang zu Impfstoffen. Insbesondere die Industrie konnte sich aufgrund steigender Nachfrage vom pandemiebedingt drastischen Einbruch des Frühjahrs 2020 erholen.

Die europäische Wirtschaft zeigte sich in der zweiten Jahreshälfte 2021 insgesamt widerstandsfähig. Positive Effekte auf die Länder Europas hatte die Einigung zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich über die Bedingungen der künftigen Zusammenarbeit sowie die Kosten für den Austritt Großbritanniens aus dem Binnenmarkt und aus der Zollunion.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hatte zunächst zur Jahresmitte an Fahrt gewonnen, nachdem das 1. Quartal noch von den Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie geprägt war. Im 3. Quartal verlor das Wirtschaftswachstum aufgrund von weltweiten Lieferengpässen bei Vorprodukten, die die Industrieproduktion massiv behindern, deutlich an Dynamik. Daher prognostizierte der Sachverständigenrat für das Bruttoinlandsprodukts (BIP) einen Anstieg von nur noch 2,7 % für das Jahr 2021, nachdem die Prognosen im Frühjahr 2021 noch deutlich höher lagen. Durch die weltwirtschaftliche Erholung im weiteren Jahresverlauf hat sich die Nachfrage nach Rohstoffen und Vorprodukten – begleitet von einem Preisanstieg – erhöht.

In der Folge haben Transportengpässe und Lieferschwierigkeiten unter anderem Investitionen und Exporte beeinträchtigt und die wirtschaftliche Erholung gedämpft. Die Inflationsrate in Deutschland ist auf den höchsten Stand seit 30 Jahren gestiegen. Der Sachverständigenrat erwartet zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland in seiner Jahresprognose 2021/22 eine Inflationsrate in Deutschland von 3,1 % für das Jahr 2021 und von 2,6 % für das Jahr 2022. Im Dezember lag die Inflationsrate in Deutschland laut Statistischem Bundesamt bei 5,32 % im Vergleich zum Vorjahresmonat; im Dezember 2020 hatte die Inflationsrate bei -0,3 % gelegen (ein Grund hierfür war die seinerzeit temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze).

Länger anhaltende Engpässe, höhere Lohnabschlüsse und steigende Energiepreise bergen nach Einschätzung der Experten das Risiko, dass solche im Regelfall nur zeitlich befristet auftretenden Preistreiber zu einer anhaltenden Inflation führen könnten. Neben gestiegenen Preisen für Rohstoffe und Vorprodukte ließen insbesondere steigende Energiepreise die Inflationsraten wachsen.

Energiepolitisches Umfeld

International

Die Fragen, mit welchen Mitteln und wie schnell der von Menschen verursachte Klimawandel gebremst werden müsse, prägte auch im Jahr 2021 weltweit die energiepolitische Debatte.

Bei der UN-Klimakonferenz COP 26 (United Nations-Framework Convention on Climate Change, 26th Conference of the Parties) wurde ein neues globales Abkommen geschlossen. Die Vereinbarung, die in Glasgow zum Abschluss der Klimakonferenz getroffen wurde, wird die Klimaschutzagenda der kommenden Dekade bestimmen.

In der Abschlusserklärung („Glasgow Climate Pact“) bekannten sich die Länder gemeinsam zu dem Ziel, die Erderwärmung bei 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu stoppen. Dazu sollen die bislang vorliegenden Klimaschutzpläne für dieses Jahrzehnt bis zum Ende des Jahres 2022 nachgeschärft werden – drei Jahre früher als zuvor vorgesehen. Zudem wurde in der Erklärung festgehalten, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase weltweit noch in diesem Jahrzehnt um 45 % sinken müsse, wenn das 1,5-Grad-Limit erreichbar bleiben soll.

Aufgrund fehlender Rechtsverbindlichkeit stellt die COP 26 aus unserer Sicht keinen echten Durchbruch dar. Vielmehr ist zwingend erforderlich, beim Klimaschutz stärker in den Umsetzungsmodus zu kommen.

Europa

Mit der Verabschiedung des Europäischen Klimagesetzes im Juni 2021 hatte Europa als erster Kontinent eine Verpflichtung zur Klimaneutralität bis 2050 verbindlich festgeschrieben. Dazu wurde mit dem Klimagesetz auch ein neues Zwischenziel festgelegt: Bis 2030 sollen die Netto-Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union um 55 % im Vergleich zu 1990 sinken; zuvor lag das gemeinsame Reduzierungs-Ziel bei einem Rückgang von 40 %.

Zur Realisierung des neuen Klimaziels legte die Europäische Kommission am 14. Juli 2021 ihr „Fit-for-55-Paket“ vor. Es überarbeitet die aktuelle Energie- und Klimagesetzgebung und enthält zahlreiche Vorschläge für Maßnahmen zur Senkung von Treibhausgasemissionen in allen Sektoren. Es wird sich damit auf alle Bereiche von Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft auswirken.

Das Paket knüpft an den so genannten „Green Deal“ der EU-Kommission aus dem Jahr 2020 an: „Fit-for-55“ bekräftigt die Wachstumsstrategie Europas, die Klimaschutz und Wohlstand miteinander verbinden soll. Die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie und die Resilienz der Wirtschaftsmodelle der einzelnen Mitgliedsländer werden mit dem Klima- und Umweltschutz verknüpft; Unternehmen sollen dadurch Planungssicherheit für Investitionen bekommen.

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten haben im vierten Quartal 2021 mit den Beratungen über das „Fit-for-55“-Paket begonnen. Die Verhandlungen werden im Jahr 2022 und möglicherweise darüber hinaus fortgesetzt.

Deutschland

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 24. März 2021 das Klimaschutzgesetz von 2019 (KSG 2019) für teilweise verfassungswidrig erklärt. Die Bundesregierung und das Parlament haben daraufhin wesentliche Änderungen am KSG 2019 beschlossen, die darauf zielen, Klimaneutralität in Deutschland schneller zu erreichen als zuvor geplant. Demnach soll Klimaneutralität bis 2045 erreicht werden, das Treibhausgas Minderungsziel für 2030 wurde auf 65 % angehoben. Zudem werden für die einzelnen Sektoren jeweils separate Ziele für 2030 festgelegt. Für den Zeitraum zwischen 2031 und 2040 wiederum wurden nicht-sektorspezifische CO₂-Minderungsziele fixiert. Um Treibhausgasemissionen zu senken, wurden daneben Vorgaben für Investitions- und Beschaffungsvorhaben des Bundes gemacht.

Um die neuen ambitionierteren Klimaziele zu erreichen, hatte die Bundesregierung parallel zum KSG ein „Klimapaket Deutschland“ beschlossen; dieses Paket gibt die Rahmenbedingungen für die Maßnahmen vor. So soll beispielsweise der CO₂-Preis angehoben werden. Eine konkrete Zahl und ein Zeitpunkt hierfür waren allerdings nicht genannt; Erneuerbare Energien sollen beschleunigt ausgebaut werden; ebenso soll der Hochlauf von Wasserstoff forciert werden. Hierzu wurde auch ein „Sofortprogramm 2022“, ausgestattet mit 8 Milliarden Euro, auf den Weg gebracht; dies blieb allerdings ohne praktische Relevanz, denn über konkrete Ausgaben wird tatsächlich erst in der 20. Legislaturperiode entschieden.

Bei der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 konnte keine Partei eine absolute Mehrheit erreichen. Zum Zweck einer Regierungsbildung nahmen SPD, Grünen und FDP Gespräche auf und stellten am 24. November 2021 einen Koalitionsvertrag vor. Nachdem die jeweiligen Parteigremien dieser Vereinbarung zugestimmt hatten, nahm das neue Bundeskabinett unter Bundeskanzler Olaf Scholz am 8. Dezember 2021 seine Arbeit auf. Der Klimaschutz zählt zu den Schwerpunkten der Regierungsarbeit und im Koalitionsvertrag sind hierzu unter anderem folgende Punkte festgehalten:

Der Ausbau erneuerbarer Energie soll durch höhere Ausschreibungsvolumina, Power Purchase Agreements (PPA) – Verträge zwischen Stromerzeugern und -verbrauchern –, einem europaweiten Handel mit Herkunftsnachweisen für grünen Strom sowie dem konsequenten Abbau von Hürden bei der Errichtung von Erzeugungsanlagen forciert werden. Als übergeordnetes Ziel wird für 2030 ein Anteil der Erneuerbaren von 80 %, bezogen auf einen erwarteten Stromverbrauch zwischen 680 und 750 TWh, angestrebt.

Der Kohleausstieg soll vorgezogen werden. Vereinbart ist konkret, dass der gesetzlich für 2026 vorgesehene Überprüfungsschritt des Enddatums für die Stilllegung von Braun- und Steinkohlekraftwerken nach

2030 um gut drei Jahre auf Ende 2022 vorverlegt wird. Klimaschutzziele der vorherigen Regierung – 1,5 Grad und Klimaneutralität bis 2045 – bleiben bestehen. Ein Klimaschutzsofortprogramm soll Maßnahmen auf den Weg bringen. Gaskraftwerke werden „bis zur Versorgungssicherheit durch Erneuerbare Energien“ als notwendig anerkannt.

Zentrales Steuerungsinstrument für den Klimaschutz bleibt der CO₂-Preis. Die Koalition will sich für einen CO₂-Mindestpreis im europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) sowie für die Schaffung eines zweiten europäischen Emissionshandels für Wärme und Mobilität einsetzen.

Im Koalitionsvertrag hervorgehoben wird die Bedeutung eines schnelleren Netzausbaus. Die Planung der Netzinfrastruktur soll vorausschauend erfolgen. Bundesnetzagentur (BNetzA) und Netzbetreiber sollen einen Plan für ein „Klimaneutralitätsnetz“ entwickeln. Weiter enthält der Koalitionsvertrag unter anderem folgende Vereinbarungen:

- Der Strompreis für Verbraucher soll sinken. Dazu soll ab 2023 die Finanzierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) nicht mehr über eine Umlage, sondern über den Bundeshaushalt erfolgen.
- Auch eine Reform der Netzentgelte soll vorangetrieben werden.
- Deutschland soll bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstoff-Technologien werden, dazu soll die nationale Wasserstoff-Strategie ein „ambitioniertes Update“ erhalten. Gefördert werden sollen sowohl Wasserstoff-Netzinfrastruktur als auch die Produktion von grünem Wasserstoff.
- Bis 2030 sollen mindestens 15 Millionen Elektro-Pkw zugelassen sein. Die Koalition bekannte sich zum Ziel der EU, dass ab 2035 nur noch CO₂-neutrale Fahrzeuge zugelassen werden dürfen.
- Bis 2030 soll der Anteil klimaneutraler Wärme 50 % betragen; hierzu sollen Anforderungen an den Wohnungsneubau verschärft werden. Ab 2025 sollen neu eingebaute Heizungen mit mindestens 65 % Erneuerbaren Energien betrieben werden müssen.
- Auch die Digitalisierung (Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, datenbasierter Lösungen etc.) wurden im Koalitionsvertrag als zentrales Zukunftsfeld identifiziert. Hierfür sollen ein zusätzliches Digitalbudget eingeführt und künftig alle Gesetze einem Digitalisierungsscheck unterzogen werden.
- Der Erneuerbare Energien-Anteil am Bruttostrombedarf soll auf 80 % gesteigert werden, bisher sind 65 % im EEG verankert.

StädteRegion Aachen

Insbesondere in den Städten Stolberg und Eschweiler der StädteRegion Aachen und damit im Zentrum des Versorgungsgebietes der EWV ereignete sich am 14. Juli 2021 aufgrund von Stark- und Dauerniederschlägen ein tausendjähriges Extremhochwasser. Dies führte zu erheblichen Schäden der gesamten Infrastruktur in der Region. Neben Straßenschäden, Gebäudeschäden und Schäden an den Anlagen der Energieverteilung waren zahlreiche Haushalte und damit EWV-Kunden von der massiven Zerstörung betroffen. Ebenso ist die Verwaltungszentrale der EWV, die Ketschenburg, schwerst beschädigt worden. Die Auswirkungen dieses Ereignisses werden die Kommunen, die Industriebetriebe, Geschäfte und Einzelhandel sowie die Kunden als auch die EWV noch weit bis ins nächste Geschäftsjahr und darüber hinaus betreffen.

Der Bundestag hat im September 2021 ein Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Aufbauhilfe 2021 (Aufbauhilfeerrichtungsgesetz 2021 – AufbhEG 2021) verabschiedet. Es wurde ein nationaler Fonds Aufbauhilfe 2021 als Sondervermögen des Bundes gegründet. Der Fonds dient der Leistung von Hilfen in den vom Hochwasser im Juli 2021 betroffenen Ländern (Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen) zur Beseitigung der hierdurch entstandenen Schäden sowie zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur. Die Bundesregierung hat eine Rechtsverordnung über die Verteilung und Verwendung der Mittel des Fonds und die Einzelheiten der Organisation und Durchführung erlassen. Die EWV wird zur Deckung der Schäden die Aufbauhilfe in Anspruch nehmen.

Branchensituation

Der Energiesektor befindet sich in einer Phase grundlegender Veränderungen. Durch die Dekarbonisierung der Volkswirtschaften steht die Energiewirtschaft vor einer Schlüsseldekade des Wachstums. Denn mit Themen wie Erneuerbare Energien, E-Mobilität und Wasserstoff im Zuge der weltweiten Dekarbonisierung ist die Energiebranche zum wichtigen Problemlöser für die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert geworden.

Die Energieverteilnetze bilden das Rückgrat dieser Transformation, denn der Bedarf nach nachhaltiger Energie wächst mit der Dekarbonisierung ganzer Industrien und Lebensbereiche stetig. Jedes neue Windrad, jede neue Ladesäule muss ans Netz angeschlossen und effizient in das Gesamtsystem integriert werden. Privat-, Geschäfts- und Industriekunden sowie Kommunen fragen immer stärker Lösungen für ihre Dekarbonisierung nach. Mit ihren nachhaltigen Kundenlösungen leistet die Energiewirtschaft als Dekarbonisierungspartner wichtige Beiträge zum Klimaschutz.

Auch im Bereich Mobilität eröffnen sich Wachstumschancen für die Branche. Das Ende der Neuproduktion von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren ist immer mehr absehbar. Deshalb setzt die Energiewirtschaft noch entschlossener auf den Ausbau von leistungsfähiger Ladeinfrastruktur.

Ein zusätzliches Wachstumspotenzial ergibt sich aus dem Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, denn gerade die kleinen und mittleren Unternehmen suchen nach Möglichkeiten, ihren CO₂-Fußabdruck zu verkleinern. Mit den bestehenden Gasverteilnetzen und der Expertise in der kundennahen Energieinfrastruktur bestehen die besten Voraussetzungen für industriellen Zugang zu Wasserstoff.

In diesem Kontext werden die Energiesysteme zunehmend von digitalen und vernetzten Anwendungen und Lösungen geprägt. Netze, Produkte und Kundenschnittstellen, aber auch interne Prozesse in den Energieunternehmen werden digitalisiert. Damit können die Energienetze sicher geführt und der Netzausbau optimiert werden. Die Digitalisierung ermöglicht in einem herausfordernden Regulierungsumfeld den daraus resultierenden Effizienzvorgaben gerecht zu werden. Gleichzeitig befindet sich das Netzgeschäft in einem herausfordernden regulatorischen Umfeld sowie in einem weiterhin intensiven Wettbewerb um Konzessionen für das Betreiben der regionalen Strom- und Gasverteilnetze.

Energiepreisentwicklung

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Geschäftsjahr 2021 insgesamt gestiegen. Während die Corona-Maßnahmen im Jahr 2020 für einen deutlichen Rückgang der Nachfrage insbesondere nach Erdgas und Strom geführt haben, bewegen sich die Verbrauchswerte wieder auf Vor-Corona-Niveau. Der Stromverbrauch ist infolge der konjunkturellen Erholung um 3,1 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Erdgasverbrauch liegt um 3,9 % ebenfalls über dem Vorjahresverbrauch. Hierzu haben neben der konjunkturellen Erholung und dem damit verbundenen Mehrverbrauch der Industrie auch die kühlen Temperaturen im Frühjahr beigetragen. Aufgrund einer witterungsbedingt geringeren Einspeisung Erneuerbarer Energien, insbesondere im ersten Halbjahr, wurde Gas zudem verstärkt zur Stromerzeugung eingesetzt.

Der CO₂-Zertifikatspreis lag 2021 im Jahresmittel bei rund 52 €/t CO₂ und damit mehr als doppelt so hoch wie im Jahr zuvor.

Eine Kombination ganz unterschiedlicher Faktoren hatte 2021 die Energiepreise auf breiter Front steigen lassen. Hauptursache war ein knappes Erdgasangebot, das auf eine weltweit steigende Gasnachfrage traf. Hinzu kam, dass die Großhandelspreise für Gas und Strom aufgrund höherer Kohle- und CO₂-Preise nach oben kletterten.

Dabei ist der Anstieg von CO₂-Preisen eine politisch durchaus erwünschte Entwicklung:

Verbraucher sollen dadurch zum Umstieg auf klimafreundlichere Technologien motiviert werden – beispielsweise auf Elektrofahrzeuge. Um zusätzliche Anreize für Emissionsminderungen zu schaffen, hatte unter anderem Deutschland bereits 2019 mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) die Grundlage für eine Bepreisung von CO₂-Emissionen im Gebäude- und Verkehrsbereich geschaffen.

Strompreise

Die Großhandelspreise für Strom sind im Geschäftsjahr 2021 auf den höchsten Stand seit 12 Jahren gestiegen. Hier haben sich insbesondere die höheren Preise für CO₂-Emissionszertifikate infolge der verschärften Klimaschutzziele der Europäischen Union sowie für fossile Brennstoffe ausgewirkt. Dementsprechend ist der durchschnittliche Strompreis für kleinere bis mittlere Industriebetriebe (ohne Stromsteuer) im Durchschnitt um rund 20 % höher als im Vorjahr. Hingegen haben die zeitversetzt wirkenden geringeren Strom-Großhandelspreise der Vorjahre bei leicht höheren Netznutzungsentgelten zu um circa 1 % höheren Strompreisen für Privatkunden auf durchschnittlich 32,16 ct/kWh geführt.

In der Praxis zeigten sich erhebliche Unterschiede in Bezug auf den Anstieg der Stromgroßhandelspreise: Die durchschnittlichen Strompreise variierten im September 2021 in Europa zwischen 50 und 196 €/MWh. In Oktober lag der Strompreis in Deutschland am so genannten Spotmarkt (dort wird Strom kurzfristig gehandelt) durchschnittlich bei rund 140 €/MWh und stieg im Verlauf des Novembers auf durchschnittlich über 160€/MWh an. Zum Vergleich: Im Jahr 2019 lagen die Strompreise am Spotmarkt bei durchschnittlich 38 €/MWh.

Gaspreise

Auch die Großhandelspreise für Erdgas sind im Geschäftsjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Sie erreichten Anfang Oktober Rekordwerte und blieben auf hohem Niveau. Im Kurzfristhandel notierte Erdgas im Oktober in Deutschland bei durchschnittlich 91,03 €/MWh und damit über 80 €/MWh höher als im Jahresmittel 2020. Im Verlauf des Novembers schwankte der Preis im Kurzfristhandel zwischen 65 und 90 €/MWh. Die Großhandelspreise sowohl für Strom als auch für Gas stiegen weiter an und erreichten im Dezember Höchststände.

Dies ist im Wesentlichen auf ein knappes Erdgasangebot bei steigender Erdgasnachfrage aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs nach den Corona-Eindämmungsmaßnahmen sowie der kühleren Witterung zurückzuführen. Während sich die Preise für Industriekunden infolge der gestiegenen Großhandelspreise gegenüber dem Vorjahr in etwa verdoppelt haben, sind die Preise für Privatkunden bei leicht höheren Netznutzungsentgelten durchschnittlich um rund 20 % höher als im Vorjahr.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Vision und Leitbild

In 2020/21 wurde ein neuer Strategieentwicklungsprozess bei der EWW implementiert. Im Rahmen verschiedener Strategieworkshops auf Geschäftsleitungsebene wurden sowohl ein neues Selbstverständnis des Unternehmens „Stark in der Region“ erarbeitet als auch die strategischen Zielrichtungen aktualisiert. In diesem Prozess waren auch interessierte Mitarbeiter eingebunden. Die neue Strategie basiert auf 3 Säulen:

- Kunde & Wachstum,
- Digitalisierung sowie
- Unternehmenskultur.

Als Unterbau der Säulen dient die Nachhaltigkeit. Die aktualisierte Strategie wurde der Belegschaft auf verschiedenen Wegen vorgestellt und erläutert.

Hochwasserkatastrophe

Im Juli 2021 war die EWW schwer von der Hochwasserkatastrophe in der Region betroffen. Der Hauptsitz in Stolberg wurde massiv beschädigt und ist bis mindestens Ende 2022 nicht nutzbar. Die IT der EWW hat große Schäden erlitten. Die Mitarbeiter arbeiten größtenteils im Homeoffice. Es bestehen Ausweichmöglichkeiten in die Räumlichkeiten der Regionetz in Weisweiler und Aldenhoven. In der Region hat sich die EWW als verlässlicher Partner während der Krise gezeigt. Die öffentliche Resonanz auf den Umgang mit den betroffenen Kunden war insgesamt sehr positiv.

Infolge der Schäden durch Starkregen und Hochwasser im Juli 2021 wird die EWV Wiederaufbauhilfen im Rahmen der Förderrichtlinie Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen vom 10.09.2021 beantragen. Die hierfür erforderlichen Gutachten sind bei anerkannten unabhängigen Gutachtern und Sachverständigen beauftragt. Sobald die Gutachten erstellt sind, werden die Anträge zum Erhalt der Billigkeitsleistungen in 2022 eingereicht.

Corona

Die Pandemie hat auch 2021 das Arbeitsleben der EWV bestimmt. Eine Rückkehr aus dem Homeoffice war für September geplant. Die Hochwasserkatastrophe machte diese Planungen zunichte. Events und Veranstaltungen fielen aus. Dazu zählen Messen, Sponsoringevents und eigene Veranstaltungen.

Markenpositionierung

Die EWV hat 2021 eine komplett neue Markenpositionierung erarbeitet und eingeführt. Als deutliche Abgrenzung zum Wettbewerb und als Antwort auf die Kundenanforderungen und -wünsche lauten die neuen Markenausprägungen der EWV: naturschützend, regional, partnerschaftlich und kompetent. Die Marke wird in allen Unternehmensbereichen etabliert. Das Handeln der EWV wird sich künftig an diesen Werten orientieren.

EWV-Internetseite

Mitte November hat die EWV einen kompletten Relaunch ihrer Internetseite vollzogen. Das Ziel der Seite ist nun neben Kundenbindung auch Kundengewinnung. Somit ist unter anderem der Tarifrechner direkt auf der Startseite auffindbar. Die Nutzung über mobile Endgeräte wie Smartphones oder Tablets wurde optimiert.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Investitionen.

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponekte je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss. Das Jahresergebnis beträgt in 2021 19,0 Mio. € gegenüber 18,4 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist demnach geringer als dies in der Prognose des Vorjahres (19,4 Mio. €) geplant war. Hauptursache waren vor allem eine gesunkene Rohmarge aufgrund gestiegener Beschaffungspreise sowie die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe.

Investitionen: Die EWV investierte in 2021 Mio. 4,0 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €, geplant waren 5,5 Mio. €). Im Bereich Energiedienstleistungen wurden 1,8 Mio. € in Contracting-Anlagen investiert. Die gegenüber der Planung geringeren Investitionen beziehen sich fast ausschließlich auf das Contracting. Pandemiebedingt und dem Leitgedanken der EWV folgend, Kunden und Mitarbeiter zu schützen, waren persönliche Beratungen vor Ort wie im Vorjahr nur sehr eingeschränkt möglich.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWV den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2021 hat die EWV 741 GWh Strom (Vorjahr: 707 GWh, geplant 801 GWh) und 1.628 GWh Gas (Vorjahr 1.315 GWh, geplant 1.381 GWh) abgesetzt.

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2021 belaufen sich auf 276,9 Mio. € (Vorjahr: 251,8 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 151,4 Mio. € (Vorjahr: 136,0 Mio.

€) und auf den Erdgasverkauf 77,9 Mio. € (Vorjahr: 70,1 Mio. €) sowie 3,3 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting.

Mit dem assoziierten Verteilnetzbetreiber wurden 25,7 Mio. € (Vorjahr: 27,8 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 18,6 Mio. € (Vorjahr: 15,5 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiterberechneten Betriebsaufwendungen sowie Investitionskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Die Umsatzerlöse liegen aufgrund erhöhter Absatzmengen im Gas sowie insbesondere bedingt durch Preiseffekte sowohl im Strom- als auch Gasbereich um 14,6 Mio. € über der Prognose des Vorjahres (262,3 Mio. €).

Entwicklung im Stromsegment

In diesem Jahr konnte ein deutlicher Anstieg der Großhandelspreise für Strom verzeichnet werden. Während sich die Preise von Januar bis August kontinuierlich, aber noch mit moderaten Steigerungsraten verteuerten, kam es im September zu einem ersten exponentiellen Anstieg. Hier verdoppelte sich der Preis für das Jahresband 2022 von etwa 80 €/MWh Ende August auf 160 €/MWh am 5. Oktober 2021. In der Folgezeit konsolidierten sich die Preise auf hohem Niveau zwischen 100 und 130 €/MWh. Ab Mitte November setzte dann ein zweiter exponentieller Anstieg bis kurz vor Weihnachten ein. In der Spitze wurden Preise von über 300 €/MWh erreicht, die jedoch nur wenige Tage Bestand hatten. Dennoch ging das Jahr 2021 mit Notierungen über 200 €/MWh zu Ende und damit mit vierfach höheren Preisen als 2020.

Neben den bereits erwähnten höheren Preisen für CO₂-Emissionszertifikate haben sich vor allem die Knappheiten bzw. die für den weiteren Verlauf des Winters erwarteten Knappheiten beim Gas ausgewirkt. Dadurch haben sich vor allem die kurzfristigen Produkte verteuert. Weiterhin haben politische Spannungen mit dem für Westeuropa wichtigen Gaslieferanten Russland (Ukraine, Nordstream 2) preistreibend gewirkt. Schließlich hat der sich fortsetzende Ausstieg aus der Stromerzeugung aus Kernenergie und Kohle ebenso nicht zur Entspannung beigetragen. Diese Entwicklungstendenzen wurden dann auch durch den Ausgang der Bundestagswahl sowie die daraus folgende Regierungsbeteiligung der Grünen befördert.

Analog der Beschaffungsstrategie der EWV wurden für das Jahr 2021 insgesamt 89 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt neun verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

In 2021 konnte auf eine Preiserhöhung für Privatkunden und kleinere Gewerbekunden im Stammgebiet der EWV, in unterschiedlichen Produktkategorien, verzichtet werden. Die gestiegenen Netzentgelte und Beschaffungskosten wurden durch die sinkende EEG-Umlage großteils kompensiert. Dies führte zu geringeren Kundenabwanderungen. Kundenbewegungen werden auch weiterhin durch den intensiven Wettbewerb in den unterschiedlichen Vertriebskanälen unvermeidlich sein. Das große Portfolio an Kundenbindungsmaßnahmen wie z.B. Förderprogramme und Mehrwertleistungen, der intensive Einsatz von Außendienstmitarbeitern und weiteren Vertriebs- und Kommunikationskanälen konnte in diesem Jahr corona- und hochwasserbedingt nur teilweise ausgeschöpft werden. Zudem wurde die Akquise über die externe Marke „enerSwitch“ eingestellt und eine Trennung von nicht werthaltigen Kunden vollzogen. Durch Lieferanteninsolvenzen sind einige tausend Kunden in unsere Grund- und Ersatzversorgung überführt worden.

Zudem konnten mit rund 30 verkauften PV-Anlagen einige Kunden auf regenerative Energien überführt werden und dies trotz der schwierigen Pandemie- und Hochwasserlage. Im Ergebnis konnte somit erreicht werden, dass die Kundenanzahl nahezu konstant geblieben ist.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Insgesamt stabilisiert sich das Gewerbe- und Geschäftskundensegment.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2021 bei 741 GWh und damit über der Abgabemenge des Vorjahres (707 GWh inkl. periodenfremder Effekte). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Anstieg von rd. 49 GWh (inkl. periodenfremder Effekte) im Key Account Segment. Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 224 GWh auf private Haushalte, 60 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 458 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Gegenüber der Prognose aus 2020 für 2021 wurden 47 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Mengenrückgängen im Geschäftskundensegment sowie aus der externen Akquise (GWK) resultieren. Der Stromabsatz wurde dabei zu rund 19 % über E.ON und zu 81 % über fremde Händler beschafft.

Entwicklung im Erdgassegment

Die Preisentwicklung am Großhandelsmarkt für Erdgas vollzog sich nahezu identisch zur bereits oben beschriebenen Entwicklung bei den Strompreisen. Der Gaspreis verteuerte sich im ersten exponentiellen Anstieg von 15 €/MWh auf 66 €/MWh für das Jahresprodukt 2022. Die zweite exponentielle Steigerung endete erst am 22. Dezember bei 140 €/MWh. Ursächlich für diese Entwicklungen sind aufgetretene Knappheiten des Energieträgers Erdgas. Zum einen waren die Gasimporte von Flüssigerdgas (LNG) auf einem geringen Niveau, da die ebenso sehr hohen weltweiten Gaspreise (v.a. in Asien) dazu führten, dass LNG eher dorthin geliefert wurde. Zum anderen wurde auch aus Russland weniger Erdgas geliefert als in den Vorjahren. Daher waren die Gasspeicher in Westeuropa zu Beginn des Winters nur zu etwa zwei Dritteln gefüllt und es machten sich mit kälteren mittelfristigen Wettervorhersagen Sorgen um die Versorgungssicherheit breit.

Analog der Beschaffungsstrategie der EWW wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2021/22 (01. Oktober bis 30. September des Folgejahres) insgesamt 32 Einzelverträge mit unterschiedlich großen Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 9 verschiedenen Lieferanten geschlossen.

Im Kundensegment Privatkunden und kleinere Gewerbekunden wurde in 2021 eine Preisanpassung der Grundversorgung und des Produktes regioErdgas Basis zum 1. Dezember 2021 durchgeführt. Die Kundenanzahl konnte durch geringere Kundenverluste konstant gehalten werden und sogar ein ganz leichter Anstieg verzeichnet werden. Erfreulicherweise konnte die Zahl der verkauften Wärmecontractinganlagen auf 109 Anlagen gebracht werden.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kunden außerhalb des lokalen Umfelds wurde wegen der Pandemie eher selektiv vorgenommen. Im angestammten Gebiet ist es das Ziel, eine Balance zwischen Kundenverlusten und Kundenzugewinnen bei den Gaskunden zu erreichen. Dies ist in 2021 gelungen.

Die Erdgasabsatzmenge 2021 liegt mit rund 1.628 GWh insgesamt 313 GWh über der des Vorjahres (1.315 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus temperaturbedingten Mehrverbräuchen. Gegenüber der Prognose aus 2020 für 2021 wurden 252 GWh mehr abgesetzt, die i. W. aus Temperatureffekten in den Segmenten Haushalts-, Gewerbe- und Geschäftskunden resultieren. Der Gasabsatz wurde dabei zu rund 11 % über E.ON und zu 89 % über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 19,0 Mio. € (Vorjahr: 18,4 Mio. €). Im Verhältnis zur Planung i. H. v. 19,4 Mio. € wurde demnach ein um 0,4 Mio. € niedrigeres Ergebnis erzielt. Wesentlicher Grund hierfür sind sowohl eine gesunkene Rohmarge aufgrund gestiegener Beschaffungspreise als auch die Aufwendungen im Kontext der Flutkatastrophe. Gegenläufig wirkten sich vor allem das Beteiligungs- sowie das Steuerergebnis aus.

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2021		2020		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	276.936	100,0%	251.815	100,0%	25.121	10,0%
Materialaufwand	-219.940	-79,4%	-190.785	-75,8%	-29.155	-15,3%
Rohergebnis	56.996	20,6%	61.030	24,2%	-4.034	-6,6%
Andere betriebliche Erträge	4.518	1,6%	2.209	0,9%	2.309	104,5%
Personalaufwand	-22.758	-8,2%	-23.419	-9,3%	661	2,8%
Andere betriebliche Aufwendungen	-29.175	-10,5%	-27.218	-10,8%	-1.957	-7,2%
Betriebsergebnis	9.581	3,5%	12.602	5,0%	-3.021	-24,0%
Beteiligungsergebnis	15.332	5,5%	13.755	5,5%	1.577	11,5%
Zinsergebnis	-4.407	-1,6%	-4.358	-1,7%	-49	-1,1%
Steuerergebnis	-1.511	-0,5%	-3.611	-1,4%	2.100	58,2%
Jahresüberschuss	18.995	6,9%	18.388	7,3%	607	3,3%

Die Umsatzerlöse nahmen um 10,0 % bzw. 25,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 276,9 Mio. € zu; im Verhältnis zur Planung i. H. v. 262,3 Mio. € ergab sich ein Anstieg i. H. v. 14,6 Mio. €.

Im Gasgeschäft zeigen sich deutliche, temperaturbedingte Mengeneffekte, welche dazu führen, dass die Gaserlöse von 70,1 Mio. € um 7,8 Mio. € auf 77,9 Mio. € zunahmen.

Die Stromerlöse sind gegenüber dem Vorjahr deutlich um 15,3 Mio. € auf 151,4 Mio. € gestiegen, insbesondere bedingt durch Preiseffekte sowie aufgrund einer gestiegenen GWh-Absatzmenge (+49 GWh) im Key Account Segment.

Die Erlöse aus Fernwärme und Contracting sind ebenfalls aufgrund der Temperatureffekte, aber auch durch zusätzliche Anlagen/Kundengewinne, gegenüber dem Vorjahr von 2,4 Mio. € auf 3,3 Mio. € gestiegen.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund gestiegener Großhandelspreise sowie der erhöhten Absatzmenge um 29,2 Mio. € auf 219,9 Mio. €. Die Strom- und Gasbezugskosten lagen deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die Netzentgelte sind im Vergleich zum Vorjahr sowohl im Strom- als auch im Gassegment gestiegen. Gegenläufig wirkte die Senkung der EEG-Umlage.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 57,0 Mio. € (Vorjahr: 61,0 Mio. €) bzw. 20,6 % der Umsatzerlöse, was eine Reduzierung i. H. v. 6,6 % bedeutet.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten neben Rückstellungsaufösungen i. H. v. 1,0 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) insbesondere Ansprüche auf Wiederaufbauhilfen (1,1 Mio. €) sowie Versicherungsleistungen (1,0 Mio. €) in Folge eingetretener Schäden durch die Flutkatastrophe im Juli 2021.

Der Personalaufwand beträgt 22,8 Mio. € und reduzierte sich um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Abschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € auf 3,0 Mio. €.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Mio. € bzw. 7,2 %, insbesondere auch begründet durch die zusätzlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe (3,4 Mio. €). Gegenläufig wirkten sich vor allem die geringeren Aufwendungen für externe Dienstleister aus.

Das Betriebsergebnis verringerte sich im Wesentlichen aufgrund des geringeren Rohergebnisses um 3,0 Mio. € auf 9,6 Mio. €.

Das negative Zinsergebnis beträgt 4,4 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellung. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 3,8 Mio. € (Vorjahr: 3,9 Mio. €). Die Zinsaufwendungen – resultierend aus der Kreditaufnahme – liegen im Geschäftsjahr unverändert bei 0,6 Mio. €.

Das Beteiligungsergebnis liegt bei 15,3 Mio. € (Vorjahr: 13,8 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus der Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 13,9 Mio. € (Vorjahr 12,2 Mio. €).

Der Ertragsteueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2021 mit einem Betrag i. H. v. 1,5 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragsteuern/Ergebnis vor Ertragsteuern) beträgt im Geschäftsjahr 7,3 % (Vorjahr: 16,4 %). Grund hierfür ist neben der steuerfreien Behandlung des Ausgleichbetrags der Regi-onetz insbesondere eine den Steueraufwand mindernde Auflösung von Steuerrückstellungen im Zusammen-hang mit der im Berichtsjahr abgeschlossenen Betriebsprüfung.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr aufgrund höherer Beschaffungskosten leicht verringert bei 6,9 % (Vorjahr: 7,3 %). Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 19,0 Mio. € wurde wie im Vorjahr eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 33,2 % (Vorjahr: 33,0 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 3,6 % (Vorjahr: 5,1 %).

Investitionen

Im Berichtsjahr 2021 erfolgten Investitionen i. H. v. 4,0 Mio. € in den Bereichen. Betriebs- und Geschäfts-ausstattung, Energiedienstleistungen sowie den immateriellen Vermögensgegenständen. Des Weiteren er-folgten Kapitalrückführungen von Beteiligungen im Bereich des Finanzanlagevermögens.

Von den Investitionen in Energiedienstleistungen beziehen sich rd. 2,1 Mio. € auf das Segment Privat- und Geschäftskunden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagen-contractings mit Heiz- und KWK-Anlagen sowie Fernwärme und Quartierskonzepte.

Im Bereich der Finanzinvestitionen ist insbesondere auf die Kapitaleinzahlung bei der RurEnergie GmbH i. H. v. 0,1 Mio. € sowie die Kapitalrückführungen der Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH sowie der GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG i. H. v. jeweils 0,2 Mio. € hinzuweisen.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva						
Anlagevermögen	154,0	68,0%	154,8	73,6%	-0,8	-0,5%
- davon Sachanlagen	13,6	6,0%	14,4	6,8%	-0,8	-5,5%
- davon Finanzanlagen	138,5	61,2%	139,0	66,1%	-0,5	-0,3%
Umlaufvermögen	71,1	31,4%	54,2	25,8%	16,9	31,2%
- davon Forderungen aus LuL	33,1	14,6%	21,1	10,0%	12,0	56,7%
Rechnungsabgrenzungsp.	1,3	0,6%	1,3	0,6%	0,0	-1,0%
	<u>226,4</u>	<u>100,0%</u>	<u>210,3</u>	<u>100,0%</u>	<u>16,1</u>	<u>7,6%</u>
Passiva						
Eigenkapital	59,7	26,4%	57,2	27,2%	2,5	4,4%
Rückstellungen	81,0	35,8%	66,9	31,8%	14,0	21,0%
- davon Pensionsrückstellungen	55,1	24,4%	54,2	25,8%	0,9	1,7%
Verbindlichkeiten	84,9	37,5%	85,4	40,6%	-0,5	-0,6%
- davon ggüber Kreditinstituten	54,6	24,1%	55,6	26,4%	-0,9	-1,7%
Rechnungsabgrenzungsp.	0,9	0,4%	0,8	0,4%	0,1	11,5%
	<u>226,4</u>	<u>100,0%</u>	<u>210,3</u>	<u>100,0%</u>	<u>16,1</u>	<u>7,7%</u>

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 16,1 Mio. € von 210,3 Mio. € auf 226,4 Mio. €. Grund hierfür ist im Wesentlichen ein Anstieg der Rückstellungen, insbesondere bedingt durch die erstmalige Bilanzierung der Abgabeverpflichtung von Emissionszertifikaten auf Grundlage des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (7,2 Mio. €) sowie den Anstieg ausstehender Rechnungen (7,3 Mio. €).

Die Anlagenintensität liegt bei 68,0 % (Vorjahr: 73,6 %).

Das Eigenkapital zeigt sich erhöht um 4,4 % bei 26,4 % der Bilanzsumme.

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 55,1 Mio. € (Vorjahr: 54,2 Mio. €) betragen. Diese machen 24,4 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich in Folge der planmäßigen Tilgungen leicht um 0,9 % auf 54,6 Mio. €.

Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und aufgrund der nachschüssigen Vereinnahmung der Abschläge der Tarfkunden am letzten Werktag im Monat sowie durch die Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach CashFlow aus operativem Geschäft sowie aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf:

	2021	2020*	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	3,1	17,2	-14,1	-82,0%
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	11,9	17,6	-5,7	-32,4%
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-20,4	2,6	-23,0	-884,6%
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-5,4	37,4	-42,8	-114,4%
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	14,1	-23,3	37,4	-160,5%
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	8,7	14,1	-5,4	-38,3%

* angepasste Darstellung aufgrund einer Neudefinition des Finanzmittelfonds

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zeigt sich niedriger. Er ist um 14,1 Mio. € rückläufig und liegt im Geschäftsjahr bei 3,1 Mio. €.

Generell wird dieser zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarfkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarfkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei der EWV. Darüber hinaus kommt das mögliche geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird. Die Einzahlungen seitens der Kunden und Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungsstromschwankungen.

Im Berichtsjahr hat dies dazu geführt, dass die aufgrund der gestiegenen Beschaffungskosten abgegrenzten Umsatzerlöse höher sind als die bisher auf Basis der letzten Endabrechnung erhaltenen Abschlagszahlungen. Dementsprechend hat der im Vergleich zum Vorjahr um EUR 12,0 Mio. erhöhte Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen zu einem Rückgang des Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit geführt.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt 11,9 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,7 Mio. € vermindert. Im Wesentlichen beinhaltet der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit die Vorweggewinnausschüttung der Regionetz i. H. v. 13,5 Mio. € und weitere Beteiligungserträge i. H. v. 1,4 Mio. €. Demgegenüber stehen insbesondere Auszahlungen für Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände i. H. v. 0,7 Mio. € sowie für Investitionen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 4,0 Mio. €. Der höhere Cash-Flow des Vorjahres war im Wesentlichen dadurch bedingt, dass die Regionetz einen Anteil von 7,0 Mio. € der Ausgleichszahlung aus 2019 erst in 2020 an die EWV ausgezahlt hat.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -20,4 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Gewinnausschüttung des Vorjahresergebnisses i. H. v. 16,5 Mio. € (Vorjahr: 17,0 Mio. €) sowie Darlehensstilgungen i. H. v. 3,2 Mio. €. Im Vorjahr war der Cash-Flow noch wesentlich durch die Darlehensaufnahme von 23,0 Mio. € beeinflusst. Zum Bilanzstichtag werden 37,3 Mio. € (Vorjahr: 40,5 Mio. €) Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist damit fristenkongruent finanziert.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt 8,7 Mio. € und setzt sich zusammen aus einem kurzfristigen Kontokorrentkredit i. H. v. 17,3 Mio. €, Guthaben auf dem Girokonto der Sparkasse Aachen i. H. v. 9,3 Mio. € sowie Cashpool-Forderungen gegen die Regionetz und deren Beteiligungen i. H. v. 16,7 Mio. €. Er verminderte sich demnach um 5,4 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 54,6 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 37,6 %.

Die Geschäftsführung der EWV bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als stabil.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2021 beschäftigte die EWV durchschnittlich 254 (Vorjahr: 250) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei der EWV neun Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekaufrau/-mann
- Kauffrau/-mann für Büromanagement

Im Berichtsjahr wurde eine Vielzahl von Berufsfelderkundungen, Schülerbetriebspraktika, Fachpraktika sowie Bachelor- und Masterarbeiten im kaufmännischen Bereich angeboten.

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,2 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden), belief sich auf 418.

Personalentwicklung

Im Zuge des Projekts EWV Zukunft wurden auch Mitarbeiter/innen ohne Führungserfahrung nach einem erfolgreichen Bewerbungsverfahren auf Führungspositionen versetzt. Zur Unterstützung des Prozesses „Vom Mitarbeiter zur Führungskraft“ startete am 6. November 2019 ein auf die besonderen Herausforderungen abgestimmtes Führungskräfteentwicklungsprogramm. Dieses besteht aus fünf Modulen, in denen die neuen Führungskräfte mit modernen Führungstools vertraut gemacht werden und erforderliche Fachkenntnisse, z.B. Arbeitsrecht, vermittelt werden. Gleichzeitig können sich die neuen Führungskräfte vernetzen und über ihre neue Verantwortung austauschen.

Im Kontext der Covid-19- Pandemie wurde ein Leitfaden für das Führen auf Distanz für alle Führungskräfte der EWV zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden vermehrt virtuelle Bildungsformate eingesetzt, um die fachliche und überfachliche Weiterbildung der Mitarbeiter und Führungskräfte sicherzustellen.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeiter (m/w/d). Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz: „Jeder Mitarbeiter (m/w/d) geht so gesund nach Hause, wie er (m/w/d) gekommen ist.“ Dies gilt umso mehr in Zeiten der Covid-19-Pandemie.

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für die EWV Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert die EWV den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser. Die EWV berät mit ihrem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm. Im Jahre 2021 waren persönliche Beratungen aufgrund der Covid-19-Pandemie nur beschränkt möglich.

Tätigkeitsabschlüsse

Die EWV erbringt energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG gegenüber der Regionetz GmbH und ist somit verpflichtet, einen Tätigkeitsabschluss aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Bei der EWV orientiert sich das Risikomanagementsystem an der E.ON Funktionsrichtlinie FP-14 Risikomanagement.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Absatzmarktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch EEG-Anlagen wirken ebenfalls absatzmindernd. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmende Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2021 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2017 bis 2020 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte beschafft. Für die Lieferjahre 2022 bis 2024 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

Betriebsrisiken

Betriebsrisiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und

Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im EDV- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die Refinanzierung über Kreditlinien wird über eine solide Bonität der EWV sichergestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch die laufende Überwachung der Beteiligungen.

Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Unter diese Kategorie fallen auch Risiken aus Compliance, Governance und HSE (Health, Safety, Environment).

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der EWV wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der EWV vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:

-> Niedrig (>1 bis 10 %)

-> Mittel (>10 bis 20 %)

-> Hoch (>20 bis 50 %)

-> Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:

-> Gering (0 bis 10 %)

-> Mittel (>10 bis 20 %)

-> Schwerwiegend (>20 bis 50 %)

-> Kritisch (>50 %)

-> Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Folgende Risiken wurden als wesentlich eingestuft:

1. Erfordernis zur Einführung eines neuen ERP-Systems zur Ablösung der aktuell bestehenden Konzernlösung ESM (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (3,0 Mio. €)

Ursache könnte beispielsweise ein IT-Strategiewechsel innerhalb des Konzerns sein, der es für die EWW erforderlich macht, ein eigenes ERP-System aufzusetzen. Unter anderem das in diesem Fall fehlende Synergiepotenzial sowie hohe Migrationskosten wären wesentliche Kostentreiber.

2. Erhöhte Vorkosten Strom und Gas (insbesondere Strombezug und EEG) können nicht über Preiserhöhungen weitergegeben werden (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (2,0 Mio. €)

Insbesondere im Commodity-Geschäft besteht das Risiko, dass bestimmte nicht beeinflussbare Vorkosten nicht oder nur unter Hinnahme eines kommerziellen Schadens weitergereicht werden können. Nennenswert sind hier insbesondere Strom-/Gasbezug, schwankende Netznutzungsentgelte, gesetzliche Umlagen beispielsweise aus dem KWKoder EEG-Gesetz oder auch Sonderbelastungen (z.B. Smart Meter Rollout).

3. Commodity-Lieferantenausfall (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (5,6 Mio. €)

Das Risiko beschreibt den Ausfall eines Commoditylieferanten. In diesem Fall müssen die beschafften Energiemengen am Markt nachbeschafft werden. Je nach Zusammenstellung der offenen Positionen sowie des vorherrschenden Preisniveaus am Markt kann hieraus ein beträchtlicher Schaden entstehen.

4. Spotmarktrisiko (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“), (3,6 Mio. €)

Das Risiko entsteht aus Abweichungen zwischen langfristig eingedeckten Mengen und kurzfristigen temperatur- und/oder konjunkturbedingten Verbrauchsschwankungen. Der Schaden ergibt sich entsprechend aus der Divergenz der Einkaufs- und Verkaufspreise. Je nach Preislage kann dieses Risiko allerdings auch einen positiven Effekt aufweisen.

5. Gas Mindermarge aufgrund von Temperaturschwankungen (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“), (2,0 Mio. €)

Abgebildet wird hier die Temperaturelastizität des Heizenergieverbrauchs. Mit steigender Außentemperatur sinkt der Gasverbrauch entsprechend. In der Planung werden Normaljahresdaten (Norm-GTZ) unterstellt, so dass in einem Warmjahr ein Minderabsatz zu verzeichnen ist. Das hier beschriebene Szenario beruht auf einer 9 %-Normabweichung.

6. Beschaffungspreisrisiko (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Hoch“), (2,4 Mio. €)

Marktpreisveränderungen während des Haltens von offenen Positionen, d.h. Energiemengen die absatzseitig bereits fixiert sind, jedoch noch nicht am Energiemarkt beschafft wurden.

7. Zerstörung der Dienststelle (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (6,0 Mio. €)

Es wird eine vollständige Zerstörung der Dienststelle im Szenario unterstellt bei der die Versicherung nicht greift.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Chancen

Die durch das Hochwasser erlittenen Schäden sind zu einem bestimmten Teil erstattungsfähig über durch die Regierung aufgelegte Fördertöpfe. Ein bestimmter Teil wurde planerisch antizipiert. Für den Fall, dass die Fördersumme höher als erwartet ausfällt ergibt sich sowohl liquiditäts- als auch ergebnisseitig eine Chance.

Die derzeit instabile Situation auf den Energiemärkten mit beträchtlichen Händlerinsolvenzen und der damit verbundenen Übernahme der freigewordenen Kunden durch den Vertrieb der EWW kann insgesamt zur einer Stabilisierung der Kundenbasis bei sowohl Privat- als auch Gewerbekunden und damit verbundenen Ertragseffekten im mittleren sechsstelligen Bereich führen. Mit Blick auf die Bestandskunden ist davon auszugehen, dass sich insgesamt die Wechselbewegung zu anderen Versorgern abschwächen wird.

Kalte Nahwärmekonzepte und nachhaltige Energiekonzepte für Quartiere gewinnen politisch schneller an Bedeutung. Um dem Klimaneutralitätspfad gerecht zu werden, ist eine gesteigerte Nachfrage für Neubaugebiete und Bestandsquartiere sowie verbesserte Rahmenbedingungen hierbei zu erwarten (z.B. bei netzdienlichen, dezentralen Zentralspeichern in Quartieren oder noch bessere Förderbedingungen, schnellere Genehmigungsverfahren für einzelne Windräder etc.). EWW profitiert durch Umsetzung der Energiekonzepte mit langfristiger Wärme- und Stromlieferung sowie gegebenenfalls auch durch bezahlte Planungsleistungen für Dritte. Dank der neuen Rahmenparameter besteht durchaus die Chance 1 bis 2 Quartiere pro Jahr mehr zu realisieren als planerisch unterstellt.

Durch den angedachten Wegfall der EEG Umlage ab 2023 und der deutlichen Reduktion zum Jahr 2022 ergeben sich neue Geschäftsmodelle im Bereich Photovoltaik. Es wird nicht mehr das oberste Ziel sein, die EEG Umlage in den PV-Geschäftsmodellen zu vermeiden. PPA Modelle im Kleinstsegment könnten insbesondere in Kombination mit kommunal getriebenen PV-Ausbauwünschen an Bedeutung gewinnen. EWW könnte hier als Anlagenbetreiber den Ausbau eigener Anlagen deutlich ausweiten und mit einem Regionalstromprodukt kombinieren. 100 PV-Anlagen pro Jahr mehr als planerisch unterstellt könnten durchaus erreicht werden.

Bei der E-Mobilität positioniert sich EWW als Projektierer und setzt bei größeren Kunden oder Objekten komplexe Abrechnungsmodelle um. Nachfrage nach entsprechenden Lösungen ist bereits da und wird steigen. Eine Margenausweitung im niedrigen sechsstelligen Bereich erscheint hierbei durchaus erreichbar.

Während der Hochwasserkrise konnte die EWW durch exzellente Kommunikation einen spürbaren Imagegewinn erzielen. Steigerung der Kundenbindung und Social-Media-Bekanntheit samt Follower-Zuwachs sind eine Folge dessen. Es besteht die Chance, dass die EWW durch nachhaltig gute Kommunikation und Präsenz in der Region den erreichten Imagegewinn halten und gegebenenfalls noch ausbauen kann.

Prognosebericht

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung blieben angesichts der schwer vorhersehbaren Entwicklung der Covid-19-Pandemie und deren Auswirkungen mit Unsicherheit behaftet. Solange weite Teile der Bevölkerung nicht geimpft sind und die Gefahr neuer Ausbrüche besteht, wird auch die Erholung der Wirtschaft ungleichmäßig verlaufen und anfällig für Rückschläge bleiben. Die deutsche Wirtschaft könnte im Verlauf des Jahres 2022 wieder die Normalauslastung erreichen.

Neben weiteren Impferfolgen würde die Wiederbelebung der Wirtschaft durch weiter steigenden Konsum beflügelt; hohe Ersparnisse der privaten Haushalte, niedrige Finanzierungskosten aber auch politische Impulse könnten der Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft ebenfalls einen Schub verleihen.

In seinem im November 2021 veröffentlichten Jahresgutachten 2021/22 geht der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 2022 von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in Höhe von 4,6 % aus.

In Deutschland – aber auch in anderen Regionen Europas – nahm das Infektionsgeschehen insbesondere im vierten Quartal 2021 jedoch wieder stark zu. In der Folge wurde das öffentliche Leben erneut eingeschränkt: So mussten zum Beispiel Besucher von Großveranstaltungen oder Arbeitnehmer am Arbeitsplatz ihren Impf- bzw. Gesundheitszustand nachweisen. Inwieweit solche Restriktionen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Geschehen hatten, war zum Jahresende noch nicht vollständig absehbar. Für das Jahr 2022 ergeben sich insbesondere infolge der geringeren EEG-Umlage niedrigere Belastungen durch die gesetzlichen Abgaben und Umlagen. Bei den Netznutzungsentgelten ist zwischen den einzelnen Netzbetreibern

und den unterschiedlichen Kundengruppen je nach Spannungsebene zu differenzieren, wobei sich insgesamt höhere Netzentgelte ergeben. Wesentlicher Preistreiber ist jedoch die Entwicklung an den Großhandelsmärkten für Strom und Gas. Hierbei zeichnet sich die Marktlage weiterhin durch tendenziell volatile Preise aus.

Strategische Entwicklung der EWW

Auf- und Ausbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2020 hat die EWW den Ausbau der „neuen“ Geschäftsfelder Dienstleistungen, Nah- und Fernwärme und erneuerbare Energien weiter vorangetrieben. Im Geschäftskundensegment wurden Projekte im Bereich von Quartierskonzepten und Heizungsanlagen akquiriert und umgesetzt. Neben dem Contracting für Erdgasanwendungen wird sich die EWW zunehmend umweltfreundlicheren Anwendungen zuwenden. Neben Pelletheizungen sind dies insbesondere Wärmepumpen oder Hybridheizungen (Gasbrennwert + solarthermische Anlage). Zudem sind PV und Speicher zunehmend von Bedeutung.

Darüber hinaus wurde bei einer Reihe von weiteren Kunden das Energiemonitoringsystem EMSO mit begleitendem Messstellenkonzept eingeführt bzw. ausgeweitet, mit dem sich der Energieverbrauch aufgeschalteter Messstellen überwachen und steuern lässt.

Die EWW wird ihr Beteiligungsportfolio, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien, weiter ausbauen und optimieren. Zu diesem Zweck sind verschiedene Projekte in Vorbereitung.

Ausblick

Klimaschutz und Strukturwandel

Der Klimaschutz bildet das aktuelle zentrale Politikthema. Für ihn wird eigens ein Gesetz erstellt: das Klimaschutzgesetz. Der Klimaschutz wird vor allem durch die Energiewende vorangetrieben. Wesentliche Impulse ergeben sich hier aus der jüngeren EUGesetzgebung in Form der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie als auch aus dem Strukturwandelprozess im Rahmen des Braunkohleausstiegs.

Nach dem Beschluss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vom 26. Januar 2019 wird Deutschland zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2038 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen.

Die Zukunftsagentur „Rheinisches Revier“ wird den Strukturwandelprozess im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich steuern, um auf lange Zeit Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Der Raum des Rheinischen Reviers umfasst die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, die StädteRegion Aachen und die Stadt Mönchengladbach. Gemeinsam mit den 2,4 Millionen Menschen, die im Rheinischen Revier leben, ist es Ziel, eine lebenswerte Zukunft für diese Region zu gestalten.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 wurde mit dem Ziel erstellt, einen konkreten Leitfaden für den bestmöglichen Einsatz der in Aussicht gestellten Fördermittel für das Rheinische Revier zu schaffen. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Rheinische Revier in den nächsten zwei Jahrzehnten mit bis zu 15 Milliarden Euro zu unterstützen, um Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste in den Teilregionen zu kompensieren und eine erfolgreiche Transformation für die Zeit nach der Braunkohleverstromung zu ermöglichen.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 ist die bislang ambitionierteste Zukunftsvision des Rheinischen Reviers für die Zeit nach der Braunkohle. Das Rheinische Revier will seine herausragenden Kompetenzen in der Energiewirtschaft, in der Ressourcen- und Bioökonomie, in der industriellen Produktion, in Wissenschaft und Forschung sowie die Neuordnung von Raum und Infrastrukturen nutzen, um zeitnah die erforderlichen neue Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale im Wirkungsraum der auslaufenden Braunkohleverstromung zu erschließen. Damit will es Modell und Pilotregion für neue Energie und Mobilität sowie nachhaltige Produktionen werden und ein darauf ausgerichtetes attraktives Lebensumfeld erschaffen.

Bis zum Jahr 2050 will die Region zudem vollständig CO₂-neutral wirtschaften. Die international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) und deren Umsetzungsstrategien können dabei eine wichtige Orientierung liefern.

EWV Schwerpunkte

Bedingt durch die pandemiebedingten Umstände gestaltet es sich voraussichtlich auch in 2022 als eine wesentliche Herausforderung, die Kommunikation inner- und außerhalb des Unternehmens auf dem gewohnt hohen Niveau zu halten. Hierbei wird sich weiterhin an dem Kundenverhalten orientiert und dieses entsprechend berücksichtigt.

Gerade als sich die pandemiebedingten Rahmenbedingungen im Sommer des Jahres deutlich verbesserten, wurde die Region am 14. Juli durch ein sogenanntes Jahrhunderthochwasser schwer in Mitleidenschaft gezogen. Insbesondere in Stolberg und Eschweiler hat das Hochwasser eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Auch das Verwaltungsgebäude der EWV in Stolberg war hiervon betroffen. Es konnte für den Rest des Jahres nicht mehr genutzt werden und wird derzeit umfangreich saniert. Schadensdokumentation und -begleitung war ein Schwerpunkt der Arbeit im Sommer.

Die EWV hat es trotz aller Umstände erfolgreich geschafft, die gesamten Prozesse aufrechtzuerhalten und hat die Arbeiten zum größten Teil ins Home-Office verlegt. Dieser Zustand wird auch in 2022 anhalten. Parallel erfolgt der Aufbau des Verwaltungsgebäudes der EWV, so dass von einem vollständigen Bezug in der zweiten Jahreshälfte 2022 ausgegangen wird.

Unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier sind entlang der Themenfelder Infrastruktur und Mobilität, Energie und Industrie, Ressourcen und Agrobusiness, Raum, Innovation und Bildung sowie Internationale Bau- und Technologieausstellung (IBTA) so genannte Revierknoten definiert worden. Die Revierknoten erarbeiten jeweils mit einem Expertenkonsortium die inhaltliche Basis für künftige Förderprogramme. Die EWV wird sich im Rahmen des Zukunftsfeldes „Energie und Industrie“ als Experte aus der Energiewirtschaft gemeinsam mit anderen Unternehmen der Region engagieren. Unser Schwerpunkt wird auch hier auf der Vernetzung mit unseren kommunalen Partnern liegen, mit denen wir gemeinsam die Potentiale im Strukturwandel nutzen wollen.

Ein zentrales Vorhaben titulierte unter der sogenannten Talachse der Kupferstadt Stolberg (Rhld.). Hierrunter wird eine von Südwest nach Nordost verlaufende infrastrukturelle Achse verstanden, welche sich entlang des natürlichen Verlaufs des Vichtbachs entwickelt hat. Die Talachse prägt im Besonderen das Bild Stolbergs als Industriestandort. Ziel ist es, Stolbergs energieintensive Traditionsunternehmen entlang der Talachse mit Hilfe erneuerbarer Energiesysteme sowie innovativer Energiespeicher energieautark aufzustellen und mittels Kooperationen im Bereich Technologie- und Innovationstransfer bestehende Standortvorteile auszubauen. Zur Umsetzung des Vorhabens soll unter Beteiligung der Akteure über eine Studie der Antrag zu einem gemeinsamen Förderprojekt erarbeitet werden. Die EWV wird sich als Mitglied des Akteurskonsortium an der Studie und den flankierenden Maßnahmen finanziell beteiligen.

In Kommunen bestehen hohe Energie-Einsparpotenziale, vor allem in öffentlichen Gebäuden. Kommunale Energieeffizienz-Netzwerke tragen nennenswert dazu bei, diese Potenziale zu identifizieren und zu heben. Daher wurde als wichtige Sofortmaßnahme des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) die Förderung von Energieeffizienz-Netzwerken von Kommunen eingeführt.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2022 275,9 Mio. € betragen. Einen wesentlichen Beitrag liefern die Commodity-Absatzmengen mit 767 GWh Strom und 1.415 GWh Gas mit korrespondierenden Stromerlösen i. H. v. 146,3 Mio. € und Gaserlösen i. H. v. 82,5 Mio. €. Der Jahresüberschuss der EWV für 2022 wird gemäß Plan bei 23,1 Mio. € liegen. Darin enthalten ist eine Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 16,2 Mio. €. Das Investitionsvolumen 2022 beträgt ca. 9,1 Mio. €. Es ist nochmals auf die Ungewissheit hinsichtlich des weiteren Verlaufes der Covid-19-Pandemie sowie den weiteren Erkenntnissen aus der Hochwasserkatastrophe hinzuweisen.

Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2021 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Schröder, Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt. Ing. Manfred	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzende/r	
Dr. Küppers, Stefan Geschäftsführer Westnetz GmbH	1. stv. Vorsitzende/r	
Kohlen, Thomas Betriebsratsvorsitzender EWV	2. stv. Vorsitzende/r	
Bachmann, Erik Abteilungsleiter Kundenservice/Abrechnung/Debitoren		
Back, Dieter Gruppenleiter Lager & Material		
Becker, Udo Betriebsratsvorsitzender Regionetz GmbH		
Dipl.-Ing. Spelthahn, Wolfgang Landrat des Kreises Düren		
Dr. Schröder, Achim Vorstand Westenergie AG		
Finke, Guido stv. Betriebsratsvorsitzender		
Haas, Patrick Bürgermeister Stolberg		
Henrichs, Oliver Vorstand Westenergie AG		ab 27.01.2021
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Eschweiler		
Pusch, Stephan Landrat des Kreises Heinsberg		
Ruhnau-Schroeder, Klaudia Referentin Cross Company und Sonderthemen		
Thill, Josua Senior Experte Unternehmenscontrolling		
Vogt, Brigitte Leiterin Vertriebs- und Vertragssteuerung		
Wallraven, Jürgen Leiter EVU Vertrieb Düren		
Wirtz, Axel Städteregionstagsmitglied		

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		

Beirat		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		
von Hoegen, Till Erster und technischer Beigeordneter		

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH. Für die Gesellschafterversammlung und den Beirat nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 22 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 13,6 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die EWV GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1912 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.7 GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH

Basisdaten

Anschrift	GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH Mauerfeldchen 72 52146 Würselen
Internet	https://www.gwg-aachen.de/
E-Mail	info@gwg-aachen.de
Telefon	02405 – 48 913 – 0
Telefax	02405 – 48 913 – 10

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck). Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus, der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben, zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Würselen.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Bestände wirtschaftlich im Hinblick auf Wohnqualität und technische Ausstattung auf das heutige Niveau zu bringen. Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der kreisangehörigen Kommunen. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Hierzu hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	781,8	78,17 %
Stadt Alsdorf	17,9	1,79 %
Stadt Würselen	16,5	1,65 %
Stadt Herzogenrath	16,5	1,65 %
Stadt Stolberg	12,9	4,91 %
Stadt Eschweiler	12,9	4,35 %
Gemeinde Simmerath	12,9	0,49 %
ASEAG AG	12,9	0,60 %
Sparkasse (S-IBG)	12,9	1,52 %
Provinzial	12,9	4,87 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

An der Gewinnausschüttung bzw. einer Verlustabdeckung der Gesellschaft ist die Stadt Würselen entsprechend ihrem Anteil von 1,645 % am Stammkapital beteiligt. In 2021 entsprach dies 1.645,00 €.

Insgesamt wurden in 2021 186.514,82 T€ an Erträgen von der GWG eingenommen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Mieten für städtische Häuser in Höhe von 50.630,17 € sowie 38.255,21 € für Kanalbenutzungsgebühren Schmutzwasser und Niederschlagswasser.

Die Stadt Würselen hat 42.541,50 € an Aufwendungen an die GWG gezahlt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Aufwendungen aus Leistungsbeziehungen und betreffen die Bewirtschaftung sowie die Unterhaltung der Gebäude und städtischen Häuser.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	35.362	32.663	2.699	Eigenkapital	20.206	17.741	2.465
Umlaufvermögen	4.409	5.825	-1.416	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	179	246	-66
				Verbindlichkeiten	19.390	20.508	-1.118
Aktive Rechnungsabgrenzungen	5	6	-1	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	39.776	38.494	1.281	Bilanzsumme	39.776	38.494	1.281

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	5.089	4.900	189
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	162	-44	206
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	63	46	17
4 Sonstige betriebliche Erträge	109	75	34
5 Materialaufwand	-1.910	-1.604	-305
6 Personalaufwand	-1.020	-944	-77
7 Abschreibungen	-1.119	-1.103	-15
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-255	-228	-26
9 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	98	99	-2
10 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	9	-8
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-435	-503	68
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-69	-59	-10
13 Ergebnis nach Steuern	713	643	71
14 Sonstige Steuern	-148	-150	2
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	565	492	73
16 Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
17 Einstellungen in die Bauerneuerungsrücklagen	-465	-392	-73
18 Bilanzgewinn	100	100	0

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	50,8 %	46,1 %	4,7 %
Eigenkapitalrentabilität	2,8 %	2,8 %	0,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	57,1 %	54,3 %	2,8 %
Verschuldungsgrad	96,8 %	117,0 %	-20,1 %
Umsatzrentabilität	11,1 %	10,0 %	1,1 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 35) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen:

Die Situation am hiesigen Wohnungsmarkt konsolidiert auf hohem Niveau. Die Baupreise steigen oberhalb der Inflationsrate. Dem Risiko einer steigenden finanziellen Zinsbelastung bei einer Anschlussfinanzierung wird durch frühzeitiges Agieren vorgebeugt. Die GWG legt Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt die Investitionen, die sie im Jahr 2021 vorgenommen hat und in den Folgejahren vornehmen wird, mit ca. 25 % Liquidität aus eigenen Mitteln und ist auf langfristige Zinssicherungen ausgerichtet.

Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich weiterhin in einer bislang ununterbrochenen dynamischen Phase, die von der allgemeinen Sympathie für Betongold getragen wird. Die GWG orientierte im Jahr 2021 ihr Handeln am Maßstab der Finanzsolidität und des nachhaltigen finanziellen Erfolges. Unser operativer Fokus liegt auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit seniorengerechten energieeffizienten Bauvorhaben sind wir in einem wachsenden Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird. Mit Neubauten diversifizieren und verjüngen wir unser Portfolio.

Dabei konzentrieren wir uns auf klassische Wohnimmobilien. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden wir schwerpunktmäßig bzw. verstärkt hausintern Projekte entwickeln. Es ist nicht vorgesehen, auf externe Projektentwicklungen zurückzugreifen.

Bestandentwicklung:

Wir verfügen über

	31.12.2021	31.12.2020
<i>Häuser</i>	126	125
<i>Wohnungen</i>	788	786
<i>a) Davon frei finanziert/preisgebunden</i>	587/201	585/201
<i>Garagen/ Stellplätze</i>	261/ 137	260/ 137
<i>Wohnflächen</i>	47.360 m ²	47.188 m ²
<i>Anzahl sonstiger Einheiten</i>	11	11
<i>Fläche sonstiger Einheiten</i>	3.134 m ²	3.134 m ²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

Wirtschaftliche Lage

Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und Attraktivierung von Objekten weiterhin einen Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2021 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen 609 T€ ausgegeben. Das entspricht fast exakt dem Vorjahr (608 T€).

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2021 sind gegenüber dem Vorjahr um 189 T€ gestiegen. Dies hängt sowohl mit den üblichen den Sanierungen folgenden Mietsteigerungen als auch mit der erstmaligen Vermietung unseres Neubaus in Aachen, Münsterstraße 244A zusammen. Vor allem sind die Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit deutlich gestiegen (130 T€).

Neben den aufwandswirksamen Instandhaltungskosten wurden aktivierungsfähige Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. T€ 70) durchgeführt, womit insgesamt T€ 679 zum Werterhalt unserer Gebäude geleistet wurden. Die diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr betragen 14,33 €.

Unter Einbeziehung der Personal- und zugehörigen Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich sogar ein Wert von 17,42 €/m²/Jahr für die Substanzverbesserung.

Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2021 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente im Bereich der Tarifangestellten zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 76 gestiegen. Eine Neueinstellung im Bereich des Regiehandwerks haben zu einer Steigerung gegen über dem Vorjahr von ca. 8,1% geführt.

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 565.

Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Ergebnisrechnung liegt um ca. T€ 95 über dem zuletzt geplanten Wert. Dafür hauptsächlich verantwortlich sind ein Plus bei den Mietumsätzen und sonstigen betrieblichen Erträgen (+31 T€) und aktivierte Eigenleistungen (+12 T€) sowie ein Minus bei sonstige betriebliche Aufwendungen (13 T€).

Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist.

Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

	2021	2020	2019
<i>Bilanzsumme in T€</i>	39.776	38.494	37.045
<i>Anlagevermögen in T€</i>	35.362	32.663	31.364
<i>Anlagevermögen % zu Bilanzsumme</i>	88,9	84,9	84,7
<i>Eigenkapitalquote in %</i>	50,8	46,1	41,4
<i>Langfristige Fremdkapitalquote in %</i>	44,6	48,7	53,6

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2021 ein Jahresergebnis von T€ 565 erwirtschaftet (gegenüber T€ 492 in 2020).

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens insgesamt als stabil zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Für die Gesellschaft sind die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren wesentliche Steuerungsinstrumente. Diese haben sich in den letzten vier Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	2021	2020	2019	2018
<i>Umsatzerlöse in T€</i>	5.089	4.900	4.878	6.138
<i>Eigenkapital in T€</i>	20.206	17.741	15.349	12.810
<i>Eigenkapitalquote</i>	50,8 %	46,1 %	41,4 %	34,2 %
<i>Eigenkapitalrentabilität</i>	2,8 %	3,0 %	3,7 %	4,2 %
<i>Fluktuationsquote (länger als 3 Monate)</i>	8,1 %	8,1 %	9,5 %	9,0 %
<i>Leerstandsquote (länger als 3 Monate)</i>	0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,3 %
<i>Erlösschmälerungen Sollmieten</i>	1,1 %	1,1 %	0,9 %	1,7 %

Auch in 2021 zeigt sich ein weiterer Anstieg der Umsatzerlöse im Betrachtungszeitraum.

Infolge der (dritten) Kapitaleinlage der StädteRegion Aachen in Form von Genussrechten ist die Eigenkapitalquote trotz Investitionen auf über 50% gestiegen.

Chancen- und Risikobericht:

Risikobericht:

Branchenspezifische Risiken:

Da infolge der Covid-19-Pandemie gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen entstehen, beeinflusst dies die Zahlungswilligkeit und Zahlungsfähigkeit unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten möglicherweise negativ. Daraus können sich für die GWG Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln. Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Erfolge ist, dass beispielsweise die Arbeitslosenquote in der Region sich nicht nennenswert von der heutigen Situation unterscheidet. Außerdem können sich (unplanmäßige) Kostensteigerungen bei zukünftigen Neubauvorhaben als Belastungsfaktoren für zukünftige Ergebnisrechnungen herausstellen.

Ertragsorientierte Risiken:

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen, obwohl allerorten Neubauten entstehen. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Erlöse und Erträge. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungsangebote weiterhin Gegenstand der Nachfrage sein werden. Schließlich sind wir im Neubaubereich überdurchschnittlich gut für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. In diesem Kontext reduzieren wir den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: Altersarmut). Die Einkommensverhältnisse in der Region sind stark unterschiedlich und liegen insgesamt unter dem Landesdurchschnitt.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind ohnehin nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist.

Die Liquiditätslage ist aktuell zufriedenstellend; es sind bei vertragstreuer Mietzahlung keine Engpässe zu erwarten. Die Gesellschaft hat das derzeit niedrige Zinsniveau genutzt, um für Verbindlichkeiten, die in Zeiträumen, die sie mit Forward-Konditionen abdecken kann, mit Zinssicherheit zu versehen. Somit hat sich die Gesellschaft im Rahmen des Möglichen gegen Zinssteigerungsrisiken gewappnet. Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen stets mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden. Dies würde sich auf das Neubaugeschäft retardierend auswirken.

Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf die Rückstände permanent der Beobachtung und individualisierter Gegensteuerungsmaßnahmen bedarf.

Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt, hier ist kein Risiko zu erkennen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -egänge vermittelt.

Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen. Das Mahnwesen setzt niederschwellig und früh ein und ist im Rahmen des rechtlich Zulässigen konsequent.

Bei der Beschaffung von Bauleistungen sehen wir massive Steigerungen, sowie Engpässe. Aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse können wir darauf verweisen, dass sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Baunebengewerbe bis vor Eintritt der Covid-19-Krise noch eine knapp ausreichende Anzahl von Anbietern vorhanden ist, die einen interessierten Preis bei den Ausschreibungen abgeben. Die Geschäftspolitik ist im Bereich der Beschaffungen auf die Erweiterung unseres Handwerkerpools ausgerichtet.

Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung. Insofern bestehen keine Engpässe.

Chancenbericht:

Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt werden wir weiterhin durch Erfahrung, Flexibilität und Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nicht so ausgerichtet, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht.

Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß. Der Anteil barrierefreier Wohnungen ist überdurchschnittlich. Projektentwicklungen setzen - da Nachverdichtungschancen bereits ausgereizt sind - Grundstücke voraus. Aufgrund unserer Einbindung in die Systeme der kommunalen Daseinsvorsorge sehen wir gute Chancen auf perspektivstarke Grundstücke, die wir nachfragen können oder die uns angeboten werden.

Gesamtaussage:

Risiken der künftigen Entwicklung können sich sowohl auf der Einnahmenseite (Mietzahlungen in und nach der Covid-19-Pandemie) als auch im Sanierungsbereich unserer Bestände ergeben. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die

GWG geht mit Maß und Mitte mit den vorgenannten Chancen und Risiken um. Sie untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Wo die Rentabilität der untersuchten Sanierung ungewiss ist, stellt die Veräußerung angesichts der derzeitigen Nachfrage nach Immobilien ggf. eine Alternative dar. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend (mit durchaus vorhandenen regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbau gesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Volkswirtschaft sowie insbesondere der Region in Bezug auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer investitionsbedingt steigenden Fremdkapitalquote würden sich nachhaltige Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG langfristig bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungen der Kunden werden seit jeher beobachtet.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten:

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

In Bezug auf die beiden Darlehen, die mit einer Doppelswap-Konstruktion unterlegt sind, besteht kein Risiko, da es sich um eine Bewertungseinheit handelt.

Prognosebericht:

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen bzw. Versorgungsaufträge schwerpunktmäßig kümmern:

- a) Halten unserer bestehenden Mieter
- b) Akquisition neuer Mieter (da unsere Fluktuationsquote konstant bei ca. 9-10 % liegt)
- c) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren
- d) öffentlich geförderter Wohnungsbau.

Voraussetzung für die unter a) und b) genannten Aspekte ist, dass wir unsere Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird.

Insgesamt sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik notwendig. Die stabilen Ergebnisse der letzten Jahre sind eine Bestätigung.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG positiv. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist noch auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus, denn wir erwarten, dass aufgrund der Fertigstellung von Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2022 erwarten wir bei unserem strategischen Zielwert von 400 T€.

Wir werden voraussichtlich auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Unser Ziel ist es, in einem mittelfristigen Zeitraum von ca. 5 Jahren 100 neue Wohnungen zu projektieren bzw. zu realisieren.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzende/r	
Berlipp, Heiner Dipl. Ing. Architekt	1. stv. Vorsitzende/r	
Bock, Björn Finanzberater		
Borning, Ronald Zollbeamter a.D.		
Haas, Patrick Bürgermeister Stolberg		
Jücker, Stephan Bau- und Umweltdezernenten der StädteRegion Aachen		bis 31.12.2021
Kahlen, Ralf Erster Beigeordneter der Stadt Alsdorf		
Körlings, Franz Rentner		
Laufs, Norbert Vorstandsvorsitzender Sparkasse Aachen		
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Eschweiler		
Lübben, Lars Geschäftsführer		
von Hoegen, Till Erster und technischer Beigeordneter		

Gesellschafterversammlung		
von Hoegen, Till Erster und technischer Beigeordneter		

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH. Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 12 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 8,3 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1951 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.8 Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH

Basisdaten

Anschrift	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH Mauerfeldchen 72 52146 Würselen
E-Mail	info@wfg-aachen.de
Telefon	02405/489130
Telefax	02405/4891310

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist es, die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.

Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte im Kreis Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten.

Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere

- mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren,
- sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, zu beteiligen, solche zu gründen oder zu erwerben,
- Zweigniederlassungen errichten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	1.183,1	51,36 %
Sparkasse Aachen	306,8	13,32 %
Stadt Eschweiler	189,4	8,23 %
Stadt Alsdorf	151,8	6,59 %
Stadt Würselen	151,3	5,59 %
Stadt Stolberg	12,9	9,27 %
Gemeinde Roetgen	12,9	0,22 %
Gemeinde Simmerath	12,9	0,22 %
Stadt Monschau	12,9	0,22 %
Stadt Herzogenrath	12,9	4,76 %
Stadt Baesweiler	5,2	0,22 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für die Finanzierung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH bringt die Stadt Würselen aus dem städtischen Haushalt Mittel für die WFG-Sockelförderung auf. Im Berichtsjahr 2021 waren dies 4.395,92 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	151	160	-9	Eigenkapital	2.751	2.698	54
Umlaufvermögen	3.615	4.529	-914	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	20	20	-1
				Verbindlichkeiten	926	1.893	-967
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	1	-1	Passive Rechnungsabgrenzungen	70	79	-10
Bilanzsumme	3.766	4.690	-925	Bilanzsumme	3.766	4.690	-925

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Seit 2017 besteht keine Bürgschaft mehr zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und der Stadt Würselen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	816	211	604
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-637	0	-637
3 Sonstige betriebliche Erträge	7	214	-207
4 Materialaufwand	-26	-36	10
5 Personalaufwand	-55	-62	7
6 Abschreibungen	-9	-73	64
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-66	-249	184
9 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	5	0
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-51	-49	-2
12 Ergebnis nach Steuern	-16	-38	21
14 Erträge aus Verlustübernahme	70	70	0
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	54	32	21

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	73,1 %	57,5 %	15,5 %
Eigenkapitalrentabilität	1,9 %	1,2 %	0,8 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	34,4 %	70,9 %	-36,6 %
Umsatzrentabilität	6,6 %	15,2 %	-8,6 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 6) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um den Buchwert einer der Gewerbeimmobilie, die die WFG vermietet. Das Anlagevermögen ist mit einem Restbuchwert von rund 151 T€ zu beziffern. Der Restbuchwert liegt aufgrund planmäßiger Abschreibungen rund 9 T€ niedriger als im Vorjahr.

Bei den Forderungen, die insgesamt 2.369 T€ betragen (Vorjahr: 2.215 T€) dominieren die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um 37 % (von 1.764 T€ auf 1.111 T€) gesunken. Die Minderung der Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen ist auf erbrachte planmäßige Tilgungsleistungen sowie die vorzeitige Ablösung von zwei Leasing-Verträgen zurückzuführen. Zur Absicherung einer bestehenden Ausfallbürgschaft für eine Leasing-Objekt-Finanzierung ist eine Sicherheit in Höhe von 800 T€ an die entsprechende Kommune geleistet worden. Hieraus resultiert hauptsächlich die Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände gegen über dem Vorjahr.

Der Kassenbestand hat sich von rund 1.676 T€ um 431 T€ auf 1.245 T€ verringert. Die nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft.

Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	31.12.2021
	T€
<i>Jahresüberschuss</i>	54
<i>Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens</i>	9
<i>Zunahme der Rückstellungen</i>	-1
<i>Abnahme der Vorräte</i>	638
<i>Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	-6
<i>Abnahme der Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen</i>	653
<i>Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP</i>	-800
<i>Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>	-959
<i>Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>	15
<i>Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP</i>	-34
Laufende Geschäftstätigkeit	-431
<i>Anlagenabgänge zu Buchwerten</i>	0
<i>Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen</i>	0
Investitionstätigkeit	0
Liquide Mittel am Anfang der Periode	1.676
<i>Zahlungswirksame Veränderung</i>	-431
Liquide Mittel am Ende der Periode	1.245

Das Eigenkapital hat sich gewinnbedingt gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Verbindlichkeiten sind von 1.893 T€ um 967 T€ auf 926 T€ durch planmäßige und durch sonstige Tilgungen gesunken.

Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 4.690 T€ um 924 T€ auf 3.766 T€.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	151	160
Gesamtvermögen	3.766	4.690
Anlagenintensität	4 %	3 %

Eigenkapitalanteil Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	2.751	2.697
Gesamtkapital	3.766	4.690
Eigenkapitalanteil	73 %	58 %

Verschuldungsgrad i Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	945	1.913
Eigenkapital	2.751	2.697
Verschuldungsgrad	34 %	71 %

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 604 T€ auf 816 T€ gestiegen. Dies ist hauptsächlich zurückzuführen auf den Verkaufserlös' eines Mietobjektes. Auf den Zusammenhang mit den Bestandsveränderungen in Höhe von 637 T€ wird hingewiesen. Unter Berücksichtigung dieser Bestandsveränderung ergibt sich ein Rückgang der Gesamtleistung in Höhe von 33 T€. Dieser wiederum ist im Wesentlichen auf den Wegfall der Mieterträge für das veräußerte Objekt zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalteten im Vorjahr Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen in Höhe von 200 T€. Der Personalaufwand sowie der Materialaufwand haben sich planmäßig reduziert.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Vorjahr der Forderungsausfall auf die aus stehenden Forderungen eines ehemaligen Leasing-Nehmers enthalten. Dem Forderungsausfall stand im Vorjahr ein Ertrag aus der Auflösung von Wertberichtigung in selbiger Höhe gegenüber.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis vor Ertragsteuern und Gesellschafterzuschüssen in Höhe von -16 T€ (Vorjahr: -38 T€).

Unter Berücksichtigung der im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Gesellschafterzuschüsse (70 T€ sogenannte Sockelförderung) erzielt die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von 54 T€ (Vorjahr: 32 T€).

	01.01. bis 31.12.2021		01.01. bis 31.12.2020		Veränderung zum Vorjahr
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse	816	456,49	211	100,00	604
+/- Bestandsveränderungen	-637	-356,49	0	0,00	-637
= Gesamtleistung	179	100,00	211	100,00	-33
+ sonstige betriebliche Erträge	7	3,93	214	101,37	-207
- Materialaufwand	26	14,61	36	16,87	-10
- Personalaufwand	55	31,00	62	29,37	-7
- Abschreibungen	9	5,16	73	34,52	-64
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	66	36,82	249	117,95	-184
= Betriebsergebnis	29	16,34	6	2,66	23
+/- Beteiligungs-/ Finanzergebnis	-46	-25,57	-44	-20,61	-2
= Ergebnis vor Steuern	-16	-9,23	-38	-17,95	21
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0,00	0	0,00	0
+ Gesellschafterzuschüsse	70	39,17	70	33,12	0
= Jahresergebnis	54	29,95	32	15,16	21

Prognosebericht

Die WFG verfügt 2022 über insgesamt 3 Ertrags- bzw. Einnahmequellen:

- a) Leasingzinsüberschuss
- b) Sockelförderung
- c) Vermietungsergebnis.

Der Leasingzinsüberschuss reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt. Im Jahr 2022 ist nur noch ein Leasing-Objekt im Portfolio der WFG vorhanden.

Die Sockelförderung als Einnahmequelle wurde ab dem Jahr 2019 im Zusammenhang mit dem reduzierten Betätigungsumfang und der geänderten Kostenstruktur (keine hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr) abgesenkt, wovon die Haushalte der Gesellschafter spürbar profitieren.

Im Gewerbeimmobilienvermietungs Bereich erwartet die Geschäftsführung unter der Annahme eines vertragskonformen Verhaltens der Mietpartei weder spartenbezogene Überschüsse noch Fehlbeträge, sondern in etwa ausgeglichene Ergebnisse.

Insgesamt wird für das Jahr 2022 ein leicht negatives Ergebnis erwartet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich darauf, Geschäftsvolumen abzubauen und Restrisiken zu minimieren.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügt nicht über risikotragende Finanzinstrumente wie Swaps. Derartige Risiken sind in den vergangenen Jahren planmäßig und schadensfrei abgebaut worden. Im Übrigen ist die WFG weitestgehend fristen- und größenkongruent refinanziert.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	

Gesellschafterversammlung		
Nießén, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		

Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.9 regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH

Basisdaten

Anschrift	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH Lombardenstr. 24 52070 Aachen
Internet	www.regioit.de
E-Mail	info@regioit.de
Telefon	0241/41359-0

Zweck der Beteiligung

Zweck des Unternehmens ist die automatische Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft iT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der automatischen Informationsverarbeitung in den Verwaltungen der Stadt und der städtischen Unternehmen.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der regioiT ist die Sicherstellung der automatischen Informationsverarbeitung sowie die Qualifizierung von kommunalen Mitarbeitern und Einwohnern. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen	564,6	37,64 %
Civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	270,0	18,00 %
Zweckverband INFOKOM Gütersloh	193,2	12,88 %
StädteRegion Aachen	151,3	10,09 %
Stadt Aachen	151,3	10,09 %
regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G.	15,0	1,00 %
Stadt Würselen	12,9	0,86 %
Stadt Stolberg	12,9	0,86 %
Stadt Eschweiler	12,9	0,86 %
Stadt Alsdorf	12,9	0,86 %
Stadt Baesweiler	12,9	0,86 %
Gemeinde Roetgen	12,9	0,86 %
Gemeinde Simmerath	12,9	0,86 %
Stadt Monschau	12,9	0,86 %
Stadt Herzogenrath	12,9	0,86 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	12,9	0,86 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgien (DG)	12,9	0,86 %
Stadt Düren	12,9	0,86 %

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
vote iT GmbH	21,3	85,00 %
Better Mobility GmbH	12,4	49,50 %
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH	0,0	80,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 0,859 % (abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) in Höhe von 17.200,00 € zu.

Die Stadt Würselen hat im Jahr 2021 Aufwendungen in Höhe von 1.447.657,60 € an die regio iT GmbH geleistet. Dabei handelt es sich ausschließlich um Aufwendungen aus Leistungsbeziehungen, wie bspw. 1.163.618,08 € für die Benutzung der EDV-Anlage und Programmpflege sowie 250.319,40 € für die Realisierung des Medienentwicklungskonzepts.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	26.264	26.242	22	Eigenkapital	16.329	10.909	5.420
Umlaufvermögen	23.724	18.191	5.533	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	14.708	9.677	5.032
				Verbindlichkeiten	23.439	27.483	-4.044
Aktive Rechnungsabgrenzungen	4.763	4.071	692	Passive Rechnungsabgrenzungen	275	436	-161
Bilanzsumme	54.751	48.504	6.247	Bilanzsumme	54.751	48.504	6.247

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der regio iT – gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	149.304	122.283	27.020
2 Andere aktivierte Eigenleistungen	236	98	138
3 Sonstige betriebliche Erträge	1.064	848	216
4 Materialaufwand	-69.066	-52.597	-16.469
5 Personalaufwand	-49.472	-46.574	-2.899
6 Abschreibungen	-8.200	-7.870	-330
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-12.329	-10.745	-1.585
8 Erträge aus Beteiligungen	110	309	-199
9 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	11	2
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-333	-206	-126
11 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-3.870	-1.781	-2.089
12 Ergebnis nach Steuern	7.456	3.776	3.680
13 Sonstige Steuern	-36	-40	4
14 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7.420	3.736	3.684

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	29,8 %	22,5 %	7,3 %
Eigenkapitalrentabilität	45,4 %	34,2 %	11,2 %
Anlagendeckungsgrad 2	62,2 %	41,6 %	20,6 %
Verschuldungsgrad	233,6 %	340,6 %	-107,0 %
Umsatzrentabilität	5,0 %	3,1 %	1,9 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 622 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 595) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich trotz der andauernden Pandemie und Lieferengpässen im Jahr 2021 erholt. Im Vergleich zum vorangegangenen Krisenjahr 2020, in dem die Produktion im Zuge der Corona-Pandemie teilweise massiv eingeschränkt worden war, hat sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 in fast

allen Wirtschaftsbereichen erhöht. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um etwa 2,7 %.

Auch die Digitalbranche in Deutschland hat sich nach dem Krisenjahr 2020 wieder positiv entwickelt. Die Umsätze im Informationstechnik-Gesamtmarkt stiegen 2021 von 171,7 (2020) auf 178,4 Mrd. Euro (+3,9 %). Die für die regio iT wichtigen Teilmärkte für IT-Hardware (+8,3%), Software (+8,0 %) sowie IT-Services (+3,7%) waren erneut die Wachstumstreiber im IT-Gesamtmarkt. Auch die Anzahl der Beschäftigten ist nach dem Einbruch im Jahr 2020 wieder um 34.000 Arbeitsplätze gestiegen. Grundlage für die Markteinschätzung sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BIT-KOM.

Geschäftsverlauf

Die regio iT ist im Geschäftsjahr 2021 bei Umsatz und Jahresergebnis wieder stärker gewachsen als der IT-Gesamtmarkt. Die Corona-Pandemie hat insbesondere im kommunalen Bereich Digitalisierungsbedarf transparent gemacht und die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen beschleunigt. Deutliche Umsatzzuwächse konnten dementsprechend sowohl im Bereich Produkt-/Applikationsbetrieb, als auch im Handels-/Leasinggeschäft realisiert werden. Der Umsatz aus Produkt-/Applikationsbetrieb konnte von 84,1 Mio. € auf 93,4 Mio. € gesteigert werden. Die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft stiegen von 18,6 Mio. € auf 29,3 Mio. € an.

Erneut und ebenfalls deutlich konnte sich das Beratungsgeschäft in allen Unternehmensbereichen verbessern. Nachdem im Vorjahr in diesem Umsatzsegment mit 12,1 Mio. € bereits ein hervorragender Umsatz erzielt wurde, konnte dieser erneut gesteigert werden. Mit einem Beratungsumsatz von 15,3 Mio. € wurde in 2021 ein neuer Bestwert erwirtschaftet.

Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden eine Vielzahl von Projekten beauftragt. Weiterhin beherrschendes Thema des Berichtsjahres war die Digitalisierung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen (z.B. Hardware/Arbeitsplatzausstattung, VDI/VPN Infrastruktur, mobiles Arbeiten, Videokonferenzsysteme, Portalangebote). Weiterhin spielten SAP-Projekte sowie die Konsolidierung von Infrastrukturservices in unseren Rechenzentren eine wichtige Rolle. Zusammenfassend sind es die vielfältigen Digitalisierungsthemen, die zu der hervorragenden Entwicklung der Gesamtleistung geführt haben.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten: Einem Vorjahreswert von 46,6 Mio. € steht ein Wert im Berichtsjahr von 49,5 Mio. € entgegen.

Mit 12,3 Mio. € liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen über dem Vorjahreswert (10,7 Mio. €).

Aufgrund der hervorragenden Geschäfts- und Umsatzentwicklung wurde das Ergebnis vor Steuern des Vorjahres (5,6 Mio. €) mit 11,3 Mio. € im Berichtsjahr verdoppelt. Der Jahresüberschuss beträgt 7,4 Mio. € (Vorjahr 3,7 Mio. €).

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöp-

fung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 81,5 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr 70,6 Mio. €). Das geplante Rohergebnis (75,3 Mio. €) wurde deutlich übertroffen (+6,2 Mio. €).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 93,4 Mio. € ebenfalls über Planniveau (88,2 Mio. €).

Deutlich überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (14,8 Mio. €) konnten sehr deutlich mit 29,3 Mio. € übertroffen werden.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 11,8 Mio. € (9,7 % der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 15,3 Mio. € (10,2 % der Gesamtumsätze) gegenüber.

Demzufolge lag das Ergebnis vor Steuern mit 11,3 Mio. € um 7,3 Mio. € sehr deutlich über dem Planwert (4,0 Mio. €). Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr in der Folge bei 7,6 % (Plan 3,3 %, Vorjahr 4,5 %).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits fanden im Juni 2021 für die Standorte Aachen und Gütersloh statt. Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen der IMS Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2023 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2020 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2023 zu führen.

Ertragslage

Die Corona-Pandemie hat insbesondere im kommunalen Bereich Digitalisierungsbedarf transparent gemacht und die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen beschleunigt. Deutliche Umsatzzuwächse konnten dementsprechend sowohl im Bereich Produkt-/Applikationsbetrieb, als auch im Handels-/Leasinggeschäft realisiert werden. Der Umsatz aus Produkt-/Applikationsbetrieb konnte von 84,1 Mio. € auf 93,4 Mio. € gesteigert werden. Die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft wurden von 18,6 Mio. € auf 29,3 Mio. € gesteigert. Erneut und ebenfalls deutlich konnte das Beratungsgeschäft in allen Unternehmensbereichen gesteigert werden. Nachdem im Vorjahr in diesem Umsatzsegment mit 12,1 Mio. € bereits ein

hervorragender Umsatz erzielt wurde, konnte dieser erneut gesteigert werden. Mit einem erzielten Beratungsumsatz von 15,3 Mio. € wurde ein neuer Bestwert erwirtschaftet. Auf 11,3 Mio. € gestiegen sind auch die Umsätze aus Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto. Hierbei handelt es sich jedoch überwiegend um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung. Die Umsatzerlöse korrelieren mit den im Materialaufwand enthaltenen Kosten.

Korrespondierend mit der Umsatzentwicklung liegt der Materialaufwand mit 69,1 Mio. € über dem Vorjahresniveau (52,6 Mio. €).

Demzufolge konnte das Rohergebnis sehr deutlich von 70,6 Mio. € um 10,9 Mio. € auf 81,5 Mio. € gesteigert werden. Diese Steigerung korreliert mit den sehr deutlichen Umsatzzuwächsen.

Mit 49,5 Mio. € liegen die Personalkosten im Geschäftsjahr 2021 um 2,9 Mio. € über dem Vorjahreswert (46,6 Mio. €).

Zum 31. Dezember 2021 waren bei der regio iT 622 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 595), davon 42 Auszubildende (Vorjahr: 32) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen, dem Zweckverband INFOKOM Gütersloh sowie dem Zweckverband civitec insgesamt 29 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr 29) zugewiesen. Die Personalkostenintensität (Personalkosten in % vom Umsatz) liegt bei 33,1% (Plan 41,5 %, Vorjahr 38,1 %).

Die Abschreibungen liegen aufgrund des gestiegenen Investitionsvolumens bzw. Anlagevermögens mit 8,2 Mio. € über dem Vorjahreswert (7,9 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 12,3 Mio. € im Wesentlichen aufgrund von Aufwendungen (Rückstellungen) für Altersteilzeit über dem Vorjahresniveau (10,7 Mio. €).

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme 54,8 Mio. € (Vorjahr 48,5 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen bei 8,1 Mio. € (Vorjahr 17,5 Mio. €). Der hohe Vorjahreswert ist vor allem auf den Asset-Deal bzw. die Übernahme des Geschäftsbetriebes des civitec Zweckverbandes zurückzuführen. Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2021 betrug der Anlagendeckungsgrad 61,2 %, und die Eigenkapitalquote 29,8 % (Eigenkapitalquote Vorjahr 22,5 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 13,3 Mio. € (Vorjahr 17,1 Mio. €). Für die Betriebsmittelfinanzierung stellt die E.V.A. der regio iT zudem ein variables Gesellschafterdarlehen bis zu einer maximalen Höhe von 4,0 Mio. € zur Verfügung.

Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Hinsichtlich der Berichterstattung zur Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung (§ 108 GO NRW) wird folgendes festgestellt: Die regio iT ist im Berichtsjahr ihren satzungsgemäßen Aufgaben, bestehend aus der Erbringung von IT-Dienstleistungen für alle hierfür geeigneten kommunalen Aufgaben, nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

Zusammenfassung

Der Geschäftsverlauf des Berichtsjahres 2021 kann unter schwierigen Rahmenbedingungen erneut als hervorragend bewertet werden. Das Wachstum im Berichtsjahr lag über der Entwicklung des ITK-Marktes (Markt für Informations- und Kommunikationstechnik) und ausschlaggebend für das sehr gute Gesamtergebnis sind die überproportional gestiegenen Umsatzerlöse. Hierdurch zeigt sich, dass die in 2020 aufgesetzten Wachstumsstrategien in das Produktportfolio erfolgreich umgesetzt wurden. Der Finanzierungsbedarf im Berichtsjahr war über ein variables Gesellschafterdarlehen sowie über langfristige Bankdarlehen ausreichend gedeckt. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Für den Markt der Informationstechnik wird nach dem Corona bedingten Einbruch wieder von einem Wachstumspfad ausgegangen: Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 108,6 Milliarden Euro und einem Wachstum von 5,9 % gegenüber dem Vorjahr wird dieser innerhalb der ITK Branche auch im Jahr 2022 wieder als Wachstumstreiber gesehen. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Coronapandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Die regio iT beabsichtigt, zukünftig den Beitrag der unternehmerischen Aktivitäten zum Gemeinwohl mittels nichtfinanzieller Leistungsindikatoren transparenter zu machen, um perspektivisch alle Geschäftsprozesse stärker an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Hierzu wurde im Berichtsjahr eine erste Bestandsaufnahme erarbeitet, um Handlungsbereiche und Kennzahlen zu identifizieren. Im Geschäftsjahr 2022 ist eine Integration in das Steuerungsmodell sowie zukünftig eine regelmäßige Darlegung vorgesehen.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2021/2022 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2022 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €):

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. €)

	2021 Ist	2022 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	149,3	140,8	-8,5	-5,7%
<i>davon</i>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	93,4	98,3	4,9	5,2%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	15,3	13,9	-1,4	-9,2%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	29,3	17,5	-11,8	-40,3%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	10,2%	9,9%	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹	81,5	85,1	3,6	4,4%
Personalkosten	49,5	53,6		
Personalkostenquote ²	33,2%	38,1%	-	-
Ergebnis vor Steuern	11,3	8,8	-2,5	-22,1%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	7,6%	6,3%	-	-

¹ Rohergebnis=(Umsatz+sonst. Ertr.+Akt.EL/BV) J. Materialaufwand

² Personalkostenquote=Personalkosten(inkl. Fremdl. Beamte) / Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 98,3 Mio. € eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Umsatzpotenziale bzw. Wachstumschancen erwarten wir in den Bereichen Virtual Desktop Infrastructure (VDI), intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service-Dienstleistungen, (digitale) Bildung sowie Portallösungen/Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen). Zudem ergeben sich auch weiterhin Umsatzpotenziale im Kundenkreis bzw. durch die übernommenen Kundenverträge des civitec Zweckverbandes. Mit der Stadt Ratingen konnte ein weiterer strategischer Full-Service-Kunde gewonnen werden.

Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 13,9 Mio. € weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2021) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Budgetrisiken entgegen, insbesondere bei der Fragestellung der Bewilligung von Fördermittel für unsere Kunden und damit auch mittelbar für die regio iT. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten wir zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich mit 17,5 Mio. € ebenfalls nach wie vor auf sehr hohem Niveau liegen werden. Trotz der positiven Marktprognose verbleibt allerdings das Risiko, dass die Hersteller der hohen Nachfrage nur mit sehr langen Lieferzeiten begegnen können, auch aufgrund Störungen der Lieferketten.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwarten wir eine Steigerung im Wesentlichen durch geplante Neueinstellungen auf 53,6 Mio. €.

In der Folge erwartet die regio iT für 2022 eine Steigerung des Rohergebnisses von 81,5 Mio. € auf 85,1 Mio. € bei einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern von 11,3 Mio. € auf 8,8 Mio. €. Dieses liegt dann um 2,5 Mio. € unter dem hervorragenden, aber auch durch Einmaleffekte geprägten Niveau des Berichtsjahres.

Zusammenfassend geht die regio iT trotz der anhaltenden Corona-Pandemie von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2022 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der regio iT ist die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Deren finanzielle Mittel sind in hohem Maße von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Der IT-Markt ist zudem äußerst wettbewerbsintensiv und die IT-Branche ist einem rasanten technologischen Wandel unterworfen. Der herrschende Wettbewerb prägt hinsichtlich hohen Preisdrucks bei gleichzeitig steigenden Anforderungen auf Produkt- und Servicequalität insbesondere den IT-Dienstleistungsbereich. Neue Technologien können sich zudem disruptiv auf das Geschäftsmodell der regio iT auswirken, z. B. wenn Softwarelieferanten durch Cloud-Technologien zu Wettbewerbern werden. Um diesen Risiken zu begegnen, passt die regio iT alle Prozesse sowie das Produktportfolio laufend den Markt-/Kundenanforderungen an. Die regio iT investiert zudem in Forschung & Entwicklung, die auf Geschäftsfelder mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial ausgerichtet sind (Cloud-Computing, E-Mobilität, Shared-Service-Dienstleistungen, Bildung etc.). In diesem Umfeld beteiligt sich die regio iT regelmäßig an Netzwerken innerhalb von mit Bundes- oder EU-Mitteln geförderten Projekten.

Die Überwachung der Geschäftsentwicklung und der damit einhergehenden Risiken ist wesentlicher Bestandteil des operativen Controllings der regio iT und des Berichtswesens. Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die konstante Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Verbindung mit wesentlichen kurzfristigen Vertragskündigungen wird derzeit als gering eingeschätzt.

Die Kunden der regio iT, Kommunen und kommunale Unternehmen, haben hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit und die Verfügbarkeit. Dies gilt auch für die regio iT selbst. Die Anzahl der Cyberangriffe und des Datendiebstahls durch kriminelle Handlungen, Sabotage und Spionage hat auch im Berichtsjahr weltweit weiter zugenommen. Cyberangriffe können zu erheblichen Beeinträchtigungen und negative Einwirkungen auf die IT-Infrastruktur der regio iT führen. Im Extremfall können Attacken auf die IT-Systeme zum vollständigen Erliegen von Arbeitsabläufen und Prozessen der regio iT führen. Risiken bestehen auch bei Ausfall der IT-Systeme aufgrund technischer Probleme oder durch sonstige negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Service-Management-Prozesse. Weiterhin bestehen Haftungsrisiken aus dem Verstoß gegen nationale und internationale Datenschutzbestimmungen. Um diese Risiken zu minimieren trifft die regio iT zahlreiche Vorkehrungen. Die Sicherheit der Informationsverarbeitung ist daher ein zentraler Aspekt aller Prozesse der regio iT. So sind die Geschäftsprozesse der regio iT entsprechend den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 sowie ISO/IEC 20000 zertifiziert. Zudem verfügt die regio iT über ein nach der strengen internationalen Norm ISO/IEC 27001 zertifiziertes Informationssicherheits-Management-System. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die getroffenen (Sicherheits-)Maßnahmen keinen ausreichenden Schutz bieten. Können Beeinträchtigungen der IT-Infrastruktur nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. In der Folge können durch Ausfälle der IT-Systeme Umsatzeinbußen, Reputationsschäden sowie Zahlungsverpflichtungen aus vertraglichen und/oder gesetzlichen Ansprüchen von Kunden, Vertragspartnern und Behörden entstehen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Projekte der regio iT zeichnen sich oft durch hohe Komplexität bei hohem Zeit- und Kostenaufwand aus. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese aufgrund von negativen Einwirkungen das definierte Projektziel verfehlen. Daher erfolgt vor der Erstellung von Angeboten grundsätzlich eine Vorkalkulation auf Basis definierter kaufmännischer Kennzahlen/Vorgaben (Deckungsbeitrag, Mindestrendite, Kapazität/Mitarbeiteräquivalente) sowie eine Prüfung der technischen und personellen Machbarkeit.

Weiterhin bestehen Risiken aus einer möglichen Verletzung von Schutzrechten Dritter. Dies kann dazu führen, dass Lizenzzahlungen erforderlich sind oder Dritte Ansprüche aus der Verletzung von Schutzrechten gegenüber der regio iT geltend machen.

Eventuellen Vertragsrisiken wird bei der regio iT durch die Verwendung von standardisierten und/oder geprüften Verträgen begegnet. Dies beinhaltet auch den Abgleich der vertraglichen Rahmenbedingungen eines möglichen Vorlieferanten mit den vertraglichen Verpflichtungen, die die regio iT mit ihren Kunden einght. Im Rahmen von ASP-Dienstleistungen (Application Service Providing) stellt die regio iT ihren Kun-

den Softwareprodukte Dritter zur Verfügung. Eine nicht vertragskonforme Erbringung des vertraglich vereinbarten Leistungsniveaus durch den Lieferanten oder dessen Ausfall könnte negative Auswirkungen auf das mit dem Kunden vertraglich vereinbarte Leistungsniveau haben. Zur Minimierung dieses Risikos setzt die regio iT auf ein stringentes Lieferantenmanagement bei wichtigen IT-Produkten. Ein verbleibendes Risiko besteht jedoch darin, dass der Markt für spezialisierte kommunale Anwendungen/Verfahren sehr klein ist und häufig keine adäquaten Alternativen bestehen.

Der Erfolg der regio iT, die zukünftige positive wirtschaftliche Entwicklung sowie die Minimierung geschäftlicher Risiken hängt entscheidend vom eigenverantwortlichen Handeln aller Mitarbeiter nach den definierten und beschriebenen Prozessen ab. Hierzu muss die regio iT hinreichend qualifiziertes Personal aufbauen, gewinnen und halten können. Demzufolge ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen.

Bei der regio iT bestehen in geringem Umfang Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken. Eine Verschlechterung der Geschäftsentwicklung bzw. der Liquidität kann für die regio iT wesentliche und möglicherweise bestandsgefährdende Risiken zur Folge haben. Daher erstellt die regio iT neben der mittelfristigen Finanzplanung auch einen monatlichen Liquiditätsplan mit rollierendem Forecast für 12 Monate.

Störungen innerhalb der bzw. zwischen den am Leistungsprozess der regio iT beteiligten Organisationseinheiten und Teilprozessen könnten zu Problemen bzw. zum Erliegen des Leistungsprozesses führen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher (technischer) Integrität, eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter IT-Dienstleistungen. Die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie und die Ende 2021 erstmals aufgetretene hochansteckende Virusvariante „Omikron“ beinhaltet weiterhin Risiken für die Geschäftsentwicklung 2022 und könnte die regio iT insbesondere durch Ausfälle und Kontaktbeschränkungen beeinträchtigen. Die regio iT begegnet diesen Risiken durch den Einsatz von mobiler IT-Ausstattung und der Nutzung von Online-Kollaborationssystemen, durch deren Einsatz in den Pandemie Jahren 2020/2021 weitestgehend stabil gearbeitet werden konnte. Bei der Akquise, Abwicklung von Projektaufträgen und bei Schulungen ist die regio iT jedoch auch auf die Verfügbarkeit der Kunden angewiesen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden und nicht zuletzt die neu gewonnenen Kunden des civitec Zweckverbands mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2022 erreicht werden.

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine wird voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Die Auswirkungen auf die regio iT sind derzeit schwer einzuschätzen.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Rehfeld, Dieter	Vorsitzender der Geschäftsführung	
Ludwigs, Dieter	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Servos, Michael Geschäftsführer	Vorsitzende/r	

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	1. stv. Vorsitzende/r	bis 16.02.2021
Schuster, Sebastian Landrat	1. stv. Vorsitzende/r	ab 16.02.2021
Erichlandwehr, Hubert Bürgermeister	2. stv. Vorsitzende/r	bis 16.02.2021
Hubert, Lothar Stellv. Betriebsratsvorsitzender	2. stv. Vorsitzende/r	ab 16.02.2021
Adenauer, Sven-Georg Landrat		
Becker, Dr. Christian Geschäftsführer		
Beckers, Friedrich Ratsherr		bis 16.02.2021
Dr. Ziemons, Michael Dezernent		ab 16.02.2021
Ehanantharajah, Rahupriyan Ratsherr		bis 16.02.2021
Emonds, Jochen Ratsmitglied Stadt Stolberg		ab 16.02.2021
Harre, Roland Ratsherr		ab 16.02.2021
Hermanns, Karl-Heinz StädteRegion Aachen		bis 16.02.2021
Hjalmar, Steffen Betriebsratsvorsitzender		ab 16.02.2021
Jacoby, Klaus-Dieter Ratsmitglied		ab 16.02.2021
Joest, Frank Stellv. Betriebsratsvorsitzender		ab 16.02.2021
Kremer, Dr. Markus Beigeordneter		
Kurzbach, Tim Oberbürgermeister		ab 16.02.2021
Lürken, Iris Ratsfrau		bis 16.02.2021
Parting, Daniela Ratsfrau		bis 16.02.2021
Pilgram, Hermann-Josef Ratsherr		
Schulz, Henning Bürgermeister		bis 16.02.2021
Thönnissen, Ulla Geschäftsführerin		bis 16.02.2021
Tillmanns, Peter Ratsherr		bis 16.02.2021
Wullen, Jörg Betriebsratsvorsitzender		ab 16.02.2021

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der regio iT Gesellschaft für informationstechnologie mbH. Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 15 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Danach müssen unter anderem Gesellschaften, die der unternehmerischen Mitbestimmung (insbesondere nach dem MitbestG oder dem DrittelbG) unterliegen, Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung festlegen. Die Geschäftsführung des Unternehmens besteht aus zwei männlichen Geschäftsführern. Für die Laufzeit der Bestellung und der Anstellungsverträge kann diese Quote nicht verändert werden. Der 15-köpfige Aufsichtsrat ist mit 15 Männern besetzt (Frauenquote: 0 %). Da die Aufsichtsräte ihr Mandat bis zur nächsten Kommunalwahl innehaben, ist auch hier in den nächsten 5 Jahren nicht mit einer Änderung zu rechnen. Bei der regio iT besteht die Besonderheit, dass es im technischen Umfeld ausgesprochen schwierig ist, weibliche Führungskräfte zu finden. So weist die 1. Führungsebene unter der Geschäftsführung 1 weibliche Führungskraft und 8 männliche Führungskräfte auf. Mithin beträgt die Frauenquote 11,11 %. Die 2. Führungsebene unter der Geschäftsführung besteht aus 36 männlichen und 3 weiblichen Führungskräften. Die Frauenquote beträgt folglich 8,33 %.

Nach der Gesetzeslage lassen sich der Status Quo für den Aufsichtsrat, die Geschäftsführungen und die 1. und 2. Führungsebene der regio iT beibehalten. Es ist geplant, sowohl für die 1. Führungsebene eine Zielgröße von mindestens 11,11 % Frauenanteil für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2025 sowie für die 2. Führungsebene den Status Quo von 8,33 % Frauenanteil für den genannten Zeitraum nicht zu unterschreiten. Selbstverständlich ist die Geschäftsführung weiterhin sehr bemüht, Frauen in Führungspositionen zu bringen und wird weiterhin die Förderung von Frauen besonders unterstützen.

3.4.1.10 d-NRW AöR

Basisdaten

Anschrift	d-NRW AöR Rheinische Str. 1 44137 Dortmund
Internet	www.d-nrw.de
E-Mail	info@d-nrw.de
Telefon	0231/22243810
Telefax	0231/22243811

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Unterstützung der Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschaften verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziele der Beteiligung sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes. Auf Grundlage des öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen erbringt die Anstalt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und öffentlichen Stellen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Träger der d-NRW AöR zum 31.12.2021 sind:

- a) Land NRW –vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium-
- b) 253 Städte und Gemeinden (VJ: 243)
- c) 28 Kreise inkl. Der StädteRegion Aachen sowie (VJ: 26)
- d) Die Landschaftsverbände LVR und LWL

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanzierungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2021 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	76	77	-2	Eigenkapital	2.810	2.800	10
Umlaufvermögen	20.520	12.935	7.585	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	3.340	1.884	1.456
				Verbindlichkeiten	14.452	8.333	6.119
Aktive Rechnungsabgrenzungen	5	4	1	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	20.601	13.017	7.585	Bilanzsumme	20.601	13.017	7.585

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der d-NRW AöR.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	51.002	28.062	22.940
3 Sonstige betriebliche Erträge	344	23	321
4 Materialaufwand	-47.342	-24.775	-22.567
5 Personalaufwand	-3.313	-2.343	-969
6 Abschreibungen	-40	-55	15
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-637	-736	100
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-31	-31	0
9 Ergebnis nach Steuern	-17	144	-160
10 Sonstige Steuern	17	-144	160
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	13,6 %	21,5 %	-7,9 %
Eigenkapitalrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	k.A.	k.A.	k.A.
Umsatzrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 62 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 43) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021

Geschäftsverlauf

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist gegenüber dem Vorjahr, das aufgrund Corona-Pandemie durch eine schwere Rezession gekennzeichnet war, in 2021 um 2,7 % gewachsen. Davon profitiert hat auch die IT-Branche, die ohnehin vergleichsweise durch die Krise gekommen ist. Die Pandemie hat auch im weiteren Verlauf dazu beigetragen, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung bildet im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Umsetzung verschiedener „nrwGOV-Projekte“, das öffentliche Auftragswesen inklusive der Umsetzung der E-Rechnung, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKFFI, die Weiterentwicklung der Online-Sicherheitsprüfung (OSiP), diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte, der Landesredaktion FIM und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

Absatz-Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die publicplan GmbH, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die d-NRW Gesellschaft für Softwareentwicklung und Beratung mbH, Düsseldorf, die GovTech Services GmbH & Co. KG, Bochum, die Detecon International GmbH, Köln, das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, sowie das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2021 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2021 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2021 im Durchschnitt 62 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war - wie bereits in den Vorjahren - die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Der Verwaltungsrat hat - korrespondierend zu der am 13.11.2020 beschlossenen Durchführung einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleistungskapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) unter Berücksichtigung des zu erwartenden Auftragsvolumens des Konjunkturpaketes des Bundes mit einer Obergrenze von bis zu 200 Mio. EUR und einer Laufzeit von 4 Jahren - im Berichtsjahr der Zuschlagserteilung über einen Rahmenvertrag zur Erbringung von Entwicklungs- und Unterstützungsleistungen mit insgesamt 34 Bietern, die sich auf 6 Lose verteilen, zugestimmt. Überdies hat der Verwaltungsrat der Durchführung von sog. Miniwettbewerben zur Ermittlung des konkreten Partners für die Umsetzung der jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW zugestimmt.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der medienbruchfreien Digitalisierung (Landtag NRW, Drucksache 17/15478) ist gemäß Artikel 5 im Berichtsjahr eine Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AöR auf den Weg gebracht worden, die maßgeblich vorsieht, dass der Anstalt durch Rechtsverordnung strategisch bedeutsame Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung zur ausschließlichen Wahrnehmung übertragen werden können. Auf der Grundlage dieses Gesetzes, das am 19.02.2022 in Kraft getreten ist, ist zu erwarten, dass die Rolle der weiterhin im Wachstum befindlichen Anstalt durch Aufgabenübertragungen zusätzlich gestärkt werden wird.

Die Umsatzsteuersonderprüfung der d-NRW AöR ist mit Bericht der zuständigen Finanzbehörde vom 04.10.2021 für abgeschlossen erklärt worden. Basierend auf den Feststellungen des Abschlussberichts konnten die Umsatzsteuerjahreserklärungen für die Jahre 2017 bis 2020 abgegeben und die sich ergebenden Nachforderungen in Höhe von insgesamt 2.041 TEUR ausgeglichen werden. Sonstige Forderungen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuernachzahlung bestehen nicht. Im Übrigen hat das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Dortmund im Dezember 2021 angekündigt, dass die Betriebsprüfung der d-NRW AöR als ergebnislos abgeschlossen wird. Die entsprechende schriftliche Mitteilung der Finanzbehörde erfolgte mit Datum vom 01.02.2022. Steuerliche Unwägbarkeiten zur ertragssteuerlichen Beurteilung des Umwandlungsprozesses zur d-NRW AöR sind damit ausgeräumt.

Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 51.002 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 28.062) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse.

Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Im Vergleich zum 31.12.2020 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 7.585 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-TEUR 460) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 3.160), erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 4.007.) sowie eine Zunahme bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+TEUR 878).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital leicht erhöht (+TEUR 10) und das Fremdkapital um +TEUR 7.575 gestiegen. Beim Fremdkapital sind vor allem die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 8.575) gewachsen. Demgegenüber sind die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 680) sowie die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (-TEUR 1.777), die sich Vorjahr im Wesentlichen aus der Umsatzsteuerpflichtigkeit ergeben hatten, im Vergleich zum 31.12.2020 verändert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 1.456). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 1.423), für „sonstige Rückstellungen“ (+TEUR 264) und Rückstellungen für Gewährleistungen (+TEUR 73). Aufgelöst werden konnten im Berichtsjahr demgegenüber die „Rückstellungen für Kulanzgewährung“ (-TEUR 310).

Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2021 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+TEUR 7.585), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 3.160) sowie von erhöhten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 4.007), auf 13,6 % (31.12.2020: 21,5 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 10.347 (31.12.2020: TEUR 7.187).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,9 % (Vorjahr; 98,7 %).

Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2021 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Online Zugangsgesetz, Wirtschafts-Service-Portal, Öffentliches Auftragswesen, E-Rechnung, nrwGOV, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Serviceportal NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meideportal und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst - soweit möglich - auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelt erhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 22.567 auf TEUR 47.342 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 637 (Vorjahr; TEUR 736) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt-z.B. Telefonkosten TEUR 21 (Vorjahr; TEUR 11), Raummiete TEUR 185 (Vorjahr; TEUR 185), Fortbildungskosten TEUR 62 (Vorjahr; TEUR 22), Rechts- und Beratungskosten TEUR 52 (Vorjahr; TEUR 74), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 11 (Vorjahr: TEUR 3), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 22 (Vorjahr: TEUR 25), Buchführungskosten TEUR 25 (Vorjahr: TEUR 28 sowie Aufwand für Gewährleistungen TEUR 73 (Vorjahr; TEUR 74).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 31) - ausgewiesen im Finanzergebnis -handelt es sich um Verwahrgeld.

Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR die noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister erneut besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite entarten. Exemplarisch ist insoweit die neue Rolle der Anstalt als sog. „Kommunalvertreter.NRW“. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, werden sich voraussichtlich durch die mit der Änderung des Errichtungsgesetzes verbundenen Möglichkeit, der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung zu übertragen, ergeben. Damit wird sich die d-NRW AöR noch stärker in die digitale Transformation einbringen können.

Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen. Perspektive Unwägbarkeiten können zudem durch die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Mai 2022 entstehen, deren Ausgang auch für die weitere Digitalisierung der Verwaltung in NRW bedeutsam sein wird.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Lienenkamp, Dr. Roger	Vorsitzende/r	
Both, Markus	Allgemeine/r Vertreter/in	

Verwaltungsrat		
Brügge, Dirk Kreisdirektor Rhein-Kreis-Neuss		
Dreyer, Simone Regierungsbeschäftigte		
Hagen, Dr. Helma Ministerialrätin		
Hamacher, Lee Ministerialdirigentin		
Jestaedt, Katharina Ministerialdirigentin		
Jägers, Diane Ministerialdirigentin		
Kopietz, Sebastian Stadtdirektor Stadt Bochum		
Kuhn, Dr. Marco Erster Beigeordneter Landkreistag NRW		
Meyer-Falcke, Prof. Dr. Andreas CIO-Beauftragter der Landesregierung für IT		
Oberheim, Dr. Heinz Ministerialrat		
Zillikens, Harald Bürgermeister Stadt Jüchen		
Ahajliu, Karim Referent Landkreistag NRW	Stellvertreter/in	
Baumann, Dr. Bernhard Bürgermeister Gemeinde Neunkirchen	Stellvertreter/in	
Brakmann, Dr. Markus Ministerialrat	Stellvertreter/in	
Flüs, Dr. Jörg Regierungsbeschäftigter	Stellvertreter/in	
Friedrich, Dagmar Ltd. Ministerialrätin	Stellvertreter/in	
Grah, Eckhard Ministerialrat	Stellvertreter/in	
Grehling, Annekathrin Stadtdirektorin & Kämmerin Stadt Aachen	Stellvertreter/in	
Happe, Andreas Ministerialdirigent	Stellvertreter/in	
Janke, Mike-Sebastian Kreisdirektor	Stellvertreter/in	
Keßen, Stefan Ltd. Städt. Direktor Stadt Hagen	Stellvertreter/in	
Klauss, Jorma Bürgermeister der Stadt Roetgen	Stellvertreter/in	
Klinken, Mareike Ministerialrätin	Stellvertreter/in	
Köster, Petra Ministerialrätin	Stellvertreter/in	
Wohland, Andreas Beigeordneter Städte & Gemeindebund NRW	Stellvertreter/in	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 41,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2021 bis 2025 erstellt.

3.4.1.11 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

Basisdaten

Anschrift	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH Friedrichstr. 149 10117 Berlin
Internet	www.pd-g.de
Telefon	03025/7679-0

Zweck der Beteiligung

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH berät die öffentliche Hand und ausländische Staaten in allen Phasen des Beschaffungsprozesses. Hierbei bietet die Gesellschaft ihre Arbeit als Beratungsunternehmen für die öffentliche Hand künftig als Inhouse-fähige Gesellschaft an. Besonderer Schwerpunkt ist dabei ein flächendeckendes Varianten-neutrales Beratungsangebot zu allen Beschaffungsvarianten auch gerade für Kommunen über den kompletten Projektzyklus von öffentlichen Investitionsvorhaben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden, ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Zu den 163 Gesellschaftern zählen neben dem Bund derzeit 11 Bundesländer, 106 kommunale Gesellschafter inklusive der kommunalen Spitzenverbände, 20 in zwei Beteiligungsvereinen organisierte Universitätskliniken, Hochschulen und kommunale Großkrankenhäuser, 11 Körperschaften, 5 Forschungseinrichtungen, 4 öffentliche Unternehmen, 2 Zweckverbände, 1 Genossenschaft, 1 Kooperation und die Republik Zypern.

Die Stadt Würselen ist mit einem Anteil von 0,05 % und einem Anteil am Stammkapital von 1.000,00 € an der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanzierungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2021 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	2.646	2.220	426	Eigenkapital	31.802	20.235	11.567
Umlaufvermögen	42.955	31.971	10.985	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	7.763	8.134	-371
				Verbindlichkeiten	6.476	6.388	87
Aktive Rechnungsabgrenzungen	440	567	-127	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	46.041	34.758	11.283	Bilanzsumme	46.041	34.758	11.283

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	93.702	63.452	30.250
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	338	1.409	-1.071
3 Sonstige betriebliche Erträge	50	148	-98
4 Materialaufwand	-20.871	-16.788	-4.083
5 Personalaufwand	-42.458	-29.748	-12.710
6 Abschreibungen	-1.216	-749	-467
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.272	-8.390	-2.883
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-74	-15	-58
9 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-5.496	-3.015	-2.481
10 Ergebnis nach Steuern	12.704	6.303	6.401
11 Sonstige Steuern	0	-1	0
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12.704	6.303	6.401

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	69,1 %	58,2 %	10,9 %
Eigenkapitalrentabilität	39,9 %	31,1 %	8,8 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	44,8 %	71,8 %	-27,0 %
Umsatzrentabilität	13,6 %	9,9 %	3,6 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 519 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 355) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch in 2021 sehr erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft die im Wirtschaftsplan 2021 konkretisierten Wachstumserwartungen voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau, Infrastruktur,

Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in 2018 bzw. 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich im Berichtsjahr weiter überaus positiv. Sie ermöglichen eine größere Kunden- nähe, damit eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Neben den etablier- ten Betriebsstätten und dem bereits in 2020 eröffneten Hamburger Büro kamen mit Wiesbaden und Nürn- berg in 2021 zwei weitere Bürostandorte hinzu.

Die Weiterentwicklung des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung zu einer vernetzten, Exper- tise-orientierten Geschäftsorganisation wurde und wird zielgerichtet fortgesetzt.

Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wird gezielt auf Regionalisierung der Be- ratungsangebote und Zukunftsthemen wie Nachhaltiges Bauen und Betreiben, die Digitalisierung des Bau- wesens (BIM: Building - Information - Modeling) oder auch die Exploration von innovativen/ beschleunigten Verfahrenswegen des Bauens gesetzt. Weitere wichtige Aktionsbereiche sind der Wohnungsbau und die Ausdifferenzierung der Beratungstätigkeiten für einen künftigen Marktbereich Umwelt. So kann dazu bei- getragen werden, den massiven investitionsstau der öffentlichen Hand zu verringern und es werden gleich- zeitig Impulse für eine fortgesetzt nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gegeben.

Die Geschäftsführer Stephane Beemelmans und Claus Wechselmann zeichneten im Geschäftsjahr 2021 für folgende Bereiche Verantwortung:

Stephane Beemelmans	Claus Wechselmann
Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung	Strategische Verwaltungsmodernisierung
<p>Bis zum 01.05.2021: Finanzen, IT-Betrieb / Orga- nisation, Recht/Gesellschafterbetreuung (inkl. Datenschutz), CDOO, Digitalisierung/Sicherheit/ interne Projekte, IT-Sicherheit, interne Revision</p> <p>Ab dem 01.05.2021: Finanzen, Recht, Gesell- schafterbetreuung, Vergabestelle, interne Revi- sion</p>	<p>Bis zum 01.05.2021: Personal, Marketing & Kom- munikation (inkl. Lektorat und Qualitätssiche- rung), interne Revision</p> <p>Ab dem 01.05.2021: Personal, Marketing & Kom- munikation (inkl. Lektorat und Qualitätssiche- rung), Digitalisierung & IT, Einkauf & Facilities, interne Revision</p>

Im Geschäftsjahr 2021 gehörten der Geschäftsleitung an: Aus dem Bereich „Bau, Infrastruktur und Kom- munalberatung" Herr Dr. Norbert Ahrend (bis zum 1. Mai 2021), Herr Karl-Heinz Heller und Herr Dr. Uwe Schmidt, sowie aus dem Bereich „Strategische Verwaltungsmodernisierung" Frau Yvonne Balzer, Herr Dr. Sebastian Muschter, Herr Dr. Norbert Ahrend (ab dem 1. Mai 2021) und Herr Dr. Peter-Roman Persch.

Die zivilrechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern sind in der jeweils abge- schlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt. Der Gesellschafterkreis wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren dynamisch entwickeln.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2021 mit einem Jahresüberschuss von rd. 12.704 T€ abgeschlossen und liegt damit um 5.144 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das Jahresergebnis um 6.401 T€.

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftrags- volumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommu- nalen Bereich, weiter auszuweiten.

Mit Steigerung der Gesamtleistung sind auch die Gesamtaufwendungen angestiegen. Ein wesentlicher Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalaufwendungen aufgrund des erneuten überplanmäßigen Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Des Weiteren erhöhten sich die Mietkosten aufgrund neuer Bürostandorte in Wiesbaden und Nürnberg sowie für zusätzliche Büroflächen in Berlin. Mit dem Aufbau an Personal und Büroflächen waren auch zusätzliche Aufwendungen für die Büroausstattung und sonstige betriebliche Aufwendungen notwendig.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Jahres 2021 über direkte Geldmittel in Höhe von 23,3 Mio. €. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten keine Anlagen in Termin- oder Tagesgeldern. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 8,2 Mio. € angestiegen, was insbesondere durch den sehr guten Jahresüberschuss erreicht wurde. Verstärkt wurde dieser Effekt durch den Verzicht auf die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2020.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hat sich um 14,7% (+1.461 T€) erhöht. Angestiegen sind auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 1.310 T€ auf 1.950 T€. Im Voraus einer gleich zum Vorjahr reduzierten sich die Rückstellungen um 371 T€. Die Reduzierung ergibt sich verringerten Steuerrückstellung (-1.329 T€) und der Erhöhung im Bereich sonstigen Rückstellungen (+958 T€), insbesondere für Tantieme und Personalkosten.

Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2021) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 31,8 Mio. € bei rund 69,1% der Bilanzsumme und damit 11.283 T€ bzw. 32,5% über dem Vorjahreswert. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 12,0-fachen des Anlagevermögens.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung von Gesamtleistung und operativem Jahresergebnis deutlich übertroffen. Damit einhergehend sind gegenüber der Prognose weiterhin hohe Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen sowie überplanmäßige Personalaufwendungen durch den starken Anstieg des Personalkörpers angefallen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen in der Berichtsperiode gegenüber der Vorjahresprognose auf Grund von hohen Personalbeschaffungskosten und bezogenen Leistungen durch externe Dienstleister. Weiterhin hatte die anhaltende Corona-Pandemie Auswirkungen auf die betrieblichen Abläufe. Daraus resultierten auch im Berichtsjahr Verschiebungen in den betrieblichen Aufwendungen. Während die Weiterbildungsmaßnahmen größtenteils digital stattfanden und die Reiseintensität auf das Nötigste beschränkt wurde blieb die Homeoffice-Tätigkeit der PD-Mitarbeitenden konstant hoch. Dies führte im Ergebnis zu relativ gesunkenen betrieblichen Aufwendungen für Mieten, Weiterbildung, Reisekosten und Büromaterial.

Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern betrug im Geschäftsjahr 2021 rund 18.313 T€ und liegt damit um 7.385 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Ergebnis vor Zinsen und Steuern mit 8.979 T€ übertroffen.

Der Cash-Flow betrug insgesamt 8.211 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 23.300 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 11.093 T€ und aus der Investitionstätigkeit -1.745 T€. Aufgrund des Anteilsrückkaufs (5.685 Anteile) vom Bund weist der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 1.137 T€ aus. Gewinnausschüttungen für 2020 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß nicht.

Die PD hat während des Geschäftsjahres 2021 durchschnittlich 520 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 355 im Geschäftsjahr 2020.

Zur Förderung einer positiven Arbeitsumgebung und zur Mitarbeiterförderung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen und fortgeführt, z.B.

- Der bereits im letzten Jahr auf digitale Formate angepasste Onboarding-Ablauf wurde im Sommer 2021 nochmals überarbeitet um allen Beteiligten eine bessere Planbarkeit sowie eine bessere dramaturgische Abfolge der einzelnen, circa einstündigen Onboarding-Events anbieten zu können.
- Das Basis-Curriculum (bisher als Berater-Curriculum bekannt), als fester Bestandteil des Personalentwicklungskonzeptes, wurde im ersten Halbjahr 2021 erweitert, komplettiert, evaluiert und durch multifaktorielle Feedbackprozesse umfassend qualitätsgesichert. Ferner arbeitet die PD an der Implementierung eines Aufbau-Curriculums.
- Das Rollen- und Kompetenzmodell wird weiterhin der wachsenden Struktur der PD und dem Bedarf nach zielgerichteter Personalentwicklung und transparenteren Evaluations- und Beförderungskriterien angepasst.
- Am 1. Juli 2021 startete im Geschäftsbereich SVM der SVM-Campus. Die PD investiert mit der Implementierung des SVM-Campus in die Entwicklung ihrer Consultants und Senior Consultants und konkretisiert deren Entwicklungspfad. Hierbei steht die Förderung einer breiten und integrierten Grundausbildung zu exzellenten Beratern und Beraterinnen der öffentlichen Hand mit den zwei Standbeinen Beratungsexzellenz und Verwaltungskompetenz im Fokus.
- Im Herbst 2021 wurden die Abschlussevents der ersten Führungskräfteentwicklungstrainings mit dem externen Partner Egon Zehnder durchgeführt. Auf Basis der Erkenntnisse wird derzeit an einem Konzept für ein PD-spezifisches und entwicklungsorientiertes Führungskräfteprogramm gearbeitet.
- Es finden weiterhin jährliche Zielvereinbarungs-/ Personalentwicklungsgespräche mit allen Beschäftigten statt.
- Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.
- Die PD fördert weiterhin die Gleichstellungskultur um - insbesondere im Beratungsbereich - den Anteil von Frauen zu steigern, vor allem durch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf z.B. durch Teilzeitmöglichkeiten oder Entwicklungspläne, die Unterbrechungen wegen Elternzeit berücksichtigen. Die gendergerechte Sprache wurde Ende 2020 bei der PD eingeführt. Somit setzt sich die PD das Ziel, geschlechterdifferenziert und gleichstellungsorientiert in Sprache und Schrift zu formulieren. Zur Weiterentwicklung der Diversitätsarbeit innerhalb der PD und der Verankerung des Themas Vielfalt in der Unternehmenskultur wurde von der AG Diversität ein Entwurf für ein Diversity-Konzept erstellt, für dessen professionalisierte Umsetzung nach Unterstützung gesucht wurde.
- Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement wurde fortgeführt. Die Maßnahmen dienen dem Ziel, die langfristige Erhaltung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter fördern und damit krankheitsbedingte Abwesenheiten oder Einschränkungen in der Produktivität zu reduzieren. Darüber hinaus sollen die Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiter und damit die Mitarbeiterbindung erhöht werden. Auch wurden im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements sowohl Covid-19-Impfungen wie Gripeschutzimpfungen angeboten und zudem ein Web Based Training zur Arbeitssicherheit durchgeführt.
- Der sonst jährlich stattfindende StaffDay fand in 2021 pandemiebedingt in Form eines virtuellen Jahresausklangs statt, wo über aktuelle Themen berichtet wurde. Zusätzlich fanden im Sommer die jeweiligen Geschäftsbereichstreffen statt, die einen vertieften Einblick in die Entwicklungen bei SVM und BIK gaben und zur Vernetzung der Teams dienten.
- Des Weiteren wurde in diesem herausfordernden Jahr das Teambuilding und die soziale Verbundenheit über eine Auswahl an verschiedenen virtuellen Formaten gefördert.
- Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013 und unterstützt andere öffentliche Unternehmen als Mentor. Der Austausch in weiteren Netzwerken trägt zum Aufbau und der Verbreitung der Initiativen bei.
- Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens.

- Im Rahmen des ökologischen Engagements hat die PD seit 2016 jährlich heimische Bäume in der Region Brandenburg und erstmalig 2019 in der Region Nordrhein-Westfalen gepflanzt. 2020 wurde an einer Waldsäuberungsaktion teilgenommen und in 2021 fand an den Standorten Berlin, Düsseldorf und Frankfurt ein PD Social Nature Day statt, bei denen u.a. ein Moor winterfest gemacht wurde und das Rheinufer und ein Teil des Jakobswegs von Müll befreit wurden.

- Während der Büro- und Beraterarbeit achtet die PD auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzt - wenn immer möglich - alternative Besprechungsmedien.

Prognose- und Chancenbericht

Die PD sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und zum anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in Themenfeldern wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen.

Neben der Umsetzungsbegleitung von Großprojekten und komplexen Immobilienvorhaben steht die Strategie- und Organisationsberatung der Verwaltung bei wichtigen Innovations-, Modernisierungs- und Beschaffungsprojekten im Fokus. Darüber hinaus werden die Kommunalberatung und das Gesundheitswesen weiterhin einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bilden. Im Bereich Gesundheitswesen steht die Umsetzung von baulichen Masterplänen oder die Ausstattung mit innovativer Medizintechnik im Mittelpunkt, die häufig durch komplexe Partnerschaftsmodelle abgebildet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Investitionsberatung, da der immense Investitionsbedarf der öffentlichen Infrastruktur in Übereinstimmung mit den gängigen Verfahren und Vorschriften der Haushaltsaufstellung und -führung abgewickelt werden muss. Neue Wachstumschancen werden im Ausbau der Geschäftstätigkeiten in den Aufgabenfeldern Umwelt und Wohnungsbau gesehen, die in 2022 als eigenständige Marktbereiche etabliert werden. Für 2022 ist zunächst die Eröffnung eines Büros in München geplant, um hier Büroarbeitsplätze für eine begrenzte Anzahl an Mitarbeitenden in Kundennähe zur Verfügung zu stellen.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2022, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2021 beschlossen wurde, und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2023-2026 sehen für das Gesamtunternehmen ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Dabei wird im Zeitraum 2022-2026 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 37% erwartet.

Für das Jahr 2022 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Anteil der Eigenleistung steigt gegenüber dem Berichtsjahr um ca. 20%. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau des Berichtsjahres zum Tragen. Aufgrund der Anpassung der Kosten im Verhältnis zum stetigen Wachstum des Geschäftsvolumens der PD in einem Umfeld ohne Coronabeschränkungen wird das operative Ergebnis im Jahr 2022 deutlich niedriger angenommen als im Jahr 2021. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, Personalentwicklung sowie die damit einhergehende Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch die notwendigen Standortvergrößerungen, die Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Standortinvestitionen begründet. Eine kostenseitige Anpassung auf das weitere Mitarbeitendenwachstum ist für die Weichenstellung und zukünftige Entwicklung der PD in 2022 zwingend erforderlich.

Die weltweite Coronakrise hat beginnend mit den bundesweiten Schutzmaßnahmen ab März 2020 Auswirkungen auf den operativen Geschäftsablauf bei der PD, Die Reisetätigkeit zu den Kunden wurde in enger Abstimmung nahezu vollständig reduziert und die Mitarbeitenden arbeiten überwiegend im Homeoffice. Durch die Ausweitung moderner digitaler Kommunikationsmittel können die genannten Einschränkungen kompensiert und die geschäftlichen Aktivitäten nahezu unterbrechungsfrei fortgesetzt werden. Bei Projektanfragen und im Auftragseingang spiegeln sich die geänderten Rahmenbedingungen thematisch wider.

Durch die öffentlichen Auftraggeber ist die Auswirkung der Krise auf die Geschäftsentwicklung im laufenden Jahr eher als gering einzustufen. Dabei muss aber die Lage bzgl. der kommunalen Gesellschafter genau beobachtet werden, die vor dramatischen Einnahmefällen im Bereich der Steuereinnahmen zu stehen scheinen. Mit negativen Auswirkungen auf die Liquidität des Unternehmens ist in Bezug auf die Kundenstruktur derzeit nicht zu rechnen.

Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie Kosten zu senken.

Risiken im Beratungsgeschäft sind:

- Externe Risiken durch Rahmenbedingungen und Markteinflüsse, die nicht unmittelbar beeinflusst den können. Dies sind vor allem Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage, dem Wettbewerb, der Konjunktur oder Pandemien.
- Interne Risiken, die durch Entscheidungen und Handlungen der Gesellschaft selbst bedingt sind. Dazu zählen Risiken aus der Leistungserstellung, Im finanzwirtschaftlichen Bereich, informationstechnische Risiken oder aus der Organisation und dem Management des Unternehmens. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar.

Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden diese fortlaufend bewertet.

Die Bewertung erfolgt üblicherweise in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt. Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt die Gesellschaft wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein.

Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zelterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren.

Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationmöglichkeiten (z. B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Auch wurde eine interne Revision im Unternehmen aufgebaut. Die Risikogewichtung und deren Eintrittswahrscheinlichkeit werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Einbeziehung von Erfahrungswerten und Prognosen vorgenommen. Über das Ergebnis der Prüfung wird dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Beemelmans, Stéphane Jurist	Geschäftsführung	
Wechselmann, Claus Kommunikationswissenschaftler	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Gatzer, Werner Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen	Vorsitzende/r	
Bohle, Anne Katrin Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat	1. stv. Vorsitzende/r	
Damm, Elmar Abteilungsleiter IV im Hessischen Ministerium der Finanzen		ab 27.04.2021
Deix, Wolfgang Senior Manager bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH		ab 09.09.2021
Flasbarth, Jochen Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit		ab 27.04.2021
Göppert, Verena Deutscher Städtetag		
Hansmann, Prof. Dr. Marc energcity, Vorstand der Stadtwerke Hannover AG		bis 27.04.2021
Kibele, Dr. Babette Abteilungsleiterin I im Bundeskanzleramt		bis 27.04.2021
Klesse, Dr. Astrid Unterabteilungsleiterin I A im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie		
Mangelsdorff, Dr. Lukas Abteilungsleiter IV im Ministerium der Finanzen des Landes NRW		ab 27.04.2021
Michel, Corinna Senior Consultant bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH		ab 09.09.2021
Munoz, Tatiana Senior Consultant bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH		ab 09.09.2021
Offermann, Jens Markus Finanzpräsident; Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main		bis 27.04.2021
Rehfeld, Dieter Vorsitzender der Geschäftsführung der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh		ab 27.04.2021
Scholz, Prof. Dr. Jens Vorstandsvorsitzender Universitätsklinikum		
Waßmuth, Melissa Managerin bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH		ab 09.09.2021
Wilkens, Jan Senior Manager bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH		ab 09.09.2021
Zimmermann, Uwe Stellv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes		ab 27.04.2021

Beirat		
Fietz, Paul Johannes Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Vorsitzender	Vorsitzende/r	
Klug, Gabriele C. Rechtsanwältin, Stadtkämmerin a.D.	1. stv. Vorsitzende/r	
Däbritz, Dr. Jessica Abteilungsleiterin KM (Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz) im Bundesministerium des Innern und für Heimat		
Dörk, Karina Landrätin des Landkreises Uckermark		
Fischedick, Dr. Walter Abteilungsleiter im Hessischen Ministerium für Di- gitale Strategie und Entwicklung		
Flügge, Dr. Matthias Chief Digital Officer der Deutschen Rentenversi- cherung Bund		
Goepfert, Dr. Andreas Geschäftsführer des Städtischen Klinikums Braunschweig gGmbH		
Klingen, Reinhard Abteilungsleiter im Bundesministerium für Ver- kehr und digitale Infrastruktur		
Messner, Prof. Dr. Dirk Präsident des Umweltbundesamts		
Mildenberger, Tanja Abteilungsleiterin im Bundesministerium der Fi- nanzen		
Riedel, Harald Kämmerer der Stadt Nürnberg		
Ruge, Dr. Kay Beigeordneter des Deutschen Landkreistags		
Schmidt, Hermann Josef Bürgermeister der Gemeinde Tholey		
Schoeps, Dr. Stephan Stellvertreter des Inspektors des Sanitätsdiens- tes der Bundeswehr		
Willems, Gabriele Geschäftsführerin des Bau- und Liegenschaftsbe- triebs Nordrhein-Westfalen		

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 15 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 40,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die PD hat keinen offiziellen Gleichstellungsplan. Da es sich bei der PD um keine Behörde handelt, ist sie gesetzlich hierzu nicht verpflichtet. Im Gesellschaftsvertrag wird nicht auf Landesgleichstellungsgesetze hingewiesen.

Als Unternehmen hat sich die PD jedoch darüber hinaus diverse Ziele in Bezug auf Gleichstellung gesteckt (Parität, Nachhaltigkeitsziele, etc.). Die Gleichstellung der Geschlechter ist der PD ein großes Anliegen. So hat z.B. der Anteil der Frauen in Führungsposition bei der PD stetig zugenommen.

3.4.1.12 Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung

Basisdaten

Anschrift	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung Mariadorfer Straße 5 52249 Eschweiler
Internet	www.regioentsorgung.de
E-Mail	info@regioentsorgung.de
Telefon	02403/5550600
Telefax	02403/5550689

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist, die den Verbandsmitgliedern als öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern nach den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sowie des Landesabfallgesetzes NRW zugewiesenen Aufgaben in eigener Zuständigkeit wahrzunehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband RegioEntsorgung hat zur Wahrnehmung seiner ihm von den Kommunen übertragenen Aufgaben gemäß § 114a GO NRW das Kommunalunternehmen als Anstalt des öffentlichen Rechts RegioEntsorgung, Anstalt des öffentlichen Rechts“ gegründet und die von den Kommunen übertragenen Aufgaben insgesamt und mit befreiender Wirkung auf das Kommunalunternehmen übertragen. Das Kommunalunternehmen übernimmt insoweit die Pflichten des Zweckverbandes als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, ist allein verantwortlicher Aufgabenträger, soweit ihm Aufgaben vom Zweckverband übertragen wurden und verfolgt das Ziel der Vereinheitlichung der Entsorgungsstrukturen. Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 GO NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	15,0	6,25 %
Stadt Stolberg	12,9	6,25 %
Gemeinde Roetgen	12,9	6,25 %
Gemeinde Simmerath	12,9	6,25 %
Stadt Monschau	12,9	6,25 %
Stadt Herzogenrath	12,9	6,25 %
Stadt Eschweiler	6,3	6,25 %
Stadt Alsdorf	6,3	6,25 %
Stadt Baesweiler	6,3	6,25 %
Gemeinde Inden	6,3	6,25 %
Gemeinde Langerwehe	6,3	6,25 %
Stadt Linnich	6,3	6,25 %
Gemeinde Niederzier	6,3	6,25 %
Stadt Geilenkirchen	6,3	6,25 %
Gemeinde Nideggen	6,3	6,25 %
Gemeinde Vettweiß	6,3	6,25 %

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
RegioEntsorgung AöR	25,0	100,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Finanzierung der übertragenen Aufgaben erhält die RegioEntsorgung AöR vom Entsorgungszweckverband eine Zuweisung, die jährlich im Rahmen der Wirtschaftsplanung festzulegen ist.

Die Höhe der Zuweisung bemisst sich nach den kalkulatorischen Kosten gem. Wirtschaftsplan, die für die Aufgabenerfüllung auf dem jeweiligen Stadtgebiet des Verbandsmitgliedes anfallen. Die Umlage für die Stadt Würselen betrug im Geschäftsjahr 2021 2.898.278,00 EUR.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	25	25	0	Eigenkapital	100	100	0
Umlaufvermögen	2.970	1.552	1.418	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	7	8	-1
				Verbindlichkeiten	2.888	1.469	1.419
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	2.995	1.577	1.418	Bilanzsumme	2.995	1.577	1.418

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und dem Zweckverband RegioEntsorgung.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	25.369	25.875	-506
2 Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
3 Materialaufwand	-25.346	-25.858	512
4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-22	-16	-5
5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-1	-1
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	3,3 %	6,3 %	-3,0 %
Eigenkapitalrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	k.A.	k.A.	k.A.
Umsatzrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.

Personalbestand

Der Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung beschäftigt kein eigenes Personal. Das zur Durchführung der Aufgaben erforderliche Personal ist in der durch den Zweckverband gegründeten RegioEntsorgung AöR angestellt, auf die die Aufgaben mit befreiender Wirkung übertragen wurden.

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stand nach dem Krisenjahr 2020 im Jahr 2021 zunächst im Zeichen der konjunkturellen Erholung. Diese Erholung wurde durch Materialmangel und Lieferengpässe jedoch zunehmend gebremst. Die Abfallwirtschaft ist von diesen Schwierigkeiten jedoch wenig betroffen. Die Umsätze in der Entsorgungsbranche weisen eine jährlich steigende Tendenz auf. Gleichzeitig nimmt die Anzahl der Unternehmen und Beschäftigten in der Entsorgungswirtschaft, die überwiegend mittelständisch geprägt ist, weiter zu. Prognosen weisen darauf hin, dass die Corona-Krise der positiven Entwicklung entgegenwirkt. Langfristig wird jedoch davon ausgegangen, dass sich der steigende Trend fortsetzen wird.

Die deutsche Abfallwirtschaft gilt international als technologisch hoch entwickelt. Kaum ein anderes Land verzeichnet eine so hohe Recyclingquote wie Deutschland. Rund 70 Prozent der Hauptabfallströme werden mit unterschiedlichsten technischen Verfahren recycelt. Die gesetzliche Grundlage der Abfallentsorgung in Deutschland ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). Als Rahmen der Regelungen dient das Ziel des Umweltschutzes. So ist die Kreislaufwirtschaft auf Abfallvermeidung, Recycling und Abfallbeseitigung ausgerichtet.

Die Abfallwirtschaft ist in Deutschland per Gesetz den öffentlich-rechtlichen Entsorgungskörperschaften (örE), in der Regel den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten, übertragen. Vor diesem Hintergrund fungiert der Entsorgungszweckverband zusammen mit der RegioEntsorgung AöR als örE und fasst damit die öffentlich-rechtlichen abfallwirtschaftlichen Aufgaben der Verbandsmitglieder zusammen.

Die langjährigen Diskussionen darüber, ob es kostengünstiger wäre, die Abfallentsorgung kommunalen oder privatwirtschaftlichen Unternehmen zu überlassen, haben sich bisher für die RegioEntsorgung nicht ausgewirkt. Ganz im Gegenteil hat sich das kommunale Konzept der Mitbestimmung durch Eigentumsanteil bei den Kommunen des Kreises Düren und der Städteregion Aachen als erfolgreich herumgesprochen. Dies zeigen der Beitritt der Gemeinde Nörvenich zum 01.01.2023 sowie weitere Gespräche mit Kommunen, auch wenn diese bisher noch nicht unmittelbar zu Beitrittsentscheidungen geführt haben.

Geschäftsverlauf

Im März wurde die 7. Änderungssatzung für das Kommunalunternehmen RegioEntsorgung AöR beschlossen. Mit dieser Änderung wurde die Satzung für das Kommunalunternehmen an die Verbandssatzung sowie an kommunalverfassungsgesetzliche Änderungen angepasst.

Im September stellte der Abfallwirtschaftsbeirat Nordost einen Antrag zur Hausmüllanalyse in den Kommunen Inden, Langerwehe, Linnich, Niederzier und Vettweiß, da diese Kommunen ein besonders hohes Restmüllaufkommen aufweisen. Nach Beratung mit dem Ausschuss für Strukturfragen wurde dieser Antrag aufgrund der daraus resultierenden Kostenbelastung zunächst abgelehnt. Der Vorstand der RegioEntsorgung AöR solle hierzu nochmal beraten.

Während die Sitzungen der Verbandsversammlung analog zu den Sitzungen des Verwaltungsrates im Hause der RegioEntsorgung AöR stattfanden, wurden aufgrund der höheren Teilnehmerzahlen sowie der Maßnahmen zum Schutz vor Infizierungen mit dem Coronavirus Sars CoV 2 für die Sitzungen des Ausschusses für Strukturfragen und der regionalen Abfallwirtschaftsbeiräte vermehrt externe Räumlichkeiten angemietet. Dies führte entsprechend zu höheren Gremienkosten.

Da der Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung die ihm übertragenen abfallwirtschaftlichen Aufgaben seiner Mitgliedskommunen mit befreiender Wirkung auf die RegioEntsorgung AöR übertragen hat, ist der Geschäftsverlauf ganz überwiegend von den von der AöR erbrachten Entsorgungsleistungen, die den Verbandsmitgliedern über den Zweckverband in Form einer Umlage weiterbelastet werden, und in geringem Umfang von der eigenen Verwaltungstätigkeit geprägt. Wesentliche Besonderheiten sind insoweit im Wirtschaftsjahr 2021 nicht zu verzeichnen gewesen.

Prognosebericht

Die geplanten Umlagen der Kommunen an den Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung für das Wirtschaftsjahr 2022 betragen 26.673 T€. Entsprechend den Rahmenbedingungen bilden auf der Aufwandsseite die Zuweisungen an die AöR mit 26.656 T€ den größten Posten. Die weiteren geplanten Aufwendungen in Höhe von 25.750 € betreffen Kosten für Gremiensitzungen sowie Prüfungskosten. Diese Kosten abzüglich der Überdeckung aus dem Wirtschaftsjahr 2020 in Höhe von 8.869 € bilden die Umlage für Verwaltungskosten (16.881 €).

Aufgrund der kontinuierlich steigenden Inflationsrate (siehe Ausführungen im Risikobericht) ist die aktuelle Einschätzung des Vorstandsvorsitzenden, dass die Aufwendungen des Wirtschaftsjahres 2022 - insbesondere die Zuweisungen an die AöR - etwas höher ausfallen werden als ursprünglich geplant.

Chancen- und Risikobericht

Die Erweiterung des Tätigkeitsgebiets und die Vergrößerung des Verbandsgebiets liegen weiter im Fokus des Entsorgungszweckverbandes. Wiederkehrende Anfragen von Kommunen zeigen, dass weiterhin ein Interesse an dem Zweckverband RegioEntsorgung und der RegioEntsorgung AöR besteht. Zum 01.01.2023 tritt mit der Gemeinde Nörvenich ein neues Verbandsmitglied bei.

Die Zielsetzung des Risikomanagements ist es, bestehende und mögliche Risiken für alle Bereiche eines Unternehmens zu identifizieren, sie kontextspezifisch zu bewerten sowie daraus abgeleitet strategische Maßnahmen zur Reduzierung, Vermeidung oder Kompensation von Risiken festzulegen. Darüber hinaus ist ein wesentlicher Bestandteil des Risikomanagements, die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen durch Kontrollmechanismen sicherzustellen.

Der Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung stellt keinen eigenen Risikobericht auf. Durch die vorliegenden Strukturen und Rahmenbedingungen wird der ZRE wesentlich durch die Risiken der RegioEntsorgung AöR beeinflusst.

Aktuell gibt es folgende bedeutsame Risiken bei der RegioEntsorgung:

Ein Strategierisiko besteht darin, dass Rechtsnormen erlassen oder Gerichtsurteile auf EU-, Bundes- oder Landesebene gefällt werden, die Auswirkungen auf Kernprozesse des Unternehmens haben. Die Einflussmöglichkeit des Unternehmens auf das Normsetzungs- bzw. Gerichtsverfahren ist stark eingeschränkt bzw. gar nicht vorhanden. Eine Liberalisierung der Abfallbeseitigung wird immer wieder diskutiert und stellt ein schwerwiegendes Risiko dar. Die Rechtslage muss beobachtet werden, insbesondere VerpackG und ElektroG. Das Tarifreuegesetz NRW stärkt - auch in der novellierten Fassung - die Position der RegioEntsorgung AöR im Wettbewerb. Die Bedeutung der Änderungen des Landesabfallgesetzes ist noch unklar.

Ein weiteres strategisches Risiko besteht, wenn die Kommunalpolitik in Bezug auf die Entsorgung andere Ziele verfolgt als das Unternehmen. Als Ursache kommt in einem solchen Fall die Änderung der politischen Situation in einer oder mehreren am Unternehmen beteiligten Kommunen in Betracht. Das Risiko des Ausschierens einer oder mehrerer Kommunen ist latent vorhanden, aber Haftungs- und Übernahmerisiko für Personal sowie das Risiko der Erfüllung des langjährigen Mietvertrages trägt die ausschierende Kommune anteilig mit. Über den Vorstand und die Mitglieder der Gremien der RegioEntsorgung AöR besteht eine enge Verflechtung mit der Kommunalpolitik. Es herrscht Personalunion zwischen Verwaltungsrat und Verbandsversammlung. Außerdem gibt es formellen Kontakt mit dem Verwaltungsrat über den Ausschuss für Strukturfragen.

Auch die Änderung der regionalen Rechtslage stellt ein Risiko dar. Es werden auf Ebene des ZEW Abfallwirtschaftskonzepte und Satzungen erlassen, die Auswirkungen auf die Erfassungslogistik haben können. Weiterhin werden Gerichtsurteile gefällt, die konkret das Unternehmen betreffen. Die Einflussmöglichkeit des Unternehmens auf Normsetzungs- bzw. Gerichtsverfahren ist nur bedingt vorhanden. Auch hier muss die politische Entscheidungs- und Rechtslage beobachtet werden.

Die aktuelle, durch Sars-CoV-2 ausgelöste Pandemie beeinflusst das Unternehmen auf mannigfaltige Weise. Die Situation wirkt sich insbesondere auf alle Personalrisiken aus. Dies strahlt auf die Organisation und die Ergebnisse sämtlicher Leistungserbringungen aus. In diesem Risiko wird die veränderte Bewertung der betroffenen Risiken kumuliert.

Das Unternehmen hat entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen, sodass die Ausbreitung des Virus so gut wie möglich verhindert wird und die maßgebliche betriebliche Infrastruktur (Einsatzleitung, Werkstatt, IT) aufrechterhalten werden kann. Beispielsweise wurden Sanitärcontainer im Außenbereich aufgestellt und den Mitarbeitern werden zwei Selbsttests pro Woche zur Verfügung gestellt. Es besteht dennoch weiterhin das Risiko, dass ganze Teams ausfallen und während der Genesung bzw. Quarantäne ersetzt werden müssen. Pläne hierfür existieren.

Ebenfalls pandemiebedingt hat sich der Alttextilmarkt noch nicht erholt, sodass die RegioEntsorgung Verträge verlängern musste und nicht neu ausschreiben konnte.

Die durch die Ukraine-Krise bedingten außerordentlichen Preissteigerungen bei den Energiekosten werden auch bei der RegioEntsorgung AöR zu höheren Kosten führen. Der Ukraine-Konflikt verteuert auch die Beschaffung von anderen Materialien und Dienstleistungen stärker als geplant und verschärft die bereits vorhandenen Störungen der Lieferketten zusätzlich. Hierdurch sowie durch die 2022 deutlich gestiegene Inflationsrate werden sich Verzögerungen und Preissteigerungen bei der Beschaffung der betroffenen Materialien und Dienstleistungen ergeben.

Das Risiko der Kostenerhöhungen würde sich darüber hinaus weiter verschärfen, sollte zum 01.01.2023 die geplante CO₂-Abgabe auf die bei der Verbrennung von Restmüll freigesetzten CO₂-Emissionen in Kraft treten.

Höhere Aufwendungen der RegioEntsorgung AöR haben auch höhere Zuweisungen, also höhere Materialaufwendungen des ZRE, zur Folge. Dies wiederum führt zu höheren Umlagen der Verbandsmitglieder.

Gesamtaussage

Der Zweckverband RegioEntsorgung zeigt sich weiterhin gefestigt am Markt. Die Umlagen und die damit verbundenen Zuweisungen sind 2021 moderat gestiegen. Dies liegt hauptsächlich an Kostensteigerungen für Entsorgungskosten, welche auch im Wirtschaftsplan 2021 berücksichtigt wurden. Das Ergebnis bleibt auch in Folgejahren ausgeglichen.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsvorsteher		
Klauss, Jorma Bürgermeister der Stadt Roetgen		
Kunth, Joachim Bürgermeister der Gemeinde Vettweiß	Stellvertreter/in	

Verbandsversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Vorsitzende/r	
Schunck-Zenker, Marion Bürgermeisterin der Stadt Linnich	1. stv. Vorsitzende/r	
Dr. Fadavian, Benjamin Bürgermeister Herzogenrath		
Froesch, Pierre Bürgermeister Baesweiler		
Goffart, Bernd Bürgermeister Simmerath		
Haas, Patrick Bürgermeister Stolberg		
Klauss, Jorma Bürgermeister der Stadt Roetgen		
Kunth, Joachim Bürgermeister der Gemeinde Vettweiß		
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Eschweiler		
Mertens, Silvia Bürgermeisterin Monschau		
Münstermann, Peter Bürgermeister Langerwehe		
Pfennings, Stefan Bürgermeister Inden		
Rombey, Frank Bürgermeister Niederzier		
Schmunkamp, Marco Bürgermeister der Stadt Nideggen		
Sonders, Alfred Bürgermeister der Stadt Alsdorf		
Weiler, Jochen Bürgermeister Heimbach		

Gem. § 11 der Verbandssatzung können Ausschüsse und Beiräte gebildet werden, wobei mindestens ein Ausschuss für Strukturfragen und ein regionaler Abfallwirtschaftsbeirat zu bilden ist.

Im Jahr 2006 wurden der technische Strukturausschuss sowie die Abfallwirtschaftsbeiräte für die Nordkreise Aachen und Düren etabliert. Als Folge der Erweiterung des Verbandsgebietes wurden die Abfallwirtschaftsbeiräte im Jahr 2008 neu strukturiert und in die drei regionalen Abfallwirtschaftsbeiräte Nordwest, Nordost und Südwest.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 18,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Der Zweckverband RegioEntsorgung hat keinen Gleichstellungsplan.

3.4.1.13 Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen

Basisdaten

Anschrift	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen Übacher Weg 36 52477 Alsdorf
Internet	www.vhs-nordkreis-aachen.de
E-Mail	info@vhs-nordkreis-aachen.de
Telefon	02404/906315
Telefax	02404/906320

Zweck der Beteiligung

Die Volkshochschule Nordkreis Aachen ist eine Einrichtung der Weiterbildung gemäß §§ 1, 2 Abs. 2, 3 und 10 des WbG NRW. Sie dient der Weiterbildung von Erwachsenen und Jugendlichen nach Beendigung einer ersten Bildungsphase. Weitere Aufgaben der Volkshochschule Nordkreis Aachen sind auch Maßnahmen und Projekte, die der Qualifizierung und zur Unterstützung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt dienen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist das Schaffen eines umfangreichen Bildungsangebots, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die Fähigkeiten zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärken und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen helfen. Es umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen sowie Eltern- und Familienbildung ein. Zu diesem Zweck führt die Volkshochschule entsprechend dem Bedarf Lehrveranstaltungen wie Vorträge, Seminare, Kurse, Diskussionen, Studienfahrten, Vorführungen u.a.m. durch. Die Lehrveranstaltungen sollen in den Mitgliedsstädten gleichwertig angeboten werden. In allen Städten werden Lehrveranstaltungen durchgeführt, wenn die Mindestteilnehmerzahl dort gesichert ist.

Die in der Verbandssatzung genannten Aufgaben dienen der öffentlichen Bildung und erfüllen insofern einen öffentlichen Zweck.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Umlage der Städte

	2020 T€	2019 T€
Alsdorf	96	104
Baesweiler	55	60
Herzogenrath	95	103
Würselen	79	86
Gesamt	325	353

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit der Finanzierungsbedarf des Zweckverbandes nicht aus Entgelten, Projektmitteln und Zuschüssen gedeckt wird, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage. Die Umlage bemisst sich nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder.

An den Zweckverband VHS Nordkreis Aachen wurde im Jahr 2019 eine Umlage in Höhe von 86.284,80 € und in 2020 79.046,27 € gezahlt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2020	2019	Veränderung 2020 zu 2019		2020	2019	Veränderung 2020 zu 2019
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	8	10	-2	Eigenkapital	1.682	1.526	156
Umlaufvermögen	1.769	1.771	-3	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	31	39	-8
				Verbindlichkeiten	63	147	-84
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1	1	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	2	71	-69
Bilanzsumme	1.778	1.782	-5	Bilanzsumme	1.778	1.782	-5

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der VHS Nordkreis Aachen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2020	2019	Veränderung 2020 zu 2019
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.078	1.103	-24
2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	520	812	-292
3 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	131	15	116
4 Sonstige ordentliche Erträge	5	0	5
5 Ordentliche Erträge	1.735	1.929	-195
6 Personalaufwendungen	-1.077	-1.082	5
7 Aufwend. Für Sach- und Dienstleistungen	-12	-20	8
8 Bilanzielle Abschreibungen	-3	-10	8
9 Sonstige ordentliche Aufwendungen	-487	-681	194
10 Ordentliche Aufwendungen	-1.579	-1.793	214
11 Ordentliches Ergebnis	156	136	20
12 Finanzerträge	0	0	-0
13 Finanzergebnis	0	0	-0
14 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	156	136	20
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
15 Jahresergebnis	156	136	20

Kennzahlen

	2020	2019	Veränderung 2020 zu 2019
Eigenkapitalquote	94,6 %	85,6 %	9,0 %
Eigenkapitalrentabilität	9,3 %	8,9 %	0,3 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	5,6 %	12,1 %	-6,6 %
Umsatzrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2020 waren 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 19) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Ausschnitt aus dem Lagebericht 2020:

Sonstige wichtige Ereignisse des Haushaltsjahres /Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Das Haushaltsjahr 2020 war geprägt durch die neuartige SARS-CoV-2-Pandemie. Die Volkshochschule Nordkreis Aachen musste aufgrund steigender Infektionszahlen und damit einhergehender Lockdowns sowohl ihr Frühjahrssemester unterbrechen als auch ihr Herbstsemester vorzeitig beenden. Im Sinne des Infektionsschutzes schrieb die Coronaschutzverordnung strenge Hygienekonzepte vor, die sich u.a. auf die Kursbelegung auswirkten. Die VHS musste demnach drastisch ihre Teilnehmendenzahlen in ihren Veranstaltungen und Kursen reduzieren und in Hygienemaßnahmen investieren. Um in den Kursen zumindest eine Honorarkostendeckung zu erzielen, beschlossen die Mitglieder der Verbandsversammlung per Umlaufbeschluss im Mai 2020 eine Ausweitung der Staffelgebühren. Mit dem Instrument der Staffelgebühren (steigende Kursgebühren bei geringerer Teilnehmendenzahl) konnten auch Kurse in Kleingruppen (5-6 Teilnehmende) durchgeführt werden. Dies war zum einen nötig, weil viele VHS-eigene als auch externe Räumlichkeiten von der Größe nur noch für kleinere Gruppen geeignet waren. Zum anderen waren viele Teilnehmende durch die Infektionsgefahr verunsichert und buchten nur sehr verhalten Veranstaltungen. Erschwerend kam hinzu, dass die VHS auf viele der rund 100 externen Räumlichkeiten keinen Zugriff mehr hatte. Auf der Suche nach größeren geeigneten Räumlichkeiten „zogen die Teilnehmende nur bedingt mit um“ – auch wenn sich der neue Veranstaltungsort in räumlicher Nähe befand.

Um die finanziellen Einbußen aufzufangen, stellte die VHS Investitionen zurück, besetzte nicht alle im Stellenplan vorgesehenen Stellen, startete eine Spendenaktion und beantragte die Zuschussleistung nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG). Die SodEG-Mittel dienten in erster Linie dazu, die Honorarumlagefälle der Integrationskursdozent*innen zu kompensieren, damit benötigte Strukturen für die Integration aufrechterhalten werden konnten. Darüber hinaus deckten ein Teil der Mittel Overheadkosten im Integrationsbereich ab.

Ein positiver Effekt war, dass der VHS der Sprung in die Digitalisierung gelang. So wurden die Schulabschlusslehrgänge und ein Teil der Kurse aus fast allen Fachbereichen auf Online-Unterricht umgestellt. Digitale Angebote ersetzen nicht die Präsenzangebote, werden aber fester Bestandteil des Programms bleiben.

Ausblick

Ein Drittel des VHS-Haushalts wird durch Landesmittel aus dem Weiterbildungsgesetz NRW (WbG) finanziert. Durch den Zusammenschluss der Volkshochschulen Alsdorf-Baesweiler mit den Volkshochschulen Herzogenrath und Würselen im Jahr 2006 erzielte der erweiterte Zweckverband VHS Nordkreis Aachen finanzielle Synergien. Durch die seit Jahren angekündigte Novellierung des WbG besteht die Gefahr, dass durch eine Neuberechnung der Landesmittel, der VHS empfindliche finanzielle Einbußen bevorstehen. Zudem ist mit der Novellierung geplant, die finanzielle Förderung für Schulabschlusslehrgänge nach WbG § 6 für weitere Träger zu öffnen. Damit würde sich die Förderung für die Schulabschlusslehrgänge ggf. reduzieren und der Akquisedruck, um Teilnehmende zu gewinnen erhöhen. Mit der Novellierung des WbG NRE, die zum 01.02.2022 in Kraft tritt, erhält die VHS Nordkreis Aachen Planungssicherheit. Die Gesetzesänderung sieht vor, dass kein Träger finanziell schlechter gestellt wird, die Förderungen für die Fachbereichsleitungen angehoben werden, die Mittel für den 2. Bildungsweg erhöht werden, eine Dynamisierung der jährlichen Förderung angestrebt wird, Digitalisierungsprozesse in Einrichtungen gefördert werden und bisher nicht geförderte Fachbereiche wie Gesundheitsbildung, kulturelle Bildung und Angebote zur nachhaltigen Bildung als Pflichtstunden anerkannt werden.

Die zweithöchste Umsatzposition im Haushalt erwirtschaftet die VHS mit den durch die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Integrationskurse und berufssprachlichen Deutschkurse. Ein Einbruch der Integrationskurse könnte nicht durch die anderen Fachbereiche kompensiert werden.

Dennoch ist durch die weltweiten Konflikte derzeit nicht davon auszugehen, dass die Nachfrage an Integrationskursen zurückgehen wird. Hinzu kommt, dass Migration durch Fachkräftemangel erforderlich ist und Prognosen nach bis zu 150 Millionen Menschen durch den Klimawandel auf der Flucht sein werden.

Fazit

Trotz all der Unwägbarkeiten realisierte die VHS Nordkreis Aachen 2020 566 Kurse und Veranstaltungen mit 11.870 Unterrichtsstunden, an denen 3.365 Kund*innen (insgesamt 8.202 Belegungen/Anmeldungen) teilnahmen. Damit erfüllt sie ihren gesetzlichen Auftrag nach dem Weiterbildungsgesetz in vollem Umfang und betrifft das ihr vorgeschriebene Mindestangebot von 8.000 Unterrichtsstunden. Die Weiterbildungsdichte liegt bei 75. Darunter versteht man das Verhältnis der erteilten Unterrichtsstunden zu der Einwohnerzahl im Nordkreis Aachen.

Das Ergebnis in der Gesamtergebnisrechnung führt weder zu einer Entnahme aus der allgemeinen Rücklage noch aus der Ausgleichsrücklage. Die VHS Nordkreis Aachen hat sich eine gute finanzielle Rücklage erarbeitet, so dass sie künftig auch Krisen meistern kann.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung		
Altdorf, Franz-Josef Rentner		
Barth, Bruno Dozent		
Baumann, Kai Heribert Anwendungsentwickler		
Blaney, Jana VHS Leitung		
Boehm, Ingo Druckermeister		
Ciftci, Reyhan Krankenschwester RWTH		
Dumke, Andreas Math. Techn. Assistent		
Fasel, Dr. Bernd Dipl.-Ingenieur		
Fleckenstein, Dr. Manfred akademischer Direktor i.R.		
Froesch, Pierre Bürgermeister Baesweiler		
Gülpen, Renate Lehrerin		
Harst, Doris Hausfrau		
Heidenreich, Horst-Dieter Angestellter		
Held, Manfred Rentner		
Hendriks, Thomas Kommunalbeamter		
Kern, Monique Tanzpädagogin		
Krämer, Konrad Verwaltungsbeamter		
Köhne, Sylvia Dipl.soz.-Pädagogin		

Verbandsversammlung		
Linkens, Prof. Dr. Willi Bürgermeister der Stadt Baesweiler		
Mimberg, Marietheres Unternehmensberaterin		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen		
Philippengracht, Hubert 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer		
Puhl, Matthias Studiendirektor beim Land NRW		
Reinartz, Daniel Regierungsbeschäftigter Land NRW		
Runge, Klaus-Dieter Kaufmann		
Schallenberg, Markus Verwaltungsfachangestellter		
Schmidt, Manfred Referatsleiter Jugend, Schule und Sport		
Schmittmann, Jörg Realschullehrer a.D.		
Schwedt, Tino Kaufmann für Versicherungen und Finanzen		
Tirtey, Balthasar Polizeibeamter Land NRW		
Verhoolen, Gerd Regierungsbeschäftigter Land NRW		
von den Driesch, Christoph Bürgermeister Herzogenrath		

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplanes ist laut Aussage der VHS Nordkreis Aachen in Planung.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Würselen zum 31. Dezember 2021

3.4.2.1 Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	2001

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Bauland Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Bauland Würselen GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	34	48	-14
Umlaufvermögen	297	311	-14	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	3	3	-0
				Verbindlichkeiten	260	260	0
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	297	311	-14	Bilanzsumme	297	311	-14

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
2 Personalaufwand	-3	-6	2
3 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9	-19	11
4 Erträge aus Beteiligungen	0	1	-1
5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2	-7	5
6 Ergebnis nach Steuern	-14	-30	17
7 Sonstige Steuern	-0	-0	0
8 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-14	-31	17

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Die Grundstücke Dobacher Straße sollen nunmehr kurzfristig wirtschaftlich verwendet werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist es notwendig, weitere Grundstücksteile von Miteigentümern zu erwerben. Da im abgelaufenen Geschäftsjahr die Verhandlungen hierzu erfolglos verlaufen sind, wurde die Teilungsversteigerung eingeleitet und beschlossen, bis zu einem Gebot in Höhe von 312.000,00 € mitzubieten. Aus dem Kaufvertrag (...) aus dem Jahr 2009 ergibt sich eine Nachschusspflicht auf den Kaufpreis für den Fall der Rechtskraft eines Bebauungsplanes des Baugebietes Dobacher Straße, die ersatzlos entfällt, wenn bis zum Jahre 2024 keine Rechtskraft des Bebauungsplanes eintritt.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben.

3.4.2.2 Bauland Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Bauland Würselen GmbH & Co. KG Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	2010

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie der Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Rahmen dieser Betätigung im Gebiet der Stadt Würselen, Neubaugebiet Kapellenfeldchen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG an der Bauland Würselen GmbH & Co.KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	-1	-10	9
Umlaufvermögen	3	6	-3	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	2	2	0
				Verbindlichkeiten	2	14	-12
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	4	16	-12	Bilanzsumme	4	16	-12

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	0	10	-10
3 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3	-5	2
5 Ergebnis nach Steuern	-3	5	-8
6 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3	5	-8
7 Belastung auf Kapitalkonten	3	0	3
8 Gutschrift auf Kapitalkonten	0	-5	5
Bilanzgewinn	0	0	0

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Zurzeit führt die Gesellschaft keine operativen Geschäfte aus. Die Geschäftsführung hat im abgeschlossenen Geschäftsjahr die Möglichkeit über den Erwerb und die Erschließung von neuen Grundstücksflächen im Gebiet der Stadt Würselen geprüft und erste Gespräche geführt. Diese Gespräche und die sich daraus ergebene Möglichkeiten der Erschließung von Grundstücksflächen sollen im laufenden Geschäftsjahr weiter konkretisiert werden. Insofern ist von der Fortführung der Gesellschaft auszugehen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben.

3.4.2.3 Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1999
Telefon	02405/67580

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	20	21	-0
Umlaufvermögen	22	23	-1	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	2	2	1
				Verbindlichkeiten	0	1	-1
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	22	23	-1	Bilanzsumme	22	23	-1

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	72	72	0
2 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-75	-74	-1
3 Erträge aus Beteiligungen	3	3	0
4 Ergebnis nach Steuern	-0	1	-1
5 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-0	1	-1

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Mit Notarurkunde vom 18.05.2021 von Herrn Notar Dr. Peters hat die Sparkassen Immobilien GmbH mit Sitz in Würselen ihre Anteile in Höhe von 8.400,00 € jeweils zur Hälfte an die Gesellschafter StädteRegion Aachen und Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG veräußert und ist mit schuldrechtlicher Wirkung zum 01.01.2021 als Gesellschafter ausgeschieden.

Gemäß Gesellschafterbeschluss der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG vom 27.10.2016 wurde die Haftungsvergütung mit Wirkung vom 01.01.2016 auf 7,5% des eingezahlten Stammkapital erhöht (vorher 5%), um die laufenden Kosten der Gesellschaft decken zu können.

Die Gesellschaft hat auf Grund der vorhandenen Verlustvorträge keine Steuern zu entrichten.

Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

3.4.2.4 Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1999
E-Mail	www.akm-wuerselen.de
Telefon	02405/67580

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück in Würselen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.578	1.589	-11	Eigenkapital	6.065	6.064	1
Umlaufvermögen	8.047	7.543	504	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	15	14	1
				Verbindlichkeiten	3.543	3.055	488
Aktive Rechnungsabgrenzungen	5	5	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	6	3	3
Bilanzsumme	9.630	9.137	493	Bilanzsumme	9.630	9.137	493

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	233	231	2
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	177	3.129	-2.952
3 Sonstige betriebliche Erträge	1	0	0
4 Materialaufwand	-262	-3.227	2.965
5 Personalaufwand	-0	0	-0
6 Abschreibungen	-17	-17	-0
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-130	-120	-10
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-5	4
9 Ergebnis nach Steuern	1	-8	9
10 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	-8	9

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Zweck der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen. Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierenden Verpflichtungen zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Nachdem im Jahr 2014 die Kaufverträge über den Erwerb der wesentlichen Grundstücksflächen abgeschlossen werden konnten, ist es der Gesellschaft gelungen, alle weiteren Flächen des neuen Gewerbegebietes zu erwerben, so dass die AKM mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes über das Gesamteigentum der Entwicklungsflächen verfügt. Der Übergang von Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahren der mit Kaufverträgen aus dem Jahr 2014 erworbenen Grundstücksflächen der StädteRegion Aachen (teilweise), Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG und Sparkassen Immobilien GmbH ist mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes 182 der Stadt Würselen im September 2020 und mit Zahlung der fälligen Kaufpreise erfolgt. Darüber hinaus wurden im Jahr 2020 noch geringfügige Flächenarrondierungen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 182 durch den Erwerb kleinerer Parzellen und des sogenannten Grünweges entlang der K 34 vorgenommen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war zunächst neben der laufenden Arbeit im Rahmen der Vermietung der Bestandsimmobilien und der Verpachtung von Freiflächen im Wesentlichen darauf ausgerichtet, die Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes 182 der Stadt Würselen herbeizuführen. Durch die Geltendmachung von Bedenken im Hinblick auf die Verkehrssituation der L 223 bzw. der BAB-Auf- und -abfahrten an der A 44 durch Straßen NRW im Dezember 2019 musste die Verkehrsführung innerhalb des Plangebietes noch einmal dahingehend angepasst werden, dass die Verbindungsstraße zwischen dem Bestandsbereich und dem neuen Planbereich, die ursprünglich gepollert werden sollte, für den Verkehr geöffnet wird.

Diese Änderung zog auch noch einmal eine gesonderte Betrachtung der Entwässerung nach sich. Insgesamt konnten die Auswirkungen allerdings als unwesentlich bewertet werden, so dass durch den Beschluss

des Rates der Stadt Würselen am 01.09.2020 der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen (Gewerbegebiet Aero-Park 1 Merzbrück) gefasst wurde. Der Bebauungsplan ist mit seiner Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Würselen am 11.09.2020 rechtsverbindlich geworden.

Unmittelbar daran hat das beauftragte Ingenieurbüro mit der Erstellung der Entwurfsplanung für die Erschließung (Straßenbau und Entwässerung) begonnen.

Im Zusammenhang mit dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan wurden auch die Regelungen zum Artenschutz und zum ökologischen Ausgleich im Bereich Duffesheider Weg flächenmäßig umgesetzt.

Bereits im Jahr 2018 wurde zur Entwicklung des Aero-Parks 1 Merzbrück (Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen) das Eigenkapital der Gesellschaft um 6,0 Mio. Euro erhöht und es wurden Darlehensverträge über insgesamt 4,5 Mio. Euro insbesondere zur Deckung der anfallenden Grunderwerbskosten und der Erschließungskosten abgeschlossen.

Mit der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses zur Verschwenkung und Verlängerung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes Merzbrück und der entsprechenden Ausbauförderung durch das Land NRW war schließlich die schwerpunktmäßige Ausrichtung des Flugplatzes als Forschungsflugplatz verbunden. Dies wiederum hat ein nachhaltiges Interesse der Aachener Hochschulen und deren Kooperationspartner geweckt, sich im Gewerbegebiet entlang der Flightline mit eigenen Forschungsvorhaben und Gebäuden ansiedeln zu wollen.

Im Zusammenhang mit den aus dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen zu erwartenden Fördermitteln wird aktuell die Entwicklung des Gesamtstandortes Merzbrück mit seinen rund 80 Hektar an Gewerbefläche vor dem Hintergrund einer ausschließlichen Aviation-Ausrichtung diskutiert. Ergänzt werden soll die Standortentwicklung um die Errichtung eines Mobilitäts-HUB's.

Die StädteRegion Aachen hat dazu im Dezember 2020 die Ausarbeitung eines Masterplanes auf der Grundlage eines Zuwendungsbescheides der Bezirksregierung Köln vergeben.

Durch die Entwicklung des Gesamtstandortes Merzbrück zum NRW-Cluster Luftfahrt mit Forschungsflugplatz und Mobilitäts-HUB soll auf Merzbrück eine einzigartige Kompetenzbündelung von Forschung und Wirtschaft erfolgen.

Dabei werden hinsichtlich der Themenkomplexe Innovativität, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit völlig andere Standortvoraussetzung eingefordert, als diese bislang über den Bebauungsplan 182 definiert wurden.

Der Masterplan beinhaltet deshalb auch einen technischen Masterplan, der sich intensiv einem ganzheitlichen und gewerkeübergreifenden Planungskonzept zur Entwicklung von Liegenschaften und Quartieren der nächsten Generation widmet. Dabei sind die Themen Co2-neutraleEnergieversorgung, Digitalisierung und Smartness, Wasser, Mobilität, Abfall und Logistik, Infrastrukturkanäle, Komfort, Circular-Economy und Fördermittelrecherche in den Fokus der Betrachtung gerückt.

Eine weitgehende Berücksichtigung der aus dem vorliegenden Masterplan resultierenden Vorgaben soll im Rahmen der Südflächenentwicklung (Süd und Gewerbeflächenpool) erfolgen.

Im Hinblick auf den rechtsverbindlichen Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen wurden zwischenzeitlich entsprechende Anpassungen definiert, die im Rahmen von Änderungsverfahren das bestehende Planungsrecht ergänzen sollen. Seitens der Stadt Würselen wurde so am 07.12.2021 ein Änderungsverfahren zur Anpassung der Bauhöhe auf zukünftig 23 m zuzüglich technischer Aufbauten und Anlagen initiiert.

Das zweite Änderungsverfahren wird sich im Wesentlichen auf eine Anpassung des Straßenquerschnitts der inneren Verkehrsflächen im Plangebiet, der Anpassung des Straßenverlaufs und Verkehrsflächenausweisung im Bereich der Flightline (zusätzlicher Wendehammer), einer Nutzungsänderung im Bereich des Innovation Villages sowie der Stellplatzzuweisung und dem Stellplatzschlüssel beziehen, während im dritten Änderungsverfahren die Anbindung des Plangebietes an die L 223 verbessert werden soll.

Aktuell werden die Auswirkungen aus einer Aufweitung des Straßenquerschnitts auf das wasserrechtlich genehmigte Retentionsbecken geprüft, so dass mit einem Ergebnis geklärt werden kann, ob und wie der zukünftige Straßenquerschnitt der inneren Erschließungsstraßen definiert werden kann.

Im Anschluss daran soll die Erschließungsplanung in Vorbereitung der Ausschreibung der Erschließung abschließend fertiggestellt werden, so dass noch im Jahr 2022 mit einer Durchführung der Erschließung begonnen werden kann.

Darstellung der Lage

Vermögenslage

Im Anlagevermögen wird das bebaute Grundstück nebst den vermieteten Gebäuden in Höhe 1.572.084,92 € (16,33%) aktiviert. Im Umlaufvermögen werden im Wesentlichen die zu erschließenden Grundstücke des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück Nord und Süd in Höhe von 7.506.587,74 € (77,95%) sowie die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 533.675,59 € (5,54%) ausgewiesen. Das Guthaben bei Kreditinstituten beinhaltet einen Betrag in Höhe von 38.698,06 €, das als Treuhandkonto die Kauttionen der Mieter umfasst sowie einen weiteren Betrag in Höhe von 370,95 €, der als Kauttion verbucht, jedoch noch nicht dem Mietkautionskonto gutgeschrieben wurde.

Der zusammengefasste Betrag (39.069,01 €) wird auf der Passivseite als sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Versicherungsbeiträge und die Kosten des Webhostings für das Jahr 2022, die bereits im Jahr 2021 bezahlt wurden, sind als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten verbucht.

Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Kommanditeinlagen in Höhe von 6.025.200,00 € (62,57%) strukturiert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf 3.485.000,00 € (36,19%) Verbindlichkeiten gegenüber der Komplementärin bestehen in Höhe von 17.999,10 €.

Finanzlage

Bei den Banken verbleibt zum 31.12.2021 eine noch nicht in Anspruch genommene Kreditlinie i.H.v. T€ 1.015.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Für Zukunft wird bei entsprechenden Erschließungsvorhaben ein Finanzierungsfehlbetrag erwartet. Dieser soll voraussichtlich durch die Einzahlung in eine zweckgebundene Kapitalrücklage finanziert werden. Vor diesem Hintergrund besteht aus Sicht der Gesellschafter und der AKM-Geschäftsführung nicht die Gefahr einer fehlenden Liquidität bzw. einer drohenden Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft.

Ertragslage

Die Erlöse werden durch die Vermietung der im Besitz der Gesellschaft stehenden Gebäude erzielt. Diese Erlöse decken die laufenden Kosten der Gesellschaft. Außergewöhnliche Ausgaben oder signifikante Veränderungen zum Vorjahr haben sich nicht ergeben.

Die Prognose des Vorjahres (ausgeglichenes Ergebnis) wurde erreicht.

Für das laufende Geschäftsjahr wird mit einem ähnlichen Ergebnis gerechnet.

Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Durch den Erwerb der Grundstücksflächen und deren geplante Erschließung soll ein multimodales und attraktives Gewerbegebiet entstehen. Durch den vorhandenen Flugplatz, die günstige Autobahnanbindung sowie den Anschluss des Gewerbegebietes an die Euregiobahn wird von einer zügigen und weitgehenden Vermarktung der Erschließungsflächen ausgegangen. Durch die zeitlich länger andauernde Erschließungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können und somit ein höherer Zinsaufwand durch die Refinanzierung entsteht. Diesem Risiko wurde mittels einer entsprechenden Reserve in der Projektkalkulation Rechnung getragen.

Die im Jahr 2022 anstehenden Entscheidungen dazu, wie mit dem Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen auf der Grundlage der Ergebnisse des beauftragten Masterplan Merzbrück verfahren werden soll, werden unmittelbare Auswirkungen auf den Projektfortgang sowohl in zeitlicher wie auch in finanzieller Hinsicht haben.

Die ursprüngliche Intention der Gesellschaft, unmittelbar mit der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes in die Vermarktung der Flächen einzusteigen, wird sich insofern nicht realisieren lassen, mit der Konsequenz, dass der Gesellschaft die seinerzeit prognostizierten Einnahmen aus der Vermarktung erst zu einem späteren Zeitpunkt zufließen werden.

Daraus resultiert, dass zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft voraussichtlich im Jahr 2023 eine weitere Zuführung von Kommanditkapital in einer Größenordnung von 4,5 Millionen Euro vorzunehmen sein wird.

3.4.2.5 Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH

Basisdaten

Anschrift	Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH Merzbrück 216 52146 Würselen
Gründungsjahr	1993
Internet	https://www.flugplatz-aachen.de/
Telefon	02405/73597
Telefax	02405/73390

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Beteiligung ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und Segelfluggeländes Aachen-Merzbrück, sowie die zeitweise Nutzung des Geländes für Veranstaltungen im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG an der Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH & Co.KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt sowie die Durchführung von Kulturveranstaltungen in Würselen gewährleistet. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	8.031	7.360	671	Eigenkapital	788	923	-135
Umlaufvermögen	1.167	1.537	-369	Sonderposten	3.444	3.711	-266
				Rückstellungen	701	22	679
				Verbindlichkeiten	4.277	4.252	24
Aktive Rechnungsabgrenzungen	12	11	1	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	9.210	8.908	302	Bilanzsumme	9.210	8.908	302

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	327	281	45
3 Sonstige betriebliche Erträge	976	219	757
4 Materialaufwand	-3	-1	-2
5 Personalaufwand	-247	-224	-23
6 Abschreibungen	-188	-62	-126
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-937	-159	-778
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	-0
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-105	-74	-31
10 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1	0	-1
11 Ergebnis nach Steuern	-177	-19	-158
12 Sonstige Steuern	-0	-0	-0
13 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-177	-19	-158

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2021:

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Aus der Betriebsgenehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf, Landesluftfahrtbehörde, sind die den Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück nutzenden Luftfahrzeuge zu entnehmen.

Der Landeplatz unterliegt der Betriebspflicht und muss im Rahmen der Öffnungszeiten der Allgemeinen Luftfahrt zur Verfügung stehen.

Der Flugplatz darf nur nach Sichtflugregeln und Sichtflugwetterbedingungen bei Tag betrieben werden. Die Öffnungszeiten sind von 09:00 bis Sunset, längstens bis 20:30 Uhr. Für Nutzer des Flugplatzes besteht die Möglichkeit der Früh- (morgens ab 7.00 Uhr) oder Spätabfertigung (abends bis 22:00 Uhr). Dies bedarf der Zustimmung durch die Flugplatzgesellschaft und der Begleitung durch eine sachkundige Person (Flugleiter).

Der VLP Aachen-Merzbrück ist durch einen Bauschutzbereich geschützt.

Mit annähernd 44.000 Flugbewegungen im Berichtsjahr liegt der VLP weiterhin im Vergleich aller Verkehrslandeplätze in NRW im oberen Drittel.

Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

Flugbewegungen

Im Geschäftsjahr gab es insgesamt 43.771 Flugbewegungen, davon 18.064 gewerblich und 2.408 Segelflug. Der Rest war privater Flugverkehr. Die gewerblichen Flugbewegungen resultieren hauptsächlich aus den Bewegungen der Flugschule am Platz. Coronakonsequenzen und der noch nicht vollständig abgeschlossene Umbau des Verkehrslandeplatzes hatten Einfluss auf die Höhe der festgestellten Werte.

Die Landeentgelte in Höhe von netto 208.380,04 € (davon Landeentgelt 147.946,96 €; Pauschalen 59.749,26 €, Frühabfertigung 683,83 €) tragen nicht den erforderlichen Personalaufwand in Höhe von 246.590,88 €.

Die Gesellschaft verlängerte die Vertragsbindung mit TotalEnergies unter verbesserten Konditionen für die Gesellschaft im Vergleich zum aktuellen Vertrag bis zum 31. Januar 2032. Gleichzeitig generierte Sie die Erneuerung der Tankanlage insgesamt und das Angebot eines zusätzlichen Treibstoffs (SuperPlus).

Personal

Die Personalsituation stellt sich wie folgt dar:

Vollzeitkräfte	2
Teilzeitkräfte bis Mai 2021: 2 / ab Juni 2021:	1
Aushilfskräfte	7
Summe	10

Zum 01. Juni 2021 schied die seit Februar 2021 dauerhaft erkrankte Buchhaltungskraft aus den Diensten der Gesellschaft aus. Ab dem 16. Juni 2021 wurde die Buchhaltung rückwirkend und für das restliche Wirtschaftsjahr interimsmässig extern an eine Aachener Steuerberaterkanzlei vergeben. Die Herausforderungen aus diesem Überbrückungseinsatz dokumentieren sich in einem hohen Nachbearbeitungsbedarf im Rahmen der Erarbeitung des Jahresabschlusses.

Förderung des Ausbaues des VLP

Durch den Umbau des VLP mit der Verschwenkung der Landebahn wird die Elektrifizierung der Bahnstrecke der EVS entlang des Flugplatzes möglich. In dem Zusammenhang wird die Flugplatzgesellschaft aus dem im Jahr 2018 geschlossenen Vertrag mit der EVS Entschädigungsleistungen erhalten. Die Zahlungen stehen unter der Bedingung, dass die Elektrifizierung der Strecke und die Genehmigung eines Haltepunktes erfolgt sind. Die Zahlung ist aufgrund der noch ausstehenden Umsetzung der Vertragsbausteine bisher nicht erfolgt.

Am 16. April 2019 wurde der Zuwendungsbescheid zur Förderung des Ausbaus des Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück zum Forschungsflugplatz durch die Bezirksregierung Düsseldorf gegeben. Damit wurde eine Anteilsfinanzierung in Höhe von 75 % zu den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben von kalkulierten 5.999.543,00 € mit einem Höchstbetrag von 4 Mio. € bezuschusst.

Aufgrund noch offener Rechnungen und sich zum Jahresende 2021 abzeichnender Liquiditätsengpässe sowie der Maßgabe der Bezirksregierung, den restlichen Mittelabruf in einer Summe im Jahr 2021 vornehmen zu müssen, ist dies bis zur max. möglichen Höhe im Dezember 2021 erfolgt.

Dies auch vor dem Hintergrund, dass noch restliche Leistungen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Platzes zu erbringen und Rechnungen zu erwarten waren.

Ausbaukosten netto	6.366.209,46 €
Grunderwerb 2019	197.003,31 €
Förderfähige Gesamtkosten	6.563.213,31 € (Stand 2022)
2019 - 2020	3.516.270,00 €
Abruf 29.12.2021	483.730,00 €
Gesamtabruf	4.000.000,00 €

Aachen-Merzbrück Mobility GmbH (AMM)

Zur Gesamtstandortentwicklung Merzbrück wurde die EDKA-Masterplanung im Mai des Berichtsjahres erstellt und durch Strukturmittel gefördert. Der Eigenanteil wurde durch die StädteRegion Aachen getragen.

Zur Umsetzung und Aufgabenwahrnehmung der definierten Ziele war eine Umfirmierung und eine Vergrößerung des Aufgabenvolumens und der Zahl der Gesellschafter zugunsten der Aachen-Merzbrück Mobility GmbH geplant. Die Abgrenzung der Aufgabenwahrnehmung der am Standort agierenden Gesellschaften Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH (FAM)/ Aachen-Merzbrück Mobility GmbH (AMM) und Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG (AKM) sowie Stadtentwicklung Würselen GmbH (SEW) sollte noch konkret definiert werden.

Die Umfirmierung wurde im laufenden Geschäftsjahr durch eine neue Gesellschaftssatzung und einem Wirtschaftsplan mit Spartenrechnung entworfen, so dass der Start der neuen Gesellschaft für 2022 geplant war.

Aufgrund gesellschaftsrechtlicher Herausforderungen und divergierenden strategischen Zielen der Gesellschafter wurden die im Berichtsjahr erstellten Vorarbeiten und Vorbereitungen zugunsten der Übertragung der Aufgaben auf die Aachener Kreuz-Merzbrück GmbH Co. KG aufgegeben.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 177.437,90 € ab.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft bestehen aus Landeentgelten, Pachteinahmen, Provisionserlösen (Tankstelle) und Erlösen aus der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und belaufen sich auf insgesamt 326.671,28 €.

Diese konnten trotz der Erforderlichkeit der umbaubedingten tageweisen Schließung des Platzes im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Das zahlenmäßig gesteigerte Flugverkehrsaufkommen bedingt jedoch u.a. auch die erhöhten Personalkosten um 23 T€.

Fehlendes Eigenkapital für investive Maßnahmen erfordern Zuschüsse der Gesellschafter.

Die Umbaukosten bedingen weiterhin eine erhöhte Abschreibung von 126 T€.

Die Berücksichtigung als Rückstellung der möglichen Rückzahlung von Zuschüssen zum Umbau des Platzes in Höhe von vorsorglich kalkulierten 660 T€ ist vorbehaltlich der Prüfbestätigung des Fördergeldgebers anzusehen.

Ohne Berücksichtigung der zusätzlichen Auflösung des Sonderpostens um eben diesen Betrag, steigen die sonstigen betrieblichen Erträge im Vorjahresverhältnis um 97 T€ und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 118 T€.

Aufgrund der planmäßigen Auflösung des Sonderpostens in Höhe von 96 T€, der Zinserstattung der Gesellschafter in Höhe von 105 T€ und Zuwendungen des Amtes für Arbeit in Höhe von 17 T€ steigen die sonstigen betrieblichen Erträge.

Neben den erhöhten Abschreibungen, ist das negative Ergebnis im operativen Geschäft im Verhältnis zum Vorjahr, im Wesentlichen durch erhöhte Beratungskosten zurückzuführen.

Die hohen Rechts- und Beratungskosten im Berichtsjahr resultieren im Wesentlichen aus der Notwendigkeit der juristischen Begleitung bei der seinerzeit noch avisierten Gesellschaftsentwicklung und der Begleitung der Baumaßnahmen sowie in Personalangelegenheiten (Kündigung, Arbeitsverträge) aufgrund der mangelnden Kontinuität bei der Finanzbuchhaltung.

Prognose, Chancen und Risiken

Im Jahr 2021 wurde der Umbau des Verkehrslandeplatzes fortgeführt. Bis auf wenige Restarbeiten, wie bspw. die Wetterstation, konnte die Maßnahme weitgehend im Jahr 2021 abgeschlossen werden. Aufgrund europäischer Vorschrift muss der Betrieb des gewerblichen Luftverkehrs mit Strahl- oder Propellerflugzeugen eine Norm erfüllen, die mit dem geförderten Umbau der Start- und Landebahn gesichert und dadurch der Erhalt des Status Quo am Flugplatz generiert wurde.

Der Umbau des Platzes bildet das valide Rückgrat für die Gesamtentwicklung des VLP zusammen mit den benachbarten Gewerbeflächen zum Forschungsstandort Aviation. Dabei ist beabsichtigt, die Rolle des Standortes in der Luft- und Raumfahrt bundes- und europaweit zu verbessern, da in der Region renommierte Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Universitäten auf eine gut positionierte Industriekultur mit innovativen Unternehmen treffen. Die damit avisierte Gestaltung des Strukturwandels im Verbund von Wissenschaft und Wirtschaft fußt auf dem Nukleus des umgebauten Platzes und soll auf insgesamt 80 ha gewerblicher Fläche mit unmittelbarer Anbindung an den VLP nachhaltige Arbeitsplatzsicherung für die Bedarfe und die Nachfrage aus den wirtschaftlichen Konsequenzen des Braunkohleausstiegs generieren.

Der Antrag „Revier.Gestalten“ zur innovativen Förderung der Standortentwicklung wurde mit den gemeinsamen Gesellschaftern der beiden am Standort agierenden Gesellschaften FAM und AKM erarbeitet und letztlich durch die Aachener Kreuz-Merzbrück GmbH & Co. KG aufgrund Gesellschafterentscheid mit einem Volumen von annähernd 45 Mio. € bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier eingereicht. Parallel wurden durch Private und Wissenschaftseinrichtungen konkrete Aviation affine Projektanträge zur Vorhabenunterstützung bei der Agentur gestellt, die am Standort Merzbrück und unter Inanspruchnahme des VLP siedeln wollen.

Dabei stellte die planungsrechtliche Sicherung von zusätzlichen Rollwegen zur Erschließung von gewerblichen Bauflächen unmittelbar an den VLP angrenzend (Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen) im Berichtszeitraum eine verlässliche Grundlage für die geplante Fokussierung des Standortes und die dort geplanten Forschungsvorhaben und –invests dar. Das angestrebte unternehmerische und wissenschaftliche Aviationpotenzial hat damit eine Perspektive erhalten.

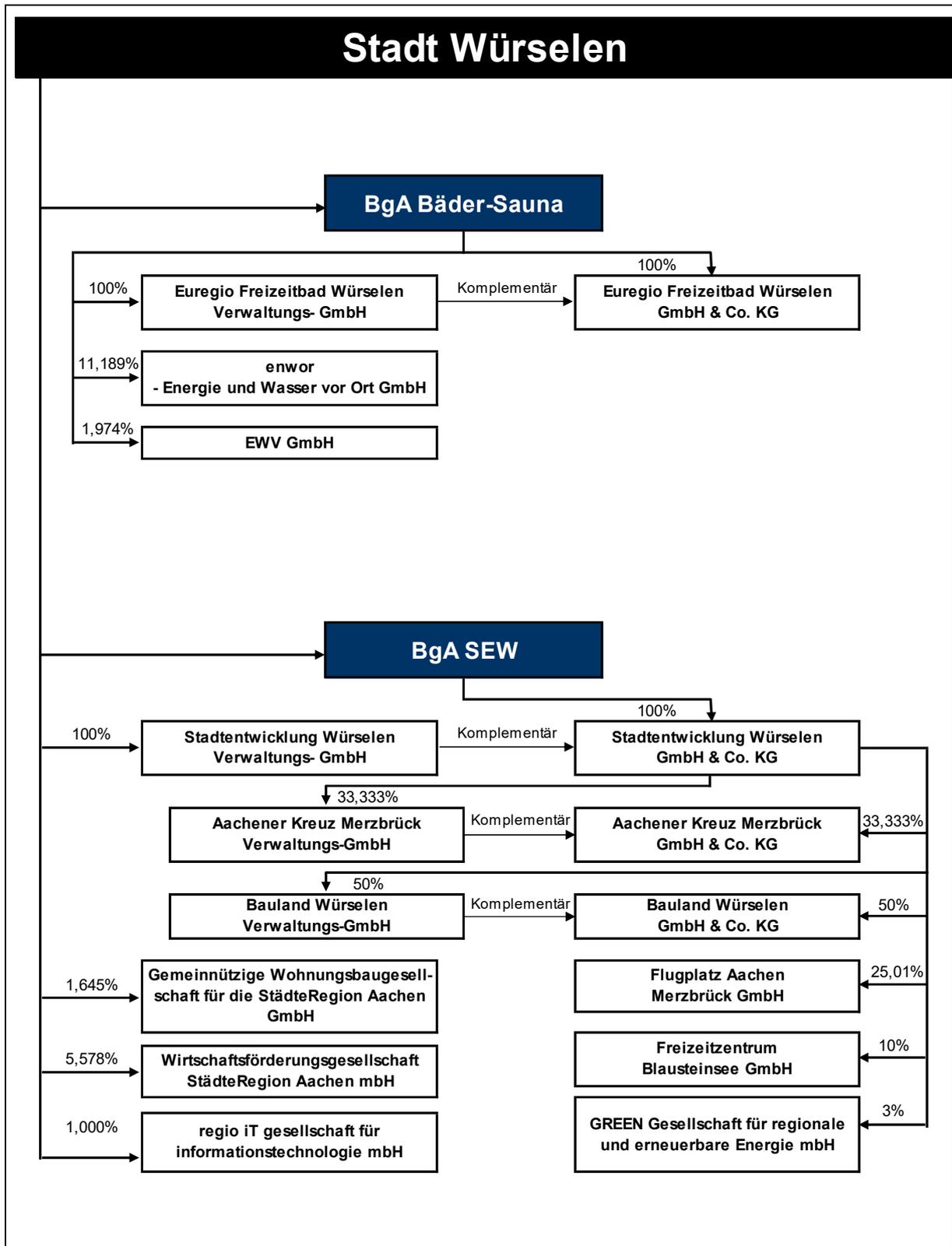
Die Erforderlichkeit der Gestaltung des Strukturwandels, das Alleinstellungsmerkmal als Aviationstandort im Verbund des Netzwerks AeroSpace NRW und die Standortgunst bezüglich der optimalen Mobilitätserschließung (Straße, Schiene, Luft) belegen die einschlägigen hohen Nachfragen potenzieller Investoren am Platz. Aus seiner industriellen Tradition heraus, die mit dem Bergbau begann, hat sich Nordrhein-Westfalen insgesamt zu einem der innovativsten Standorte der Luft- und Raumfahrtindustrie entwickelt und ist einer der wichtigsten Standorte der Luft- und Raumfahrtforschung in Europa. Über 400 Unternehmen der unterschiedlichsten Größe - einige weltbekannt, andere sogenannte hidden Champions - sind ein elementarer Bestandteil von Projekten und Lieferketten auf der ganzen Welt, in Nordrhein-Westfalen und in Aachen-Merzbrück.

Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und die Auswirkungen durch Herausforderungen aus Krisensituationen können die Umsetzung der avisierten Perspektiven der Gesamtstandortentwicklung grundsätzlich beeinflussen. Allein die Vielzahl der am Standort geplanten Wissenschafts- und Wirtschaftsprojekte und die klare Fokussierung der Politik auf die Entwicklung des Standortes sichern die Zuversicht auf die aktuell geplante Umsetzung.

Der politisch initiierte Entwicklungsfokus sowie die regionale und überregionale Bedeutung des Aviationstandortes Aachen-Merzbrück verschaffen nachhaltige Perspektiven und gesicherte Engagements der Gesellschafter zur Durchführung des operativen Geschäftes im Unternehmen.

Die Verschwenkung der Start- und Landebahn und damit die Richtung der startenden und landenden Flugzeuge generiert eine Entlastung für die umliegenden Ortsteile der Städte Würselen und Eschweiler, hier insbesondere von Broichweiden, St. Jöris und Röhe, da die zwingend vorgeschriebenen Platzrunden einen Überflug der Siedlungsbereiche vermeiden. Damit einher geht, dass die Lärmimmission für das bisher belastete Siedlungsumfeld des VLP gemindert werden konnte. Entsprechend rückläufige Beschwerde aus dem unmittelbaren Umfeld werden registriert.

4 Darstellung der Betriebe gewerblicher Art sowie der Beteiligungsunternehmen



5 Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen, Verbänden, Vereinen und sonstigen Institutionen

Stand: Dezember 2021

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Nießen	Roger	Bürgermeister	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	Aufsichtsrat	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
EWV - Energie- und Wasserversorgung GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Beirat	Vertreter	
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen mbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Städteregion Aachen	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Bauland Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Bauland Würselen GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH	Aufsichtsrat	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Lärmschutzbeirat	Vertreter	
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Städte- und Gemeindebund NRW	Arbeitsgemeinschaften	Vertreter	
	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Verbandsversammlung	Vorsitzender	
	Regionaler Abfallwirtschafts-beirat	Vertreter	
RegioEntsorgung AöR	Verwaltungsrat	Vertreter	
Deutsch-Französische Gesellschaft e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Deutsch-Italienische Freundschaftsgesellschaft Würselen-Campagnatio e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Freundschaftsgesellschaft Burkina Faso/Reó e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	

Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Ruichang e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Vorstand	Vertreter	
	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Grünmetropole e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
von Hoegen	Till	Erster und Technischer Beigeordneter	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
EWV - Energie- und Wasserversorgung GmbH	Beirat	Vertreter	
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städtereion Aachen mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Aufsichtsrat	Vertreter	
Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH	Lärmschutzbeirat	Vertreter	
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung	Vertreter	
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund	AVV Beirat in der StädteRegion Aachen	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Ausschuss für Strukturfragen	Vertreter	
ÖPNV ASEAG	Verkehrsbeirat ASEAG	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Strotkötter	René	Beigeordneter	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Vertreter	
	Fachausschuss	Vertreter	
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Mitgliederversammlung	Stellvertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Kaiser	Alexander	Kämmerer	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Beginn	Organ	Funktion	
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Benend	Guido	Landwirt	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreter	
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.	Vorstand	Vertreter	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Benja	Michaela	Qualitätsmanagementbeauftragte	UWG
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreterin	
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung	Vertreterin	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Carduck	Hans	Rentner	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
VfR Würselen 1911		Ehrenvorsitzender	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Carduck	Markus	Angestellter	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
VfR Würselen 1911		Vorsitzender	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Claßen	Melanie	Leitung Rechnungswesen	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreterin	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreterin	
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Stellvertreterin	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Debray	Tobias	Jurist	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Drabent	Hans-Peter	Pensionär	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Deutsch-Italienische Freundschaftsgesellschaft Würselen-Campagnatio e.V.	Vorstand	Vertreter	
Seniorenunion Würselen		Vorsitzender	

Behindertensportclub Würselen		Vorstand	Mitglied
CDA Würselen			kommissari- scher Vorsitzender
Kreuzverein Würselen		Vorstand	Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Dumke	Andreas	Programmierer	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Vertreter	
	Fachausschuss	Vertreter	
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Eck	Alexander	Finanzbeamter	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschafts- beirat	Stellvertreter	
Interessengemeinschaft Euchener Hauptkirmis		Vorsitzender	
Interessengemeinschaft Dorfhaus Euchen		Vorsitzender	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Franzen	Heiko	Leiter Qualitätsmanagement und Arbeitssicherheit	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschafts- beirat	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Fries	Anna	Angestellte	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Hahn	Winfried	Rentner	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
KG Au Ülle		Stellv. Vorsit- zender	
Rhenania Würselen		Ehrenrat	
Bissener Bürgerverein		Vorsitzender	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Hahnrath	Yvonne	Fallmanagerin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreterin	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreterin	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Havers	Peter	Unternehmensberater	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Stellvertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Janas	Erwin	Rentner	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
KZV R 174 Würselen Scherberg		Vorsitzender	
Landesverband des Rheinischer Rasse-Kaninchenzüchter e.V.		Stellv. Vorsitzender	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Jawher-Özkesemen	Demet	Angestellte/Leiterin Sozialamt	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Landesintegrationsrat NRW	Vorstand	Mitglied	
Arbeitskreis der kommunalen Integrationsräte in der StädteRegion Aachen		Vorsitzende	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Jochmann	Michael	Dipl. Ingenieur E-Technik/Projektleitung	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreter	
Bürgersolaranlage Richterich GbR mbH			

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Küppers	Christoph	Juristischer Geschäftsführer Lehrbeauftragter und Gutachter Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW Rechtsanwalt	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Küppers	Claudia	Dipl. Sozialarbeiterin	fraktionslos
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Stellvertreterin
Biene e.V.	Vorstand		Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Kurmann	Jörg	Pflegedienstleiter	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreter
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung		Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Lohmann	Josefine	Bankkauffrau	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreterin
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Vorstand		Vertreterin
Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH	Aufsichtsrat		Vorsitzende
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Mitglied
Verwaltungsausschuss Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Eschweiler			Mitglied
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.			Geschäftsführerin
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Maaßen	Hans	Rentner	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreter
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung		Vertreter
	Fachausschuss		Vertreter

Arbeitsgemeinschaft Würselener Jungenspiele		Vorsitzender	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.		Vorsitzender	
Jungenspiel Linden-Neusen		Ehrenmitglied	
Sterbenotgemeinschaft Linden-Neusen-Broicher Siedlung		Vorsitzender	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Mimberg	Marietheres	Unternehmensberaterin	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreterin
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen		Verbandsversammlung	Vertreterin
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Parschmann	Hans-Bernd	Rentner	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Wasserverband Eifel/Rur		Verbandsversammlung	Vertreter
Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter
Städte- und Gemeindebund NRW		Mitgliederversammlung	Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Reuters	Alfred	Designer	Die Partei
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Scherberich	Theo	Kaufm. Angestellter	UWG
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schmitz	Karl-Jürgen	Rechtsanwalt	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
enwor - energie & wasser vor ort GmbH		Aufsichtsrat	Vertreter
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter
		Gesellschafterversammlung	Stellvertreter
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH		Gesellschafterversammlung	Stellvertreter
Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH		Gesellschafterversammlung	Stellvertreter
Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH		Aufsichtsrat	Stellvertreter

Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH	Lärmschutzbeirat	Stellvertreter	
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Bauland Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Bauland Würselen GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
St. Hubertus Schützenbruderschaft Würselen - Scherberg 1894 e.V.		Vorsitzender	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Ruichang e.V.	Vorstand	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schmitz	Sven Karl	Baufinanzierer Immobilienberater	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schüppen-Büttgen	Brigitta	Lehrkraft für Pflegeberufe	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Sieben	Anne	Rentnerin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreterin	
Kulturforum Würselen			
FG Burkina Faso/Réo			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Thielen	Ferdi	Rentner	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Deutsch-Französische Gesellschaft e.V.	Vorstand	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Thorand	Dagmar	Steuerberaterin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung	Vertreterin	
Mensaverein Würselen e.V.		Vorsitzende	
Reitverein Gut Klösterchen		Kassiererin	
Gynergie e.V.		Vorsitzende	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Tirtey	Bathasar	Polizeibeamter	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter	
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Vertreter	
	Fachausschuss	Vertreter	
Deutsch-Französische Gesellschaft e.V.	Vorstand	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Tremöhlen	Heike	Hauswirtschaftsleitung	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreterin	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Voigt-Küppers	Eva-Maria MdL	Landtagsabgeordnete	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH Köln	Aufsichtsrat	Mitglied	
AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen Aachen	Aufsichtsrat	Mitglied	
Der Sommerberg AWO Vertriebsgesellschaft mbH Rösrath	Aufsichtsrat	Mitglied	
DSE Dienstleistungen für soziale Einrichtungen GmbH Köln	Aufsichtsrat	Mitglied	
DRK Ortsverband Würselen		Stellv. Vorsitzende	
Wir in Würselen	Vorstand	Mitglied	
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung	Vorstand	Mitglied	
Arbeiterwohlfahrt Wittelrhein		Präsidiumsmitglied	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Wetzstein	Wolfgang	Medizinisch-Techn. Assistent	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Rhein-Maas-Klinikum	Aufsichtsrat	Mitglied	
Rhein-Maas-Klinikum-Parkplatz	Aufsichtsrat	Mitglied	
Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH	Aufsichtsrat	Stellv. Mitglied	
StädteRegion Aachen	Inklusionsbeirat	Mitglied	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Woltery	Lukas	Steuerberater	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
HC Weiden 2018 e.V.	Vorstand	Mitglied	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Ziegenhagen	Nicole	Softwareentwicklerin	Die Partei
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Zitzen	Max	Wissenschaftlicher Mitarbeiter	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung	Vertreter	
Städtische Kindertageseinrichtung "In der Dell"		Trägervertreter	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.	Vorstand	Vertreter	
SPD-Stadtverband Würselen		Vorsitzender	
SPD-Ortsverein Broichweiden		Beisitzer	
Förderkreis Asyl Würselen e.V.		Revisor	

6 Berechnungsgrundlage für Finanzkennzahlen

$$\text{Eigenkapitalquote} = \text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$$

Zum einen stellt die Eigenkapitalquote das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital in einem Unternehmen dar und zum anderen repräsentiert sie den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. In der Regel kann ein Unternehmen mit einer höheren Eigenkapitalquote Krisen oder andere negative Entwicklungen besser abfedern, da es über eigene Rücklagen verfügt. Deshalb dient die Eigenkapitalquote dazu, Kapitalkraft, finanzielle Stabilität und Unabhängigkeit eines Unternehmens zu bewerten.

Eine Eigenkapitalquote über 20 % ist im Regelfall positiv zu bewerten, ab 30 % oder mehr ist der Eigenkapitalanteil als „gut“ einzuschätzen.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \text{Jahresergebnis nach Steuern} \times 100 / \text{Eigenkapital}$$

Die Eigenkapitalrentabilität gibt die Rendite des eingesetzten Eigenkapitals an. Sie misst die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens. Ein Unternehmen mit einer hohen Eigenkapitalrentabilität ist im Vergleich zu anderen Firmen aus der gleichen Branche als ein erfolgreiches bzw. wirtschaftliches Unternehmen anzusehen.

$$\text{Anlagendeckungsgrad II} = (\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100 / (\text{Anlagevermögen} + \text{ständig gebundenes Umlaufvermögen})$$

Der Anlagendeckungsgrad II gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang das Anlagevermögen langfristig finanziert ist. Beträgt der Deckungsgrad II bspw. 80 %, bedeutet dies, dass 80 % des Anlagevermögens langfristig finanziert sind und dementsprechend die übrigen 20 % kurzfristig finanziert werden müssen.

$$\text{Verschuldungsgrad} = \text{Fremdkapital} / \text{Eigenkapital} \times 100$$

Der Verschuldungsgrad bezeichnet das Verhältnis von Fremdkapital zu Eigenkapital. Er informiert über die Verschuldung eines Unternehmens. Zu einem Unternehmensziel gehört es, den Verschuldungsgrad so gering wie möglich zu halten.

$$\text{Umsatzrentabilität} = \text{Gewinn} / \text{Umsatz} \times 100$$

Die Umsatzrentabilität beschreibt, welche Summe ein Unternehmen im Vergleich zum Umsatz verdient hat. Grundsätzlich können aus der Veränderung und Entwicklung der Umsatzrentabilität Rückschlüsse gezogen werden und die Effizienz abbilden. Eine Steigerung kann daraufhin deuten, dass die Produktivität des Unternehmens steigt. Bei einer sinkenden Umsatzrentabilität kann von einem Produktivitätsabfall ausgegangen werden.

7 Abkürzungsverzeichnis

> / =	größer als bzw. gleich
<	geringer als
a.D.	außer Dienst
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AGIT	Aachener Gesellschaft für Innovations- Technologietransfer mbH
AZUBI	Auszubildende
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BHKW	Blockheizkraftwerk
bzw.	beziehungsweise
cbm	Kubikmeter
EBIT	Ergebnis vor Steuern zuzüglich Zinsaufwand – ohne Zinsanteil der Zuführung zu Pensionsrückstellungen- (Earnings before Interest and Taxes) –
EBITDA	Ergebnis vor Steuern zuzüglich Zinsaufwand –ohne Zinsanteil der Zu-führung zu Pensionsrückstellungen- und Abschreibungen – incl. auf Finanzanlagen – (Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization)
EBT	Ergebnis vor Steuern (Earnings before Interest)
EK	Eigenkapital
enwor	enwor – energie und wasser vor ort GmbH
e.V.	eingetragener Verein
EWV	Energie- und Wasser-Versorgung GmbH
€	Euro
FAM	Flughafen Aachen-Merzbrück GmbH
FGA e.V.	Fluggemeinschaft Aachen e.V.
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung
GWG	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen
HGB	Handelsgesetzbuch
IHK	Industrie- und Handelskammer zu Aachen
KDW	Kommunale Dienstleistungsbetriebe Würselen
KED	Kommunale Entsorgung und Dienstleistung Würselen GmbH & CO.KG
KG	Kommanditgesellschaft
kWh	Kilowattstunden

Mio.	Million
NRW	Nordrhein-Westfalen
qm	Quadratmeter
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
SEW	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG
stellv.	stellvertretender
T€	Tausend Euro
to	Tonne
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH
WWW	Wärmeversorgung Würselen GmbH
v.g.	vorgenannten
ZAR	Zukunftsinitiative im Aachener Raum e.V.

Fachdienst 2.1
Finanzen

Herausgeber:
Stadt Würselen
Morlaixplatz 1
52146 Würselen

